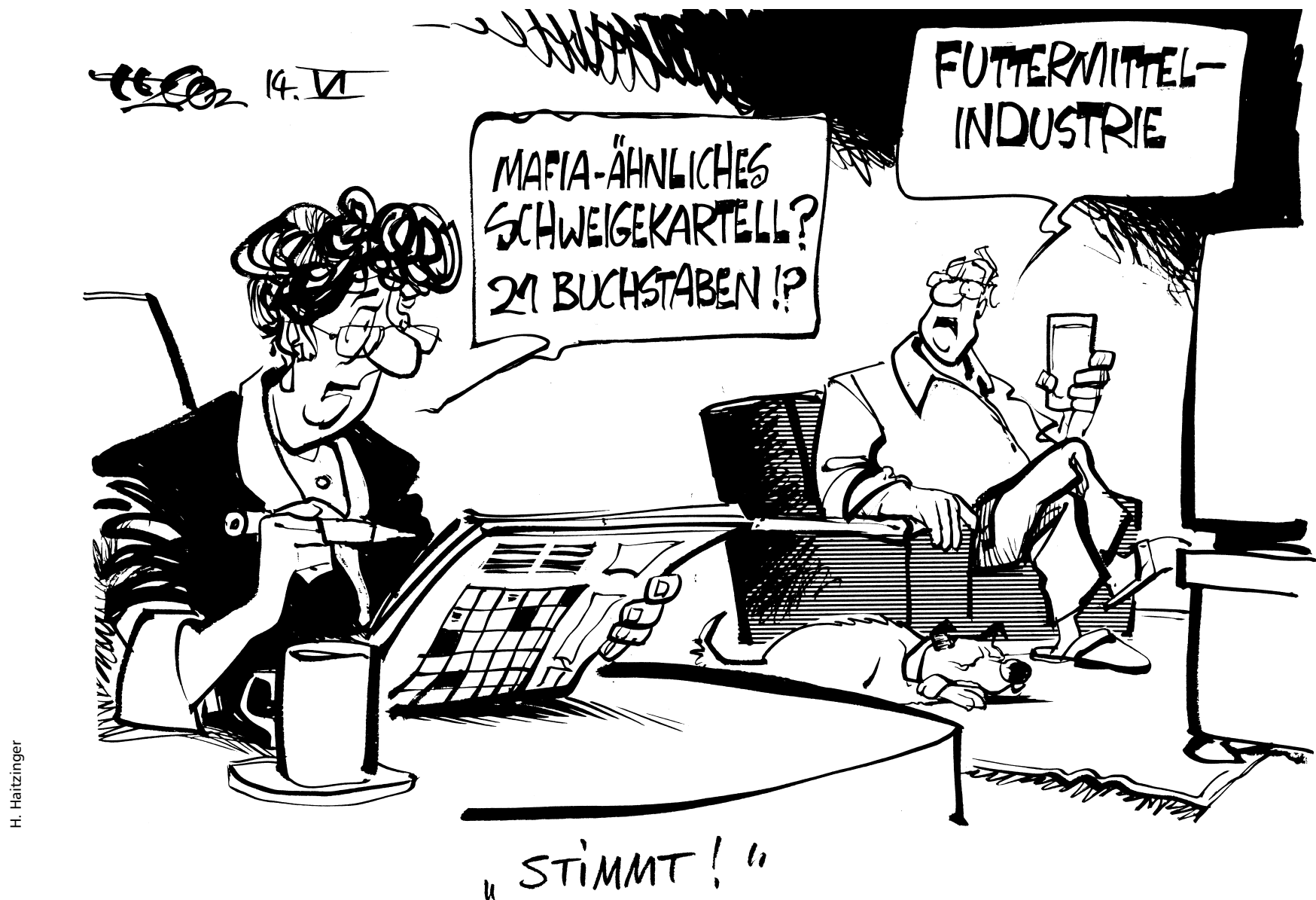


UNABHÄNGIGE Bauernstimme

Juli/August 2002 Nummer 247
K 12858 / 3,00 €

Eine Zeitung von Bäuerinnen
und Bauern



H. Haitzinger

Schwerpunkt

Obergrenzen und Koppelung

Mit seinen Vorschlägen in der Halbzeitbewertung der Agenda 2000 steuert EU-Kommissar Fischler in Richtung neue Agrarpolitik: Obergrenzen für Subventionen, Koppelung der Direktzahlungen an Arbeitskräfte und Umweltmaßnahmen. Dagegen wird die Agrarlobby Sturm laufen. **Seite 12 und 13**

Richtung begrüßt

Zustimmung findet Fischler beim österreichischen Landwirtschaftsminister Molterer sowie beim AbL-Bundvorsitzenden Graefe zu Baringdorf, der statt Freibeträgen eine Anrechnung der tatsächlichen Arbeitskosten vorschlägt. **Seite 2 und 13**

Politik

Einer war's

Kaum einer Schuld bewusst ist sich die Futtermittelindustrie im Nitrofenskandal, in einen Entschädigungsfonds für Bauern will sie auch nicht zahlen. Auf den Höfen werden die Tiere als Sondermüll entsorgt, während sich Bio-Bauern fragen mit wem weiter. **Seite 3, 6 und 7**

Stoibers Musterland

Vor der Bundestagswahl werfen wir einen Blick ins CSU-Land. Beschwört man dort doch gerne die Verbundenheit zur heimischen Landwirtschaft. Doch geht es den bayerischen Bauern und Bäuerinnen wirklich besser? Einiges Positive, aber auch viel Widersprüchliches auf **Seite 14**

Bewegung

Wovon andere träumen

Stauend die Augen reiben kann man sich nur, wenn die IG Boden hochrechnet in welcher Höhe ostdeutsche Großbetriebe allein über den begünstigten Landzugang je Arbeitskraft subventioniert werden. **Seite 10**

Regionen aktiv

Im Chiemgau ist der Wettbewerb fest in Händen der AbL. Über Ziele, regionale Besonderheiten und erste Erfahrungen berichten mehrere Aktivisten auf **Seite 15**

Weitere Themen:

Pflanzenschutz **Seite 4**, Nachbau **Seite 5**, QS startet **Seite 16**, Rotvieh-Vermarktung **Seite 18**, Prinz mit Preis **Seite 18** und vieles mehr

Mit der Vorbereitung der Erweiterung der EU sowie der Diskussion um den Midterm-Review bestimmen in diesen Tagen und Wochen zwei für die Zukunft der Landwirte in Europa zentrale Herausforderungen die Europäische Agrarpolitik. Weil es um den Ausbau und die Sicherung von Frieden und Wohlstand in ganz Europa geht, muss auch die Agrarpolitik alles daran setzen, die Erweiterung der EU zu einem politischen und historischen Erfolg machen. Es muss dabei jedoch gleichzeitig deutlich sein, dass die Landwirtschaft zur Bewältigung der damit eingehenden Herausforderungen klare und faire Spielregeln braucht. Im Interesse der bäuerlichen Landwirtschaft ebenso, wie im Interesse der heimischen Konsumenten gilt es nun aus österreichischer Sicht bei den Verhandlungen auf europäischer Ebene folgende **10 Eckpunkte** abzusichern:

1. Das Europäische Modell der Landwirtschaft einer bäuerlichen, wettbewerbsfähigen, multifunktionalen, nachhaltigen und flächendeckenden Landwirtschaft muss das Leitbild auch in einer erweiterten EU sein;
2. Es muss eine einzige Gemeinsame Agrarpolitik für alle Mitgliedsstaaten geben, auch für die Neuen;
3. Es muss eine stufenweise Einführung der Direktzahlungen in den neuen Mitgliedsstaaten geben;
4. Die Anwendung der Mengensteuerung und Quoten soll auch für die neuen Mitgliedsstaaten sichergestellt werden;
5. Ein Schwerpunkt der Maßnahmen soll in der Ländlichen Entwicklung (z.B. Umweltprogramm und Förderungen für benachteiligte Gebieten) liegen;
6. Kein Kompromiss darf in der Frage der Lebensmittelsicherheit gemacht werden;
7. Verwaltungsvereinfachungen sind umzusetzen;
8. Für Österreich mit über 1.300 km gemeinsamer Grenze mit Beitrittswerberländern besonders wichtig: Initiativen für die Grenzregionen sind notwendig;
9. Auf die Einhaltung des Finanzrahmens von Berlin ist unbedingt zu achten. Der Kommissionsvorschlag ist hierzu absolut geeignet;
10. Es darf kein Junktim mit dem Midterm-Review geben.

Der „Midterm-Review“ – die zweite große Herausforderungen der Europäischen Agrarpolitik – heißt

übersetzt nichts anderes als Halbzeit-Bewertung der Agenda 2000. Aber so einfach ist die Sache doch nicht. Die „Überprüfung“ ist schon im Vorfeld von einem heftigen Tauziehen um agrarpolitische Konzepte begleitet. Was klar ist: Wer sich bei der Agenda 2000 in Berlin nicht durchsetzen konnte, sieht nun eine neue Chance.



KOMMENTAR

Europäische Agrarpolitik angesichts von Erweiterung und Midterm-Review

Übersetzt nichts anderes als Halbzeit-Bewertung der Agenda 2000. Aber so einfach ist die Sache doch nicht. Die „Überprüfung“ ist schon im Vorfeld von einem heftigen Tauziehen um agrarpolitische Konzepte begleitet. Was klar ist: Wer sich bei der Agenda 2000 in Berlin nicht durchsetzen konnte, sieht nun eine neue Chance.

Meiner Ansicht nach geht es um drei große Zukunftsfragen:

- * Wie gewährleisten wir Qualität und Sicherheit für die Konsumenten?
- * Wie sichern wir wirtschaftliche Perspektiven für die Landwirte?
- * Was tun wir für die Qualität der Umwelt?

Wenn der Midterm-Review einen Reformschub bedeuten soll, dann in diese Richtungen. Mit BSE und MKS haben wir die **Auswüchse der industrialisierten und liberalistisch orientierten Landwirtschaften** miterlebt. Auch die darauf folgende Reformrhetorik war nicht zukunftsweisend. Österreich hat sich hingegen für einen ökosozialen Weg in der Landwirtschaft entschieden und damit

Gerade deshalb muss man klar sagen, wo die Zukunft der europäischen Landwirtschaft liegt. Und man darf keinen Zweifel lassen, dass die Basis ein seriöses Finanzierungskonzept sein muss. Dies gilt aber nicht exklusiv für die Landwirtschaft, son-

der Impulse für die Zukunft auch der europäischen Landwirtschaftspolitik gegeben.

Vor diesem Hintergrund erwarte ich mir vom Midterm-Review einen starken **Reformschub für mehr Bäuerlichkeit** und weniger Industrie sowie für mehr Qualität, Sicherheit und Vielfalt statt Preis- und Ökodumping.

Konkret geht es uns um eine Stärkung der ländlichen Entwicklung. Das heißt mehr Gewicht auf die Umweltförderung und größere soziale Fairness, etwa durch die Einführung einer Staffelung nach Betriebsgrößen bei den Marktordnungsdirektzahlungen.

Ein weiteres wichtiges Ziel heißt Verwaltungsvereinfachung, etwa durch Pauschalierungen für kleinere Betriebe. Das bedeutet weniger Bürokratie für die Bauern und bessere Nachvollziehbarkeit für Steuerzahler, was mit dem Geld passiert.

Drittens brauchen wir eine Stärkung der Märkte. Österreich hat hier schon in der Vergangenheit viele Vorschläge gemacht, etwa in Richtung einheitlicher Standards in der Produktion und bei Betriebsmitteln. Oder bei der Erschließung neuer Märkte durch den massiv verstärkten Einsatz von nachwachsenden Rohstoffen, ohne den übrigens die Klimaschutzverpflichtungen in Europa nicht eingehalten werden können. Stärkung der Märkte heißt aber durchaus auch die Sicherung der Mengensteuerung, sprich die Beibehaltung von Quoten und im Falle von Preissenkungen auch die Sicherung der Kompensation. Diese beiden Ziele sind essentiell, damit die Bauern im Interesse der Konsumenten Qualität, Vielfalt und Sicherheit der Lebensmittel groß schreiben können.

Letztlich geht es auch um faire Spielregeln am Weltmarkt. Der Midterm-Review muss eine Stärkung der EU bei den WTO-Verhandlungen zum Ergebnis haben. Das heißt ökologische, Tier- und Konsumentenschutzstandards entsprechend zu berücksichtigen.

Die „Halbzeit-Überprüfung“ der Agenda 2000 gibt also genug Themen her, die für Europa, seine Landwirtschaft und seine Konsumenten wichtig sind. Sie können gleichzeitig als Bewertungsmaßstab für Diskussionsbeiträge erhalten. Überprüfen wir doch alle gemeinsam: Thema getroffen oder verfehlt?

Österreichs Landwirtschafts- und Umweltminister Mag. Wilhelm Molterer

Am 21. Juni hat der Bundesrat dem „Gesetz zur Änderung des Arzneimittelgesetzes“ zugestimmt, das den Verbraucher vor antibiotischen Wirkstoffen aus der medizinischen Behandlung von lebensmittelerzeugenden Tieren schützen soll. Das ist gut so und findet die Zustimmung der Landwirtschaft – soweit es die Verabreichung von Fütterungsarzneimitteln betrifft. Insbesondere wenn sie auf dem Hof eingemischt werden, kann ihr Einsatz durch Verschleppung oder Entmischung zu Resistenzbildungen führen. Die neuen Vorschriften für die Einzeltierbehandlung stoßen jedoch bei Tierärzten und Landwirten auf Unverständnis und Ablehnung. Die Behandlung mit antimikrobiellen Wirkstoffen darf nur durch den

Noch veränderungsbedürftig

Tierarzneimittelsatz neu geregelt

Tierarzt erfolgen, und Medikamente zur Nachbehandlung sind nur für einen Zeitraum von sieben Tagen abzugeben. Niemand bestreitet den Neuregelungsbedarf. Im Lauf der Zeit haben sich Veterinärpraxen oft in Medikamentenläden gewandelt. Die Landwirtschaft selbst sah Änderungsbedarf. Bauern, insbesondere in Erzeugergemeinschaften oder Markenfleischprogrammen, nutzen bei einer Bestandsbetreuung das Fachwissen des Tierarztes zur vorsorgenden Gesunderhaltung der Tiere, um therapeutische Maßnahmen zu re-

duzieren. Aufbauend auf solche Erfahrungen hat die AbL Westfalen einen konkreten Vorschlag gemacht, der im Rahmen eines vertraglich geregelten Betreuungsverhältnisses die Abgabe von Medikamenten an den Landwirt ermöglicht und so eine schnelle Behandlung von Einzeltieren auch mit antimikrobiell wirksamen Stoffen sicherstellt. Die Anforderungen berücksichtigen auch den Tierschutz. Der wird nämlich beeinträchtigt, wenn notwendige Behandlungen verzögert erfolgen oder unterbleiben, weil die Kos-

ten der tierärztlichen Behandlung den Wert des Tieres übersteigen.

Zeitgleich mit der Zustimmung zum Gesetz „bedauert der Bundesrat besonders, dass die von ihm vorgeschlagenen konkreten Rahmenbedingungen zur Etablierung einer zeitgemäßen Bestandsbetreuung nicht aufgegriffen worden sind“. Ein Fachmann aus der Ministerialbürokratie kommentierte: „Das Gesetz ist nicht exekutierbar!“ Es werden schlagartig 30 % mehr Tierärzte gebraucht. Sie verbringen mehr Zeit im Auto als mit Diagnose und Behandlung. Zwangsläufig entstehen neue Grauzonen. Das Gesetz wurde mit heißer Nadel gestrickt. Zusammen mit ihm verabschiedete der Bundesrat den Aufruf zu seiner Veränderung. Günther Völker

Mafiöse Tendenzen

Wer für den Nitrofen-Skandal die Verantwortung trägt und Bauern für ihre Verluste entschädigt, darüber ist ein Streit entbrannt

Wir haben es mit einer verfilzten Futtermittelwirtschaft zu tun, die verschweigt, was sie weiß und die durch das Untermischen von kontaminierten Getreide Hunderte von Betrieben lahm legt. So prangert Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Bundesvorsitzender der AbL, das Handeln der am Nitrofen-Skandal beteiligten Futtermittelfirmen an. Bei den Bauern, die verseuchtes Futter von GS agri geliefert bekamen, sammelt sich für jede Nitrofenuntersuchung eines Tieres eine Rechnung über 250,- € an, durch Sperrungen ihrer Tierbestände haben sie kein Einkommen. Andere blieben Anfang Juni auf ihren Bio-Eiern sitzen, ohne dass auch nur eine Spur vom verbotenen Herbizid bei ihnen gefunden wurde.

Industrie muss zahlen

Auf den Höfen haben sich im Juni Journalisten und Veterinäre die Klinke in die Hand gegeben, und in Berlin trafen sich gleich zweimal Vertreter von Bauernverbänden mit Verbraucherschutzministerin Künast zum Gespräch. Deutliche Worte fand Renate Künast: „Die haben monatelang gewusst, es geht nitrofen-belastetes Futter raus – die werden zahlen müssen und zwar kräftig.“ Ihre Forderung in der Runde mit den Bauernverbänden, dass die Futtermittelindustrie das Futter austauschen müsse, neues unbelastetes liefern und für Betriebs- bzw. Bestandstilllegungen in einen Fonds zahlen müsse, traf zunächst auf Zustimmung bei DBV-Generalsekretär Dr. Born. Als sechs Tage später dann auch die Futtermittelindustrie mit am Tisch saß, kam der DBV offenkundig zu einer neuen Einschätzung der Lage. Die CMA solle im Herbst eine Image-Kampagne für die Landwirtschaft starten. Ein Entschädigungs-Fonds für die Zukunft könne ja auch über die „Qualitäts- und Sicherheitspartnerschaft“ geregelt werden. Was dafür spricht, mehr-

fach kontrollierte Bio-Höfe auch noch in das konventionelle Qualitätsmanagement zu zwingen, damit sie einige Euro Entschädigung der Futtermittelindustrie erhalten, bleibt wohl ein Geheimnis des Bauernverbandes.

Hubert Grothe, Geschäftsführer des Verbandes der Tiernahrung, sieht sich gar selbst als Opfer der vorgelagerten Produktionsstufen wie der Lagerhaltung. So war in der Runde auch ein Streit darüber entbrannt, wer wann was kontrolliert. Aus Sicht der Vertreter der Mischfutterindustrie sollen ihre vorgelagerten Lieferanten ihren Warenausgang kontrollieren. Töne des Beileids waren vom Raiffeisen-Verband zu hören: Er „bedauert außerordentlich, dass landwirtschaftliche Betriebe durch mit Nitrofen belastete Futtermittel in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten sind.“ Aber einen solidarischen Hilfsfonds für die betroffenen Bauern lehnt der Raiffeisenverband ab.

Kläger ist Mitangeklagter

„Wie die Multi-Funktionäre in DBV und Genossenschaften nun agieren wird zeigen, ob sie die Interessen der Bauern und Bäuerinnen vertreten oder auf Seiten der Agrarindustrie stehen,“ folgert Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf. Während Franz-Josef Möllers als Vorsitzender des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbandes für die geschädigten Landwirte seine Anwälte ins Feld schickt, muss er sich doch fragen lassen, wie er das mit seiner Tätigkeit als Aufsichtsratsvorsitzender der Raiffeisen Central-Genossenschaften (RCG) vereinigen kann, die mit GS agri intensive Geschäftsbeziehungen unterhält (s. S. 7). Da erstaunt das widersprüchliche Getrippel der Vertreter des Bauernverbandes kaum. Die Anwälte des WLW sind an einer raschen und gütlichen Einigung der Entschädigungsfrage interessiert. So könnte die Sache fernab der Gerich-



Der Raiffeisenverband kann sich nicht für einen solidarischen Hilfsfond erwärmen.

Foto: Niemann

te „intern“ geregelt werden und würde alsbald wieder Ruhe einkehren.

Die AbL dagegen will, dass die Hintergründe und Verantwortlichkeiten des Skandals geklärt werden und bereitet deshalb eine Klage gegen die GS agri und die Norddeutsche Saat- und Pflanzgut AG vor und unterstützt damit betroffene Bauern. Beauftragt mit der Sache ist das Anwaltsbüro, das schon bei der Auseinandersetzung um die Nachbaugebühren und die Auskunftspflicht die Interessen der Bauern vertritt. Interessierte Landwirte können über die Bundesgeschäftsstelle der AbL (s.S. 23) Kontakt aufnehmen.

Wahlkampfgetöse gegen Ökolandbau

Ende Mai, kurz nach Bekanntwerden des Skandals, erläuterte der niedersächsische Landwirtschaftsminister Uwe Bartels in der „Neuen Osnabrücker Zeitung“, nun zeige sich „dass Künasts einseitige Agrarpolitik zu Gunsten der Öko-Betriebe nicht gerechtfertigt“ sei. Offensichtlich könne der Öko-Anbau durch Schludrigkeit und kriminelle Energie genauso empfindlich getroffen werden wie der konventionelle Bereich. Im Juni machte Bartels den Vorschlag, Ökowerk, deren Belastung unter dem gesetzlich festgelegten Grenzwert liege, mit dem Hinweis aus die Nitrofenbelastung wieder freizugeben. Praktischerweise ist damit auch der Anspruch auf Entschädigung für die Öko-Bauern erledigt. Sein bayerischer Kollege Miller glänzte durch die Idee, belastete Öko-Produkte doch einfach konventionell zu vermarkten.

Entwarnung gab es inzwischen für die konventionellen Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern und anderen Bundesländern. Die Betriebe, die nach Nitrofenfunden bei der Fugema gesperrt wurden, sind nach der Entwarnung wieder alle freigegeben. Bis auf das erste Testergebnis waren alle weiteren negativ, so dass von keiner Nitrofenbelastung in Futtermitteln mehr ausgegangen wird.

Mächtige Kumpane

Wohl etwas naiv waren die Ökoverbände Naturland und Bioland, als sie mit der Agrarindustrie ins Bio-Schnellboot stiegen und dachten, sie wären die Kapitane. Selbstkritisch merkte Thomas Dosch, Bundesvorsitzender von Bioland an: „Wir als Ökoverband haben uns in einer Art Vorstellung von heiler Welt des Ökolandbaus bewegt ... Schon morgen sind wir dazu gezwungen, mit diesen agrarindustriellen Strukturen zu handeln oder zu akzeptieren, dass die Lebensmittelketten Ware aus dem Ausland beziehen.“ Im gerade verstrichenen Bio-Boom wurde es auf norddeutschen Betrieben möglich, auch unter dem Namen „Öko“ Geflügel ohne direkte Flächenbindung zu halten. Der Kniff dabei sind Kooperationsverträge mit flächenstarken Ackerbaubetrieben, die dann ihr Getreide, ihre Ackerbohnen oder Erbsen an GS agri lieferten und – zumindest laut Vertrag – den Geflügelmist auf den Flächen der Bio-Geflügelbetriebe ausbrachten. Das hat dann nichts mehr mit Flächenbindung und der Idee der Kreislaufwirtschaft des ökologischen Landbaus zu tun.

Die Öko-Verbände rudern inzwischen zurück. Bioland Niedersachsen will künftig keinen Verarbeitungsvertrag mit dem Bio-Geflügel-Großproduzenten Tiemann mehr abschließen. Am Ende bleibt die Schadensforderung an die Futtermittelindustrie, deren Verhalten Renate Künast als „nachgeradezu mafiöse Tendenzen“ einstuft, und ein weiterer Appell an Verbraucher, statt sich nach jedem Skandal mit wohligem Grausen für einen kurzfristigen Boykott von Nahrungsmitteln zu entscheiden, vorher zu überlegen, was Essen wert ist und zu welchem Preis ein Bio-Ei ökologisch und sozialverträglich erzeugt werden kann. So sind die einzigen Parallelen zwischen dem BSE- und dem Nitrofen-Skandal die Vertuschungen der Futtermittelindustrie und nicht die bei Nitrofen im Gegensatz zu BSE doch sehr geringe Gesundheitsgefährdung.

ms



Auch die Bio-Puten-Sparte liegt in wenigen Händen. Bei Bio-Eiern teilen sich drei Großvermarkter 75 % des Marktes

Pflanzenschutz-Vorwürfe

In einem noch unveröffentlichten Papier wirft die EU-Kommission nach Angaben des „Spiegel“ Deutschland gravierende Gesetzesverstöße beim Umgang mit Pflanzenschutzmitteln vor. In Bayern und Sachsen würden nicht zugelassene Produkte auf dem Markt angeboten, in Bayern sogar bis zu 30 % der Pflanzenschutzmittel direkt von Landwirten eingeführt. Gerügt wird die mangelnde Kontrolle und Ahndung solcher Verstöße, Rückstände in Lebensmitteln würden „nicht als ernsthafte Gefahr angesehen“. en

Ansehen durch Wegrand-Biotope

Über die Unsitte, Wegeränder oder gar ganze Wege einfach umzupflügen, wird in der Agrarzeitung „Land und Forst“ diskutiert. In Leserbriefen wurde darauf hingewiesen, dass evtl. beseitigte oder verrückte Grenzsteine zu erheblichen Kosten durch Neuvermessung führen können. Die naturbelassenen Randstreifen seien in der Agrarlandschaft oft die letzten Rückzugsgebiete für einheimische Tier- und Pflanzenarten. Ein Bauer: „Wir Bauern sind durch Überproduktion und Pestizideinsatz schon genug ins Gerede gekommen. Eine gute Möglichkeit, unser Ansehen zu verbessern, sehe ich u.a. in der Schaffung von Saumbiotopen, wo immer dieses möglich ist.“ en

Hormonwirkungen von Pestiziden – eine Zeitbombe?

Hormonelle Auswirkungen von aller kleinsten Chemikalienmengen auf Tiere und auch Menschen gehören möglicherweise zu den größten Risiken beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln, obwohl in der einschlägigen Agrarpresse bisher kaum darüber informiert wird. Nicht nur das Umweltbundesamt (UBA) verfolgt aufmerksam dieses Problemfeld, z.B. bei Weichmachern, Farben, Schiffsanstrichen und



Pflanzenschutz – wohl dem, der keine Hecken hat!

KURZES AM RANDE

Foto: Niemann

Pflanzenschutzmitteln. Der Deutschlandfunk berichtete jetzt über die Arbeit des Berliner Instituts für Gewässerökologie und Binnenfischerei (IGB): Im Test mit Nachkommen von Krallenfröschen zeigte sich, dass ein Pflanzenschutzmittel bei Kaulquappen die Entwicklung zu Fröschen verhinderte. Diese Mittel sind zwar keine Hormone, wirken aber im Embryo wie solche und hemmen z.B. die Bildung von körpereigenen Schilddrüsenhormonen, die die körperliche Entwicklung steuern. Halbfertige Frösche ohne Hinterbeine waren die schaurige Folge. US-Forscher haben eine Veränderung der Geschlechtsorgane bei Fröschen infolge des Herbizids Atrazin festgestellt.

Trotz vieler Hinweise aus der Umwelt ist eine Gefahr von hormonell wirksamen Stoffen für den Menschen schwer nachweisbar. Forscher wie der UBA-Experte Andreas Gies sind dennoch von dieser Gefährdung überzeugt und verweisen auf den Anstieg von hormonell mitverursachten Krebsarten (Hodenkrebs, Brustkrebs), die Verfrühung der Pubertät und die Abnahme der Spermienqualität. Jährlich wirft die Chemieindustrie Tausende neuer Stoffe auf die Märkte, Schätzungen hinsichtlich hormonell schädigender Stoffe reichen von 50 bis zu Tausenden. Deshalb will das IGB-Institut seinen Froschtest standardisieren und weiterentwickeln, damit er weltweit angewendet werden kann und so weltweit Verbote oder Beschränkungen von Chemikalien durchzusetzen sind. cf

Gut gemeint, aber kontraproduktiv

DVL übt massive Kritik an der Abstandsregelung im Pflanzenschutz. Erste Nachbesserungen als Schritt in die richtige Richtung begrüßt.

Der Deutsche Verband für Landschaftspflege (DVL) als bundesweiter Dachverband der 136 Landschaftspflegeverbände in Deutschland wendet sich vor allem gegen die Abstandsregelung, nach der beim Pflanzenschutz ein Mindestabstand von fünf Metern zu Hecken und anderen Kleinstrukturen eingehalten werden muss. Hiermit gehe das deutsche Pflanzenschutzmittelrecht deutlich über EU-Vorgaben hinaus.

Benachteiligung kleinstrukturierter Landwirtschaft

„Die neuen Anwendungsbestimmungen für Pflanzenschutzmittel sind von Seiten der zuständigen Behörden (Biologische Bundesanstalt und Umweltbundesamt) im Sinne einer zunehmenden Ökologisierung der Agrarpolitik gut gemeint, die Wirkung ist jedoch völlig gegenteilig“, so DVL-Geschäftsführer Wolfram Güthler. Die neuen Vorgaben stellen eine grobe Benachteiligung der Landwirte dar, die auf relativ kleinen Schlägen wirtschaften und auf ihren Betriebsflächen großzügig Saumstrukturen erhalten. Auch sind Landwirte wegen der Abstandsregelung nicht mehr bereit, auf ihren Flächen Hecken und ähnliche Strukturen neu zu schaffen, da der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in den umliegenden Nutzflächen deutlich erschwert wird. „Damit haben die Regelungen dazu geführt, dass in Deutschland über Agrarumweltprogramme kaum mehr Hecken gepflanzt werden. Das freiwillige Engagement von Landwirten für den Naturschutz wird damit ausgehebelt“, so DVL-Vorsitzender Göppel MdL.

Nachbesserungen

Inzwischen haben Biologische Bundesanstalt und Umweltbundesamt Vorschläge zur Nachbesserung vorgelegt. Der DVL sieht darin zwar noch keine Ideallösung, aber einen Schritt in die richtige Richtung, um das zerstörte Vertrauensverhältnis der Landwirte wieder aufzubauen. So ist laut „Neufassung der Anwendungsbestimmungen zum Schutz terrestrischer Biozöten“ ein Mindestabstand von 5 m nicht erforderlich, wenn „angrenzende Flächen (z.B. Feldraine, Hecken, Gehölzinseln) nachweislich auf landwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzten Flächen angelegt worden sind“. „Fragen Sie mich nicht, wie das irgendein Amt vor Ort kontrollieren

kann und soll“, so Wolfram Güthler. Und noch einen Haken gibt es: Die Neuregelung gilt nur für die Neugenehmigung, d.h. bei Pflanzenschutzmitteln, die in den letzten zwei Jahren genehmigt worden sind, muss weiterhin ein Mindestabstand eingehalten werden, zumindest bis zur turnusgemäßen Überprüfung der Zulassung in 10 Jahren.

DVL setzt auf Technik

Statt auf Mindestabstände setzt der DVL auf verbesserte Ausbringungstechniken. So könne über Injektordüsen die Abdrift von Pflanzenschutzmitteln in Säume massiv reduziert werden. Hier sieht der DVL auch die größte Bereitschaft seitens der Landwirte, da sich der Einsatz verbesserter Technik auch wirtschaftlich rechnet. „Schließlich will der Landwirt ja auch nicht, dass teure Spritzmittel in der Hecke landen“, fasst Wolfram Güthler seine Erfahrungen zusammen. So fordert der DVL, nach einer Übergangszeit den Einsatz von verlustmindernden Ausbringungstechnik (Injektordüsen) nach neuem Stand der Technik allen Landwirten vorzuschreiben und zugleich Fördermittel bereitzustellen, um Akzeptanz für die optimierte Technik zu schaffen.

Wenig hält der DVL dagegen von dem bereits eingeführten Verzeichnis regionalisierter Kleinstrukturanteile. Dabei werden Landwirte in Gemeinden mit einer hohen Dichte an Kleinstrukturen wie Hecken quasi belohnt, indem sie keine Mindestabstände im Pflanzenschutz einzuhalten brauchen. An sich eine gute Idee, in der Praxis aber wenig sinnvoll, da das Kataster ohne Bezug zur Realität bleibt. Denn die Daten sind dem Liegenschaftskataster entnommen, in dem Kleinstrukturen gar nicht erfasst werden, so dass verschiedenen Nutzungstypen willkürlich Saumbreiten zugeordnet werden. Z.B. sind Camping- und Landflugplätze als naturbetonte Biotope aufgenommen, nicht jedoch Streuobstwiesen.

Kleinstrukturen honorieren

Abschließend fordert der DVL, den Wert von Saumstrukturen auch über andere Instrumente der Agrarpolitik zu stärken. So müssen Kleinstrukturen bisher bei den flächenbezogenen Direktzahlungen und selbst im Vertragsnaturschutz aus der Antragsfläche herausgerechnet werden, Strukturreichtum wird dadurch eher bestraft denn gefördert. *we*

DVL-Pressemitteilung im Internet unter www.lpv.de/pressemit.htm

„Die Nachbauregelung hat sich bewährt“

Wie uns aus gut informierten Kreisen berichtet wurde

Er ist vielleicht eine der entscheidenden Figuren in der politischen Auseinandersetzung um die Nachbaugebühren. Seinen Namen kennt offiziell in dem Zusammenhang allerdings kaum jemand. Der Leiter des Referates Acker- und Pflanzenbau im Bundeslandwirtschaftsministerium Dr. Däschner gab und gibt als zuständiger Fachmann Stellungnahmen und Einschätzungen zum Thema ab. Damit hat er zumindest in der Vergangenheit den Lauf der Dinge nicht unerheblich beeinflusst. Bereits bei der Einführung der Nachbaugesetzgebung 1997 war er derjenige, der im Landwirtschaftsausschuss des Bundestages den Parlamentariern vermittelte: Hier braucht nicht mehr viel geregelt, durchdacht, abgewogen, gar geändert zu werden. Denn schließlich haben sich Bauernverband und Pflanzzüchter längst auf eine gemeinsame Regelung, das Kooperationsabkommen verständigt. Dass die bäuerliche Basis bei der Entstehung dieser Regelung praktisch ausgeklammert war, wusste er vielleicht nicht einmal.

Das alles wäre Schnee von gestern, würde nicht Dr. Däschner – mittlerweile glaubt man kaum noch, dass es wider besseren Wissens ist – nach wie vor die Ansicht vertreten, der Bauernverband und die Pflanzzüchter regelten das schon. In einer aktuellen hausinternen Stellungnahme schreibt er: „Die Auffassung der Patentanwälte (Anm.: gemeint sind die Anwälte der Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren), dass das Sortenschutzgesetz im Hinblick auf die Nachbauregelung geändert werden müsse, wird durch die Fachabteilung des BMVEL (Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft) nicht geteilt.“

Auch die Rolle des Bauernverbandes stellt Däschner in dem Papier unmissverständlich

dar: „Ende März 2001 hat auf Einladung des Bauernverbandes eine Gesprächsrunde zur Nachbauregelung, an der auch Mitglieder des Ernährungsausschusses des Deutschen Bundestages teilgenommen haben, stattgefunden. Bei dieser Veranstaltung wurde vom Bauernverband mit Nachdruck die Beibehaltung der gesetzlichen Grundlagen der Nachbauregelung in der jetzigen Form gefordert und um Unterstützung durch Politik und Regierung gebeten.“

Bauernverband-Papier

Nun mag man argumentieren, diese Aussagen sind mehr als ein Jahr alt, überholt sind sie offensichtlich nach Meinung Däschners aber nicht – würde er sie sonst in einer aktuellen Stellungnahme wiedergeben? Sicherlich ist er – wie es sich für gut informierte Kreise gehört – längst in Kenntnis darüber, dass Bauernverband und Pflanzzüchter sich schon fast wieder handelseinig über ein neues, abgespecktes Kooperationsabkommen sind. Feinsäuberlich in einer Tabelle gegenübergestellt markiert der Bauernverband nur noch wenige Kleinigkeiten mit dem Vermerk „Verhandlungsbedarf“, z. B. ob die „neuen“ Nachbaugebühren nun 40 oder 50 % der Z-Lizenz betragen sollen oder ob es eine Pauschal- gegenüber einer sortenindividuellen Berechnung der Gebühr geben sollte. „Einvernehmen“ herrscht darin, dass – wenn auch vereinfacht – Auskunft per Fragebogen an die STV gegeben werden und dass gezahlt werden muss.

Zur Stimmungslage

Wieder bleibt die bäuerliche Basis außen vor. Deren Stimmungslage schätzt nun wieder Dr. Däschner in seinem Papier ein: „Die Nachbauregelung hat sich bewährt, der Saatgutnachbau ging zwischenzeitlich um mehr als 10 % zurück. Die Nachbaure-

gelung wird von der großen Mehrheit der Landwirte akzeptiert.“ So etwas als Lagebeurteilung an die Ministerin weiterzureichen, könnte man schon fast als Versuch werten, sie auf der nächsten Bauernversammlung übel auflaufen lassen zu wol-



Während die Bauern für alle sichtbar die Ernte einbringen, wirken andere weiter unauffällig im Hintergrund für die Nachbaugebühren.
Foto: Niemann

len. Die Realität gibt diese Einschätzung jedenfalls nicht wieder. Da sei Frau Künnast doch eher die Lektüre des – über jeden links- oder grün-ideologischen Zweifel erhabenen – dlz-agrarmagazins empfohlen. Dort entbrannte aufgrund einer Internetumfrage eine rege Debatte um die Zukunft der Nachbaureglung. „Eine Flut von Leserzuschriften“ erreichte die Redaktion, der Tenor ist ziemlich eindeutig. Keines der vorgestellten Alternativmodelle fand die Zustimmung der Bäuerinnen und Bauern. Plädiert wird stattdessen dafür, dass die Züchter sich dem Markt stellen und Z-Saatgut preislich attraktiver machen sollen. Für die Verbesserung ihrer Einkommenssituation empfiehlt ein dlz-Leserbriefschreiber den Pflanzzüchtern augenzwinkernd weitere betriebliche Standbeine, zum Beispiel die Einrichtung eines Saatgutcafés. cs



Kreisbauernverband gegen Nachbauregelung

Auf der Kreisversammlung des Lüchow-Dannenberg Landvolkverbandes am 19. Juni 02 in Lüchow haben die Sprecher der Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren, Adi Lambke, Hermann Bammel und Georg Janßen einen Antrag gegen die Nachbauregelung eingebracht und zur Diskussion gestellt. Die Kreisverbandsversammlung hat den folgenden Antrag ohne Änderungen **einstimmig** beschlossen:

„Die jetzige Nachbauregelung ist abzuschaffen:

1. Eine neue Nachbauregelung muss jegli-

che Auskunftspflicht der Landwirte gegenüber einem privatwirtschaftlichen Unternehmen beenden. Jeder Landwirt muss auch in Zukunft Z-Saatgut kaufen können, ohne dass seine Betriebsdaten erfasst werden.

2. Eine neue Nachbauregelung muss einfach und unbürokratisch sein und die Interessen der Landwirte berücksichtigen.

3. Das Bundeslandwirtschaftsministerium wird aufgefordert, alle landwirtschaftlichen Interessenvertretungen nach Berlin einzuladen, um eine neue Nachbauregelung zu schaffen, die für die Landwirte akzeptabel ist.

4. Der Kreisvorsitzende Werner Hilse wird

aufgefordert, diese Punkte im Präsidium des Niedersächsischen Landvolks und des Deutschen Bauernverbandes einzubringen und zur Abstimmung zu stellen.“

Damit hat sich erstmals eine Bauernverbandsversammlung in Norddeutschland deutlich gegen die Auskunftspflicht und die jetzige Nachbauregelung ausgesprochen. Kreisverbandsvorsitzender Werner Hilse, gleichzeitig auch Vizepräsident des Niedersächsischen Landvolkverbandes, hat der Versammlung zugesagt, dass er sich für die Umsetzung des Beschlusses einsetzen wird.

STV-Post

Die Aufbereiter von Nachbauseedgut bekommen derzeit mal wieder Post von der Saatgut-Treuhand. Angemahnt wird die Pflicht, Kundendaten an sie weiterzureichen. Beigefügt ist ein Faltblatt, das im Namen der Aufbereiter geschrieben ist, die es bitte mit ihrem Stempel versehen und an die Kunden verteilen sollen. Darin lässt die STV den wahrscheinlich in diesem Punkt völlig uninformierten Aufbereiter im Brustton der Überzeugung verkünden: „Im Interesse unserer Kunden haben wir uns auch bezüglich der datenschutzrechtlichen Bestimmungen informiert.“ Wem dies Marionettenspiel zu dumm ist, der melde sich beim IGN-Ansprechpartner für Aufbereiter: Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3079

Zahlungen werden nicht reichen

Erfahrungen von Bauern, die nitrofenverseuchte Futtermittel geliefert bekamen, mit Versicherungen, Verbänden und offiziellen Stellen

Aufgegabelt:

„Da gibt es schlaflose Nächte“
(GS-agri-geschädigter
Biobauer Martin Mucker)

„Die neuen agrarindustriellen Verhältnisse sind kontraproduktiv für den Ökolandbau. Die Frage ist, ob wir das zulassen“
(Karl-Heinz Hanken,
GS-agri-geschädigter
Biobauer)

„Wir bewegen uns wie die Ameisen durch den Dschungel, um nach den Verursachern zu suchen. Auch drei Wochen nach Aufdeckung des Giftskandals schweigen manche noch immer.“
(Till Backhaus,
Landwirtschaftsminister
Mecklenburg-
Vorpommern)

„Der Markt kennt keine Moral, nur Angebot und Nachfrage. Der Verbraucher mag's knallgelb und billig“
(Ostseezeitung)

„Vom Öko-Landbau zum Kapitalismus: ...Letztlich gibt es nur eine echte Agrarwende, wenn kleine, regionale Anbieter gestärkt werden. Denn wohin überregionale Vermarktung scheinbar zwangsläufig führt, beweist dieser Skandal.“
(Landeszeitung
Lüneburg)

So was darf nicht mehr passieren,“ Bauer Friedrich Heukmann-Bumann aus dem westfälischen Nordkirchen wurde durch den Nitrofenkandal hart gebeutelt. Seit vier Wochen sind seine 1.200 Masthähnchen gesperrt und er darf keines der 450 Mastschweine verkaufen. Auch Wochen nach den Nitrofenfunden stehen die Höfe, die verseuchtes Futtermittel geliefert bekamen, noch vor vielen Problemen und haben keine Entschädigung für die gesperrten Tiere und Futtermittel oder Untersuchungskosten erhalten. Dass seine Hähnchen verseuchtes Futter bekommen haben, war Friedrich Heukmann-Bumanns schnell klar, schließlich hatte GS agri ohne Angabe der genauen Gründe, das Futter auf seinem Hof schon am 16. Mai ausgetauscht. Eine Probe des ausgetauschten Futtermittels blieb nicht auf dem Hof.

Als er dann am Freitag, den 23. Mai, aus dem Radio von dem Verdacht der Nitrofenbelastung in seinem Futtermittel für die Hähnchen erfuhr, rief Friedrich Heukmann-Bumann nach dem Wochenende bei seiner Bio-Kontrollstelle IMO und beim Kreisveterinär an: Der Veterinär erklärte sich für nicht zuständig und die Kontrolleure rieten ihm nach etwas Zögern, Fleischproben nach Bayern an die Bundesanstalt für Fleischforschung zu schicken. Dann ging alles ganz schnell. Wenige Stunden später war das Veterinäramt dann zuständig und schickte zwei Mitarbeiter auf den Hof, die Bücher sowie Wareneingang und -ausgang prüften, Proben der Futtermittel zogen und einige Hähnchen für Fleischproben mitnahmen. Am nächsten Tag untersagt die IMO die Vermarktung der Tiere als Naturland-Ware.

Positiv oder nicht?

Widersprüchliche Aussagen über seine Futtermittel bekam auch Hans-Dieter Blume zu hören. Von einem Kollegen erfuhr der Bio-Bauer am 23.05., dass die Genossenschaft GS agri wohl nitrofenbelastetes Geflügelfutter ausgeliefert habe. GS agri teilte auf seine Nachfrage mit, dass die für seine 5.000 Hennen gelieferte Futtercharge nicht belastet sei. Doch am 24.05. kamen Veterinäre auf den Hof und sperrten seinen Bestand. Vier Wochen später sind seine 5.000 Legehennen nun geschlachtet und auf seinem Hof sta-

peln sich inzwischen 80.000 Eier. An keinen seiner Abnehmer, ob Lebensmittel-einzelhandel, Naturkosteinzelhandel oder Naturkostgroßhandel, durfte er noch Eier liefern.

Bei der Rückrufaktion der Heukmann-Bumanns zeigt sich, auf wie vielen Wegen selbst ein Bio-Hähnchen vom Hof auf die Teller der Kunden gelangt: „Wir mussten 530 Hähnchen zurückholen, einer unserer großen Abnehmer hat 430 Hähnchen zurückgegeben. Dafür hat er 300 Geschäfte angeschrieben, hat beim Anfahren von 89 Läden insgesamt 6.300 km zurückgelegt und für das Auspacken und Entsorgen der Hähnchen 26 Stunden gebraucht“, berichtet Bauer Friedrich Heukmann-Bumann. Das Ausmaß des Schadens für seinen Betrieb schätzt er auf über 20.000 €.

Versicherung zahlt nur einen Teil

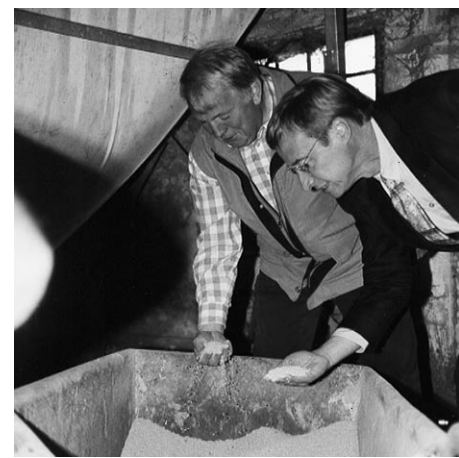
Für den Hof Blume ist der Schaden noch größer. Für Untersuchungen, zu entsorgende Eier und Hennen sowie Junghennenzukauf kommt er auf 50.000 €. Die Versicherung wird wohl Zahlungen vornehmen, doch das wird nicht reichen und ein Schuldeingeständnis geht auch nicht damit einher. Nach einem Gutachten der R+V-Versicherungen sollten Blumes die erst vor drei Monaten zugekauften Junghennen behalten, da angeblich nach drei Wochen nitrofenfreier Fütterung die Eier wieder unbelastet gewesen wären. Für die Junghennen will die Versicherung also keinen Schaden anerkennen und keine Entschädigung zahlen. Doch dieses Durcheinander von nitrofenbelasteten Tieren neben neuen unbelasteten Bio-Hühner kann der Bauer seinen Kunden nicht vermitteln. Hans-Dieter Blume fragt sich, ob denn der Staat für einen Teil der Entschädigungen aufkomme. Schließlich hätten ja staatliche Stellen das Lager in Malchin ohne Auflagen veräußert, ohne darüber zu informieren, dass dort vorher Gift gelagert wurde.

Erst mit der Zahlungsbereitschaft der R+V-Versicherung konnten Heukmann-Bumanns am 20.06. ihre Hähnchen schlachten bzw. als Sondermüll entsorgen lassen. Unklar ist jedoch nach wie vor, was mit ihren Schweinen passiert. In der Mast setzen Heukmann-Bumanns überwiegend eigenes Getreide ein, das mit Zukauffutter von GS agri ergänzt wird. Zunächst waren die Proben des Schweinefutters negativ. Doch die am 19. Juni geschlachteten Schweine, wurden dann wieder vom nordrhein-westfälischen Ministerium für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz gesperrt, da in den Wurstwaren Nitrofenrückstände

auftraten, die knapp um den Grenzwert von 0,01 mg Nitrofen je kg lagen.

Fazit der Bauern:

„Viel verkehrt gemacht habe ich selbst nicht“, lautet Bauer Blumes Fazit. In Zukunft wird er in der Geflügelfütterung mehr eigenes Getreide einsetzen. Doch vor der Nitrofenbelastung im Futter hätte ihn das auch nicht geschützt, da er das Pflanzenschutzmittel Nitrofen dann eben über den zugemischten Ergänzern ins Fut-



Bauer Friedrich Heukmann-Bumann und NRW-Staatssekretär Thomas Griese beim Blick aufs Tierfutter. Foto: Jasper

ter bekommen hätte. Nach seiner Einschätzung werden ein Teil der Kunden wie schon bei Skandalen vorher zu ihrem alten Einkaufsverhalten zurückkehren: „Meine Kunden im Naturkosteinzelhandel habe ich gleich vorgewarnt, sofort die Eier zurückgenommen. Wenn ich wieder Eier habe, werden sie wohl wieder bei mir kaufen“. Das Bild der Verbraucher, dass Öko-Eier von einer handvoll freilaufender Hühner hinter dem Hof kommen, müsse sich ändern. Damit könne nicht das ganze Ruhrgebiet mit Bio-Eiern versorgt werden. „Mit Sicherheit sind bei der GS Agri, Naturland und der IMO Fehler gemacht worden“, erklärt Friedrich Heukmann-Bumann. Skeptisch ist er zum Beispiel wie genau Kontrolleure der IMO ein Werk wie die GS agri prüfen können. Aber nach 12 Jahren Verbandsmitgliedschaft will er weiter bei Naturland bleiben. Und merkt selbstkritisch an: „Ich denke man hat es sich in der Vergangenheit oft zu einfach gemacht.“ Künftig will er bei Naturland gegen Strukturen wie mit Tiemann und GS agri ankämpfen. Nur ob er mit 56 Jahren noch mal Hähnchen aufstellen wird, weiß er noch nicht. In seine Ställe und Schweine-Ausläufe hat er in den letzten 12 Jahren viel Zeit und Geld investiert. Nun wäre es schön gewesen, damit auch mal etwas Geld zu verdienen. 115



Die nitrofenbelasteten Hähnchen mussten als Sondermüll entsorgt werden. Foto: Jasper

Agrarindustrie und Bio: Verflechtungen

Beim genauen Hinsehen stößt man im Bio-Bereich auf alte Bekannte

Ich bin über die Großstrukturen entsetzt, in denen der Ökomarkt gelandet ist: Plötzlich kontrollieren südoldenburgische Hühnerbarone die Szene. Plötzlich ist der Markt in Händen, in denen wir ihn nie haben wollten.“ So ein Bauer auf einer Bioland-Regionalversammlung. Er hat recht: Im Wettbewerb um die Regale der Handelsketten haben sich einige Bioverbände nicht nur mit der Agrarindustrie und dem Raiffeisenkomplex eingelassen, sondern sich von ihnen abhängig gemacht.

Doch der Reihe nach: Das Ökogetreide in der Malchiner Pestizid-Halle wurde gelagert von der vorwiegend konventionell handelnden **Norddeutschen Saat- und Pflanzgut AG/NSP** (mit Agrarchemie-Handelssparte), im Eigentum der **Raiffeisen-Hauptgenossenschaft Nord AG Kiel** sowie der **team Immobilien Handels GmbH**, Rendsburg, und der **Nielsen-Thor GmbH**, Flensburg.

Von dort aus ging das Getreide über Zwischenstufen und Broker u.a. an zwei Mischfutterwerke:

Einmal an die **Fugema GmbH & Co.KG** in Malchin, mit folgenden Anteilseignern:

– **Raiffeisen-Hauptgenossenschaft Hannover** (45%)

– **Ralf Schneider**, Buchloe (45%), Sohn des ehemaligen Chef-Managers des **Moksel-Fleischkonzerns** (s.u.)

– **Bela-Mischfutturmühle**, Langförden (vom früheren Bela-Manager Berndt gekauft vom früheren Eigentümer und Geflügel-Agrarindustriellen Paul Schockemöhle, der laut Pressemeldung indirekt an der Fugema beteiligt blieb).

Zum anderen an die **GS agri eG** im oldenburgischen Schneiderkrug, das zehntgrößte (konventionellen) Mischfutterunternehmen Deutschlands, bei Bauern umstritten wegen des Aufbaus von fünf agrarindustriellen 2000er-Sauenanlagen, Teil des **Raiffeisenverbundes**, der insgesamt ca. 60% des deutschen Mischfutters herstellt und in dessen Führungsgremien fast alle namhaften Bauernverbands-Funktionäre das Sagen haben.

Die **GS agri** lieferte das nitrofenbelastete Futter an jene Naturland- und Bioland-Bauern, die im Vertrag mit der Geflügelschlachtere **Grüne Wiesen Biohöfe GmbH** bzw. mit der Bio-Eiermarke **Wiesengold** standen.

Anteilseigner dieser Biofirmen:

– **GS agri** selbst,

– **Familie Kalvelage** (Eigentümer des zweitgrößten deutschen Putenmastkonzerns **Heidemark**, bekannt durch die Auseinandersetzung mit Greenpeace wegen Haltungsbedingungen und Antibiotika-Einsatzes),

– **Heinrich Tiemann**, gleichzeitig Geschäftsführer dieser Firmen und zudem in der konventionellen Geflügelhaltung aktiv, parallel dazu Teil der **Heidegold**-Gruppe als dem zweitgrößten agrarindustriellen Eierkonzern mit expandierender Bio-Sparte (gemeinsam mit **Biopark**) – und an dieser „Heidegold“-Gruppe ist seit kurzem auch der größte deutsche Eierkonzern beteiligt, nämlich die **Deutsche Frühstücksei** (die nach dem Berufsverbot für den tierquälerischen **Anton Pohlmann** dessen Käfig-Anlagen übernommen und weitergeführt hat).

Verflechtungen im Rinderbereich

Außer dem Geflügelsektor gibt es aber noch einen weiteren Bio-Bereich, in dem sich agrarindustrielle Strukturen und Akteure durchsetzen wollen, nämlich die Rinderhaltung: Hauptlieferant der großen Verarbeiter (wie **Tönnies** oder **Edeka**) mit Bio-Rindfleisch ist die Erzeugergemeinschaft **Weidehof** mit neun großen Agrarunternehmen aus Mecklenburg-Vorpommern, angegliedert an den Bioverband **Biopark**. Treibende Kraft und Sprecher gegenüber dem Handel ist **Rodo Schneider**, der Vater von Ralf Schneider (Fugema-Miteigener, siehe oben).

Der ehemalige Chefmanager des **Moksel-Fleischkonzerns** stand während seiner Moksel-Tätigkeit, aus der er ohne Entlastung ausscheiden musste, im Rampenlicht vieler Skandale oder staatsanwaltlicher Untersuchungen: wegen Steuer- und Subventionsbetrugs mit DDR-Fleisch, wegen Exports von verdorbenem Fleisch oder wegen Fälschung von Schlachtvieh-Herkunftsnachweisen. Neben der Öko-Mutterkuhhaltung von mehreren tausend Rindern betreibt die Familie Moksel auch noch die zweitgrößte agrarindustrielle Bullenmastanlage in Hohenwangelin, ehemals Teil des DDR-„Kombinats industrielle Mast“, nach der Wende von der Treuhand gekauft, gegen den Widerstand des damaligen Bundesministers Kiechle. „Agrarindustrielle Bioproduktion“ – so warnte die „Bauernstimme“ bereits vor Jahren mehrfach davor, dass die Skandale aus den Agrarfabriken auf den Biosektor abfärben würden.

Bleibt zu erwähnen, dass viele der Raiffeisen-nahen Unternehmen haftpflichtversichert sind bei der **Raiffeisen-R+V-Versicherungsgruppe**, mit der laut Zeitungsmeldungen bereits lange vor der Veröffentlichung des Skandals über die schadensmindernde Geheimhaltung und einen möglichen Export des Nitrofenfleisches verhandelt wurde. In den Gremien von „R+V“ sitzen Bauernverbandsfunktionäre wie Sonnleitner, Möllers, Dr. Kliem, und andere... ril



Fleisch- und Futterkonzern

Die dänischen Landwirte und ihre Organisationen wehren sich derzeit massiv gegen ein Modell „Farm-Management“ des FKF-Mischfutterkonzerns, einer Tochterfirma des Düngemittel- und Energiemultis Norsk Hydro. FKF steigt nämlich nach dem Vorbild großer US-Konzerne direkt in die Agrarproduktion ein und hat Ende letzten Jahres die Aktiengesellschaft DLP gekauft, die 21 total spezialisierte Agrarbetriebe mit 100.000 Mastschweinen, 500.000 Ferkeln und 20.000 Sauen umfasst. FKF will diese Konzern-Landwirtschaft weiter ausbauen, auch in anderen Ländern. Der Konzern hat deshalb einen großen Schweinehaltungsbetrieb in der Slowakei mit 40.000 Mastschweinen erworben. Bei einem Erfolg dieser Vorhaben erwägt Norsk Hydro laut Lebensmittel-Zeitung, seine Agrar-Aktivitäten an den niederländischen Futterkonzern Nutreco zu verkaufen. en

Agrarfabriken im Rampenlicht

Durch den Nitrofen-Skandal gerieten nicht nur agrarindustrielle Bio- und Raiffeisen-Strukturen ins Rampenlicht, sondern auch noch einige konventionelle Agrarfabriken, die ihr Futter von GS agri oder Fugema beziehen: So die von mehreren Oldenburger Unternehmern betriebene Schweineanlage in Losten bei Schwerin mit 65.000 Tieren, außerdem die Schweinemastanlage Todendorf bei Teterow des Unternehmers Bührenheide mit 16.500 Plätzen. pm

Mischfutterfirma verunglimpft Selbstmischer

Bei einem Besuch des niedersächsischen Landwirtschaftsministers Bartels in einem der Mischfutturmittel der Bela-Mühle GmbH & Co.KG im südoldenburgischen Langförden forderten die Inhaber (Familie Berndt) den Verzicht auf staatliche Kontrollen in Gesetzesform. Bartels will die Mischfutterindustrie verpflichten, ihre Zutaten schon vor dem Mischen zu kontrollieren, statt sich lediglich von den Lieferanten die Schadstoff-Unbedenklichkeit bescheinigen zu lassen. Die Bela-Inhaber: die Selbstkontrolle der Mischfutterindustrie sei „weit fortgeschritten“ und reiche aus. Das Land müsse stattdessen „ein stärkeres Auge auf die vielen selbstmischenden Landwirte und Rohstofflieferanten werfen“. Nennt man das eine „strategische Partnerschaft“ im Rahmen des QS-Systems? gf

Öko-Mischfutter und hofeigenes Futter

„Es ist typisch für die ökologische Landwirtschaft, dass der Landwirt hofeigene Komponenten verwendet. Dafür liefern wir passende Eiweißergänzungsfuttermittel.“ So erklärt Dr. Struck, Vertreter des Ökofuttermittel-Herstellers Reudink, im „Ernährungsdienst“ die Rolle seines Unternehmens. Einschränkend weist er aber auf Öko-Richtlinien hin, die vom Ökobetrieb lediglich 50% hofeigener Futtergrundlage verlangen: „Diese Futtergrundlage kann er dann entweder in hofeigenen Mischungen verarbeiten oder er verkauft diesen Anteil an ein Mischfutterwerk und bezieht dann Komplettfutter.“ Wenn nach 2005 die konventionellen Eiweißkomponenten wie Kartoffeleiweiß und Maiskleber nicht mehr erlaubt sein sollten, könnten oder müssten evt. die eingemischten Öko-Leguminosen durch synthetische Aminosäuren ergänzt werden. Die seit 1990 zum Futtermittelkonzern Nutreco gehörige Öko-Firma Reudink produziert laut Dr. Struck sowohl Ökomischfutter auf dem Niveau des Biosiegels als auch solches nach den strengeren Vorschriften der Bioverbände. Die Preise lägen demnach etwa zwischen 70% und 100% über denen von konventionellem Mischfutter. Die Öko-Anteile in den verschiedenen Branchen schätzt Struck folgendermaßen ein: Legehennen 2 bis 3%, Schweine 0,1 bis 0,5%, Rinder 2 bis 5%, Milch 2%. en

Tag der Regionen

Zum ersten Mal findet der Tag der Regionen dieses Jahr am 6. Oktober in allen Bundesländern statt. Funktionierende regionale Kreisläufe sind ein globales Anliegen und der richtige Weg, um möglichst vielen Menschen Wohlstand zugute kommen zu lassen. Interessierte können sich bei folgenden Kontaktstellen ihres Bundeslandes melden:

Brandenburg: WWF Naturschutzstelle Ost, H. Schäfer, Tel: 0331-74731-23; **Kooperationsanstiftung, Fr. Werner,** Tel: 03574-464326; **Hessen:** Akademie für Natur- und Umweltschutz, Fr. Steiner, Tel: 06441-9248013; **Niedersachsen:** Stadt Oldenburg, Fr. Dannemann o. H. Potratz, Tel: 0441-235-2144; **Verein für eigenständige Regionalentwicklung H. Kleine-Limberg,** Tel: 0511-444454; **Verband für Umweltberatung, H. Röhrig-van der Meer,** Tel: 0511-1640326; **Saarland:** H.-J. Esser, Stiftung Hofgut Imsbach, Tel: 06853-91180, Fax -911830; **Kontakt für Süden mit Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Thüringen:** Aktionsbündnis „Tag der Regionen“, Koordinationsstelle Süd, Spitalstr. 5, 91555 Feuchtwangen; **Kontakt für Norden mit Nordrheinwestfalen, Berlin, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein:** Christiane Sasse, Zur Specke 4, 34434 Borgentreich, Tel: 05643-949271, -Fax: -948803

Hanf muss Stilllegungskultur werden

In Ostwestfalen-Lippe werden in diesem Jahr 160 ha Hanf angebaut. Eine größere Ausdehnung des Hanfanbaus war für die Ernte 2002 nicht möglich, da Hanf als Stilllegungskultur faktisch nicht angebaut werden darf. NRW-Staatsekretär Dr. Griese hob in diesem Zusammenhang hervor, dass Futterrüben, Silomais und auch Getreide als nachwachsende Rohstoffe auf Stilllegungsflächen angebaut werden dürfen, während der Anbau von Hanf nur unter der Bedingung freigegeben ist, dass der Schäbenanteil im Fasergemenge 25 % umfasst. Diese Formulierung und die hohen Anforderungen an die Materialbuchhaltung und die Kontrolle führen dazu, dass es faktisch eine Nicht-Freigabe für Hanf auf Stilllegungsflächen gibt.

Karl-Erich Oldemeyer (Vorsitzender der Erzeugergemeinschaft) sieht in dieser Benachteiligung des Hanfes gegenüber anderen Kulturen eine zentrale Aufgabe für die Lobbyarbeit. Denn eine weitere Flächenausdehnung zur Kapazitätsauslastung der Faseraufschlussanlage in Kalletal ist nur möglich, wenn Hanf auch auf Stilllegungsflächen angebaut werden darf. hbb

Biopatentgesetz vertagt

Keine Einigung über die Patentierung von Menschen, Pflanzen und Tieren und ihren Genen erzielten die Fraktionen der SPD und der Grünen. So wird vor der Wahl kein Bio-Patentgesetz mehr verabschiedet werden. Greenpeace hatte gegen das geplante Gesetz protestiert, mit dem auch eine Curry-Wurst patentierbar sei. Stattdessen forderte Christoph Then von Greenpeace „der Bundestag sollte dem Vorbild Frankreichs und Luxemburgs folgen und die europaweite Neuverhandlung der Richtlinie fordern. Es darf keine Patente auf Pflanzen, Tiere, Menschen und ihre Gene geben.“ pm

Hormonmafia-Mord gesüht

Sieben Jahre nach dem Mord an dem belgischen Tierarzt Carel von Noppen, der einer „Hormonmafia“ in der Kälbermast auf der Spur war, sind der Täter und seine Auftraggeber (zwei Viehhändler) zu Lebenslang bzw. zu langen Haftstrafen verurteilt worden. Van Noppens Bruder hatte den Kampf gegen die Fleischmafia fortgesetzt, unterstützt von einem Netzwerk von Beamten, Viehhaltern, Tierärzten und Politikern. Das belgische Parlament musste strenge Gesetze gegen den Einsatz von Wachstumshormonen verabschieden. en

Neue Notierung nach Streit um Ferkelpreise

Nachdem die genossenschaftliche Westfleisch und ein Viehhändler aus Nordrhein-Westfalen einige Wochen lang besonders niedrige Ferkelpreise gemeldet hatten, zählen für die Ferkelnotierung in Nordrhein-Westfalen jetzt nur noch die Meldungen von neun Ferkelerzeugergemeinschaften. Wie top agrar berichtet lagen die Preise der beiden Unternehmen im Extremfall um 7,- € unter dem übrigen Durchschnitt. Zusätzlich rundeten die beiden ihre Ferkelumsätze deutlich auf, wodurch sie mit 25.000 gemeldeten Ferkeln eine marktbeherrschende Position erreichten. pm

KURZES AM RANDE

Start mit Abschlügen verkündet

Freiwillige Datenweitergabe für Qualität und Sicherheit?

Ihre vielgepriesene Lösungsfähigkeit hat die Privatwirtschaft vom Deutschen Raiffeisenverband, Deutschen Bauernverband, Verband der Fleischwirtschaft, Bundesverband der Fleischwarenindustrie, Handelsvereinigung für Marktwirtschaft bis zu der CMA mit dem „Qualität und Sicherheitszeichen“ nicht bewiesen. Verkündet wurde der Start des privatwirt-

QS-zertifizierte Schweine einen Cent Zuschlag je kg Schlachtgewicht zu zahlen. Doch schon ab Mitte August ist geplant bei allen nicht zertifizierten Tieren einen Cent Abschlag durchzusetzen.

Die monatelange Auseinandersetzung um die genauen Kriterien für jede Stufe hat der QS-Partnerschaft jedoch nicht dazu verholfen, Verbraucherministerin Künast



Im Juni hat das Schlachtunternehmen Westfleisch seinen QS-Zeichennutzungsvertrag erhalten.

Foto: Archiv

schaftlichen Zeichens für die konventionelle Landwirtschaft schon mehrfach. Nachdem nun die Gesellschafterversammlung der QS GmbH sich Mitte Juni auf einen Vertrag geeinigt hat, beginnt Westfleisch damit QS-Fleisch zu bündeln. Mit ihren beiden Qualitätsprogrammen „TranspaRind“ und BestSchwein“ kommt die Westfleisch den kaum über den Gesetzen liegenden Anforderungen des QS-Prüfzeichens schon nach. Für 1,45 Mio. Schweine und rund 800.000 Rinder hat Westfleisch einen Vertrag das QS-Zeichen zu benutzen, schreibt die Lebensmittelzeitung. Ihr gegenüber kündigte Westfleisch-Chef Helfried Giesen an, dass bald „in 1.000 Märkten mit vier Vertriebsbahnen“ Selbstbedienungsfrischfleisch mit dem Zeichen QS zu erhalten sei. Im Jahr 2001 hat die Westfleisch zwar erst 5.500 Rinder im Rahmen des TranspaRind-Programms geschlachtet, vielleicht kommt die rasante Steigerung der Schlachtungen auch durch anstehende Fusion mit der Nordfleisch zustande. Wenn Kartellamt und bäuerliche Anteilseigner zustimmen, ist der Fleischkonzern ab 2003 der zweitgrößte in Europa.

Abschläge ab Mitte August

Die Vermutungen von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, dem Deutschen Bauernbund und dem Bundesverband der Landwirte im Nebenberuf, dass nach der Einführung des QS-Prüfzeichens andere nicht zertifizierte Tiere einen geringeren Preis beim Schlachten erzielen, haben sich bestätigt. Ende Juni trafen sich Vertreter verschiedener Schlachthöfe, um abzusprechen künftig für

dafür zu gewinnen, die Kontrolle der Kontrolle der Eigenkontrolle zu übernehmen. Zweifel ob bei dem vorgesehenen Ablauf der Kontrolle Schwachstellen entdeckt werden können, bestärken sich schon bei den ersten Schritten der Einführung. Wenn Westfleisch schon heute Tiere nach QS-Kriterien mästen und schlachten lassen kann, stellt sich doch die Frage wie denn dann die Futtermittelindustrie ebenfalls erst Mitte Juni oder später beginnen kann QS-zertifiziertes Futter anzubieten? Welches Futter lag denn bei den jetzt geschlachteten Tieren im Trog? Wie Jürgen Hittel von der Futtermittelfirma Muskator Werke GmbH gegenüber dem Ernährungsdienst äußerte ist für den Futtermittelhandel „eine detaillierte Einbeziehung der Rohware in das Kontrollsystem bei QS ausdrücklich nicht vorgesehen. Das System soll ja schließlich dynamisch entwickelt werden.“ Natürlich werde auch die Futtermittelwirtschaft versuchen, die höheren Kosten an die nächste Stufe weiterzugeben, führt Jürgen Kittel weiter aus.

Nachbauauskunft für die Sicherheit

Die Offenlegung aller Daten und Betriebsentscheidungen von Bauern schwebt Werner Schmitz von den Raiffeisen Central-Genossenschaften vor. An Raiffeisen Getreide liefernde Landwirte sollen im Rahmen der Qualitätssicherung für das QS-Prüfzeichen auf einer Ackerschlagkartei selbst die angebauten Sorten nennen. So erhalten die Pflanzenzüchter dann doch ihre verlangte Auskunft über den Nachbau, wenn es nach Plänen der Raiffeisen geht. mms

Seit Beginn des Frühlings bin ich wieder hoffnungsvoll. Das Getreide hat die Fröste im Winter überlebt. Nach zwei schweren Jahren und trotz eines für 2002 sehr niedrigen Biomilchpreises bei BIOLAIT (0,315

Euro/l) – 40 bis 50 % werden konventionell vermarktet – versprechen alte Weizensorten, Roggen mit lokalen Linsen und Winterhafer ein gutes Wachstum. Auch erwartete ich den Betrag meines CTE-Vertrages mit dem Staat (s. Studie „Umsetzung der Agenda 2000 in Frankreich“ in BS 6/02, S. 21). Obwohl der Termin der Auszahlung wegen Verzögerung in der Verwaltung immer weiter verschoben wurde, blieb ich zuversichtlich, dass diese Förderung der zweiten Säule der Agrarpolitik in Frankreich eines Tages ankommen würde. Seit einigen Tagen weiß ich, dass ich noch ein Jahr oder länger auf mein Geld warten muss. Grund: die Rechnung über die Investition in Beziehung mit einer Umweltverbesserung auf dem Hof hätte vor November

2001 bei der Verwaltung eingereicht werden müssen.

Inzwischen fand die Präsidentenwahl statt! Zweite Runde: Chirac oder Le Pen...! Nun ist eine neue – fast ganz rechtsgerichtete – Regierung eingerichtet und das neue Programm: Sicherheit (mehr Ausgaben für Militär, Polizei, Gericht und Gefängnis), Steuersenkung (für die Reichsten), Liberalisierung...und in der Agrarpolitik: Ende der Modulation, Ende der CTE. Ich hoffe, dass der Staat die Verträge der alten Regierung halten und das Geld für meinen CTE-Vertrag noch auszahlen wird.

Dennoch gibt es Grund zur Freude. Die alten Sorten (hauptsächlich Weizen) begeistern mich. Am Anfang des 20. Jahrhunderts lag der Ertrag diesen alten Sorten hier am Ort bei ca. 15 dt/ha. Aus mei-

ner Sicht beruhen diese Ergebnisse nicht auf dem genetischen Potenzial, sondern auf den Agrarbedingungen (Technik) zu jener Zeit. Das wollte ich nachprüfen. Seit sechs Jahren bewahre ich 30 bis 40 alte Sorten, vermehre einige und baue sie anschließend an. Es ist stets ein bewegender Moment, diese (oft) großen und wunderbaren Pflanzen zu beobachten. Sie begleiteten im Laufe der Jahrtausende die Menschen auf ihren Wanderungen und lebten zu jeder Zeit mit dem Rhythmus, dem Wissen und den technischen Möglichkeiten der Bauern und Bäuerinnen. Mittlerweile kann ich feststellen, dass diese alten Sorten mit heutigen (Bio)Bedingungen auf meinem Hof (ohne Eintrag von Dünger und Spritzmitteln) gute Erträge und hochwertige Qualität hervorbringen können. Natürlich muss ich dies noch über Jahre hinweg bestätigen. Durch eine neue Regelung vom April 2002 im Rahmen des Streites über den Nachbau könnte die Vermarktung nicht eingetragener Sorten (auch alter) verboten werden. In einem Bündnis (CNSDF, Bioverband, Confédération Paysanne etc.) wird eine Ausnahmeregelung gefordert. Alle Erzeuger (auch ich trotz alter Sorten) bezahlen schon für die Züchter einen Beitrag direkt aus der Ernte (Verpflichtender freiwilliger (!) Beitrag).

Trotz dieser Schwierigkeiten, Bauer zu bleiben, vertraue ich meinem Weg: Hindernisse wegnehmen oder überspringen, aber weitergehen. Vor wenigen Wochen flog ich nach Polen. Das Wetter war klar und sonnig. Wie schön die Erde ist, ohne die von den Menschen errichteten Grenzen zu spüren!

Alain Basson,

Textkorrektur: Anika Seibert

Betriebsspiegel

Der Betrieb liegt in der Region Champagne-Ardenne (Département Marne) bei La Chapelle-Lasson (zwischen EPERNAY und TROYES) in Frankreich.

46 ha im ökologischen Landbau seit 1984: 20 Kühe und Jungvieh, 28 ha Grünland, 16 ha Ackerbau (Weizen, Einkorn, Emmer, Roggen und Linsen, Hafer, Sommergerste, Leinsamen, Futtersaatgut (Saatgut für Grünland)).

Ein Mitarbeiter, gemeinsam mit drei anderen Höfen, ist zu ca. 30 % auf dem Hof beschäftigt.

Vertraue ich meinem Weg

So die Jungen klingen. Gerade in der Landwirtschaft dürfte diese Redewendung noch von großer Bedeutung sein. Wie viele von den Hoferben schaffen es, sich von alten Strukturen zu lösen und neue Wege zu gehen? Ihren jungen eigenen Weg. Die meisten Hofübergeber setzen bei der Hofübergabe voraus, dass möglichst viele alte Strukturen erhalten bleiben. So nach dem Motto: Es kann ja nicht alles schlecht gewesen sein. Um aber Höfe zu erhalten und weiter zu führen, bedarf es der Innovation der jungen Generation.

Auch unser Hof sollte dem Strukturwandel zum Opfer fallen. Als meine Schwiegereltern den Hof zur Übergabe frei gaben, stellte sich für uns folgende Ausgangsposition dar: Vollerwerb mit zwölf Milchkühen, 4 bis 5 Stk. Jungvieh für die Nachzucht, 10 ha Dauergrünland, eine Milchquote, die weit unter 50.000 war, Hochsilo, Heuernte, Weidebetrieb, wovon die größte Parzelle nicht größer als 1,5 ha war. Der Stall: Mittellangstand mit Einstreu und hohem Futterbarren, Holzgatter, aber eine Absauganlage, immerhin! Also, wie weiter machen?

Fest stand, wir beide wollten unsere Berufe nicht aufgeben, sie Beamtin, ich Molkereiarbeiter. Wir mögen unsere Berufe, möchten weiterhin zur Arbeit gehen. Die Senioren, gezeichnet von ihrer jahrelangen harten Arbeit in der Landwirtschaft, nicht mehr bereit, uns Jungen bei den anfallenden Arbeiten zu unterstützen. Also würde es sich anbieten, einfach aufzuhören. Die Kühe verkaufen, Quote verkaufen, Maschinen abstoßen, Stall umnutzen und vermieten, Flächen verpachten, es sich



Wie die Alten sangen ...

gut gehen lassen. Die Beine hochlegen, sich einen schönen Garten anlegen lassen, einen neuen Liegestuhl, ein tolles Auto kaufen, Frühstück wie Gott in Frankreich, nichts mehr tun. Wieder ein Betrieb mehr, der für immer seine Tore schließt. Der letzte in unserem Weiler mit ehemals drei Bauernhöfen. Nein, so einfach nicht! Meine Frau und ich schauten uns an, diskutierten viel und krepelten schließlich die Ärmel hoch. Bauten einen Außenklimastall für 20 Milchkühe, pachteten Quote und Flächen hinzu, steigerten die Milchleistung auf mittlerweile über 8.000 kg pro Kuh. Wir lagerten die Grünfütterernte auf den Maschinenring (Großmäher, Häcksler, Flachsilo) aus, verschenkten schon fast überflüssige Maschinen, beantragten möglichst

viele Prämien (Bayern). Die Leistungssteigerung erreichten wir nicht durch Zufüttern von Soja, sondern auf Grundlage bester Grundfutterqualität. Das Kraftfutter beziehen wir aus der Region, wobei das Projekt „Region aktiv“ hier genau treffen würde, um Futtermittel aus der Region zu beziehen. Wir freuen uns täglich, nicht aufgehört zu haben, weil wir erkannt haben, wie viel Ausgleich so ein Hof schaffen kann. Da wir uns hauptsächlich auf den Stall konzentrieren und dieser immer nur von einer Person erledigt wird, hat jeweils der andere frei und kann sich dem wunderbaren großen Garten widmen, mit dem tollen Auto spazieren fahren oder den Nachmittag im Liegestuhl verbringen. Gemeinsame Frühstücke wie Gott in Frankreich gehören

Betriebsspiegel

Voralpengebiet, 540 m über NN, benachteiligtes Gebiet, Niederschläge 1.200 mm

18,5 ha Dauergrünland, davon 10 ha eigen, 8,5 ha Pacht

15 Stk. Fleckvieh-Milchkühe

15 Stk. Fleckvieh-Nachzucht

eine Ferienwohnung

Der Betrieb liegt in der Modellregion „Region aktiv – Chiemgau, Inn, Salzach“.

dabei zu unseren Lieblingsbeschäftigungen. Wir sind froh darüber, nicht aufgegeben zu haben und den Hof irgendwann mal wieder weiter geben zu können an andere „Jungen“, die sich wieder Gedanken machen sollten, wie es gehen könnte, zwar die Alten singen hören, aber doch anders zu klingen.

Sepp Krautenbacher

Was Neues im Osten? Probleme, an Land zum Pachten oder Kaufen zu kommen, gibt es in vielen Regionen in Deutschland. Auch die Begünstigung von Großbetrieben bei der Förderung kennen die meisten Bauern und Bäuerinnen im Westen aus eigener Erfahrung. Bundesweit einmalig ist jedoch, dass Flächen aus öffentlicher Hand, ehemals volkseigenes Land der DDR, heute BVVG-Flächen, mit millionenfacher Subventionierung nach schwammigen Kriterien verpachtet wurden und nun verbilligt überwiegend an Großbetriebe verkauft werden. Drei Monate nach ihrer Gründung zeigt die Interessengemeinschaft Boden auf, welche Entscheidungen zu einem erstaunlichen Subventionssystem für Großbetriebe in Ostdeutschland geführt haben.

1. Ostdeutsches Subventionssystem für Großagrarier

Im Zuge der Wiedervereinigung wurden in Ostdeutschland den neu oder wieder gegründeten Betrieben eigene Förderprogramme zugebilligt. Einen großen Umfang daran machen bis heute Subventionen aus, die vor allem an Großbetriebe gehen. Der Bodenverteilung kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Ursprünglich waren in Ostdeutschland mehr als 1 Mio. ha Treuhandflächen an landwirtschaftliche Betriebe zu verteilen. Nach Aussagen von Dr. Wilhelm Müller, einem der Geschäftsführer der BVVG, gibt es für den gesetzlich geregelten Verkauf dieser Flächen eine Verbilligung gegenüber dem Verkehrswert von 35%. Zusätzlich sind 10% Beihilfen für die Kaufprozeduren vorgesehen, d.h. insgesamt je ha eine Kaufverbilligung von 45%. Genaue Zahlen veröffentlicht die BVVG nicht, so dass im Folgenden nur eine Überschlagsrechnung über die Bevorzugung der Großbetriebe in Ostdeutschland vorgenommen werden kann.

Bei Flächen mit einem mittleren Verkehrswert von 5.000 € je ha ergibt sich allein für den verbilligten Verkauf ein potenzieller Subventionswert von 2,25 Mrd. €. Nach der Statistik der BVVG vom 30.11.01 profitieren vom verbilligten Verkauf in Ostdeutschland weniger als 30% der ostdeutschen Betriebe. Nur wenige Großbetriebe, die große Anteile an BVVG-Fläche gepachtet haben, können die vollen Subventionen beim verbilligten Verkauf ausschöpfen. Grundlage dafür ist die Regelung, dass der Kauf nur subventioniert wird, solange der Eigenanteil der Flächen unter 50% liegt. So gilt nach dem Gesetz ein Betrieb mit 3.000 ha Wirtschaftsfläche und davon 1.000 ha Eigentumsfläche als subventionsbedürftig – sofern er genügend BVVG-Flächen gepachtet hat – und kann die volle Subvention beim



Gezielte Verteilung von Agrarmilliarden an ostdeutsche Großbetriebe

Über 350.000 € je Arbeitskraft bekommen Großbetriebe überwiegend durch begünstigten Flächenzugang, ermittelt die IG Boden

verbilligten Kauf von ca. 250.000 € abgreifen, ein Betrieb mit 60 ha, davon 30 ha Eigentum darf keinen ha BVVG-Flächen verbilligt kaufen.

Schon allein der Kauf zum Verkehrswert ist eine Subvention. In manchen Regionen hat eine Ackerfläche mit 50 Bodenpunkten einen Verkehrswert von 5.000 € und einen Marktwert von 7.500 €. Die Spanne zwischen Verkehrs- und Marktwert kann für die gesamten BVVG-Flächen in Ostdeutschland mit 1 Mrd. € angesetzt werden. Hinzu kommen die Pachtverbilligungen für BVVG-Flächen, die bei 50 €/ha und Jahr sich im Laufe der jetzt abzeichnenden 18 Jahre Pachtdauer auf knapp 1 Mrd. € für die Pächter dieser Flächen anhäufen (s. Bauernstimme 2/02).

Allein der verbilligte Kauf und die verbilligte Verpachtung summieren sich damit auf Subventionswerte von 4,25 Mrd. €. Diese Gelder kommen aufgrund der Verteilung der BVVG-Flächen vor allem wenigen Großbetrieben in Ostdeutschland zugute, insgesamt vielleicht 2.500 Betrieben, von denen noch ca. 30-35% eingetragene Genossenschaften sind.

2. Altschulden

Die LPG-Nachfolgebetriebe haben meist Altschulden aus der DDR-Zeit mit übernommen. Der Wert der Verbindlichkeiten beträgt heute mehr als 2 Mrd. € insgesamt. Zur Zeit müssen die Nachfolgebetriebe die Schulden nur zurückzahlen, wenn der Betriebsgewinn bestimmte Werte überschreitet. Nicht getätigte Kapitaldienste können als Unkosten in der Betriebsbilanz eingesetzt werden. In einer Studie der FAL Braunschweig und der Humboldt Universität Berlin zogen so die Autoren das Fazit, dass Betriebe mit Alt-

schulden finanziell besser gestellt sind, als solche ohne Altschulden. Die Studie ist dem dafür zuständigen Staatssekretär Dr. Thalheim im BMVEL seit mehr als einem Jahr bekannt. Im Ministerium kreisen währenddessen Vorschläge über individuelle Regelungen für die Altschulden der Betriebe und darüber ob und wie 60 bis 70% der Schulden zu erlassen seien.

Weiterhin konnten die LPG-Nachfolger durch die Altschulden die Forderungen der ausscheidenden LPG-Genossen um 460 Mio. DM drücken. Falls Altschulden teilweise erlassen werden sollten, wären diese Ansprüche noch nachzuzahlen, fordert die IG Boden. Nach einer Anzeigenkampagne des Deutschen Bauernbundes im Herbst 2001 gingen rund 3.000 Rückmeldungen von ehemaligen LPG-Mitgliedern ein, die große Vorbehalte bei der Abfindung hatten. Die teils deutlich unter Wert erfolgten Eröffnungsbilanzen der LPG-Nachfolger sind ein dramatischer Wettbewerbsvorteil für die Nachfolgebetriebe, gewollt von der ganz großen Koalition zur Agrarpolitik (CDU, PDS, SPD) in Ostdeutschland, dessen Quantifizierung sicher in die Milliarden gehen dürfte.

Summe der Subventionierung

Allein die obigen Betrachtungen der zusätzlichen Beihilfen im Bereich BVVG-Flächen und Altschulden ergibt für ca. 2.500 Großbetriebe in Ostdeutschland eine potenzielle Subvention von 6,25 Mrd. €. Dies ergibt im Durchschnitt je Betrieb einen Wert von ca. 2,5 Mio. €. Dieser Wert taucht in keiner Statistik auf und wird letztlich vom Steuerzahler erbracht. Wenn alle selektiven Zuschussprogramme berücksichtigt würden, wäre der Wert vermutlich noch höher. Rechnet man

im Durchschnitt bei den profitierenden Großbetrieben mit 20 AK/Betrieb, von denen 10 über Lohnkostenzuschuss zu wesentlichen Anteilen bezahlt werden, so bleiben 10 Arbeitsplätze, auf die diese Subventionen zu verteilen sind. Da vielfach Mitarbeiter über Winter entlassen werden, reduziert sich diese durchschnittliche Mitarbeiterzahl je Betrieb auf 7 AK je Großbetrieb. Überschlagen beträgt die Subventionierung von der mehrjährigen Pachtverbilligung bis zum Umgang mit Altschulden der Großbetriebe mehr als 350.000 € je AK.

Die für diese politische Absurdität Verantwortlichen, die Agrarpolitiker auf Bundes- und Länderebene, die Ministerialbürokratie, die BVVG-Verantwortlichen und vor allem die Funktionäre des Deutschen Bauernverbandes haben jedes Maß und jede Orientierung verloren.

Die IG Boden wird in Zukunft alle diese direkten und indirekten staatlichen Programme zur Förderung von Großstrukturen quantifizieren. Die Kritik der IG Boden richtet sich nicht gegen Großbetriebe an sich, solange in kooperativen Großbetrieben wie Genossenschaften ausreichend Arbeitsplätze geschaffen und erhalten werden und von staatlichen Beihilfen viele gleichberechtigte Genossenschaftler profitieren. Die Realität sieht anders aus.

Ausblick

Die Ansatzpunkte für die weitere Arbeit der IG Boden umfassen:

– Politische Arbeit, um das große Kartell des Schweigens von CDU, SPD, PDS, FDP, Grünen aufzubrechen. Wer eine Neuorientierung der Agrarpolitik will, muss hier aktiv werden.

– Juristische Option: Die IG Boden hat Dr. M. Miersch, der so erfolgreich die IG Nachbau begleitet, für ihre Arbeit gewonnen. Allein die erste Sichtung von Anspruch und Wirklichkeit der Arbeit der BVVG und der kontrollierenden Politik sowie der Umsetzung der Vorgaben der EU beim Entschädigungs- und Ausgleichleistungsgesetz (EALG) zeigt, wie angreifbar die Arbeit der BVVG ist.

– Einschaltung des Bundesrechnungshofes: Es geht um Bundeseigentum, das subventioniert vorwiegend an eine kleine Gruppe von Leitern von Großbetrieben verteilt wurde. Die Akteure in diesem Spiel sollten davon ausgehen, dass Entscheidungen zur Verteilung von BVVG-Flächen überprüft werden.

Schließlich ist die Interessengemeinschaft Boden in Ostdeutschland der einzige Garant dafür, dass dieses Agrarsystem reformiert wird.

Jörg Gerke



Am 10. Juli wird EU-Agrarkommissar Fischler den Halbzeitbericht zur Agenda 2000 vorlegen. Anders als viele glaubten, wird das Papier nicht nur eine Bestandsaufnahme verschiedener Märkte und des europäischen Haushalts enthalten, sondern vor allem Vorschläge für eine tiefgreifende Reform der Europäischen Agrarpolitik. Die Diskussion um die „Agrarwende“ wird damit eine europäische Angelegenheit und sie wird an Schärfe noch zunehmen. Wir stellen auf folgenden Seite wesentliche Inhalte der Vorschläge vorab vor und geben eine erste Bewertung

Halbzeit: Fischler geht richtig zur Sache

Einzelheiten aus den Vorschlägen, die EU-Agrarkommissar Franz Fischler am 10. Juli vorlegen will

N

och befinden sich die Vorschläge in der internen Abstimmung in der EU-Kommission. Doch wenn die anderen Kommissare und Kommissarinnen keine großen Abstriche vornehmen, wird es in nächster Zeit gehörig Unruhe geben unter den europäischen Agrarpolitikern, und nicht nur unter denen.

Der Österreicher Fischler muss laut Beschluss des Europäischen Rates vom März 1999 etwa zur Mitte der Laufzeit der Agenda 2000 eine Einschätzung über die Entwicklungen mehrerer Agrarmärkte und des Agrarhaushaltes abgeben und gegebenenfalls Vorschläge für angemessene Reaktionen vorlegen. Eigentlich wollte Fischler das erste „Orientierungspapier“ schon am 18. Juni vorlegen, doch dann den Termin in den Juli verschoben. Denn die USA hatten mit ihrem neuen Agrargesetz einen erheblichen Ausbau des Agrarhaushaltes beschlossen, und nicht zuletzt gab es erheblichen Druck etwa vom französischen Präsidenten, der alles will, nur kein Aufschnüren der Berliner Beschlüsse und sogar versucht haben soll, die Vorlage des Halbzeitberichtes auf einen Zeitpunkt nach der deutschen Wahl zu verlegen. Der Vorstoß von Kanzler Schröder sorgte hier für Druckausgleich.

Vorschläge für die Märkte

Fischler will bei Getreide eine weitere Preissenkung um 5 % vorschlagen mit einem entsprechenden Ausgleich über Direktzahlungen. Beim Problemfall Roggen, wo ein Drittel der Erzeugung derzeit in die Intervention geht, soll die

Intervention ganz abgeschafft werden. Das soll den Preis senken und damit zum einen die Produktion einschränken und andererseits ein Anreiz sein, zunehmend Roggen an Schweine und Rinder zu verfüttern. Bei Ölsaaten will die Kommission nichts ändern und weist damit Forderungen nach Maßnahmen zur Schließung der Eiweißlücke in der EU zurück. Bei Rindfleisch vertraut Fischler auf die Wirkung der Agenda 2000-Beschlüsse und der bereits nach der BSE-Krise eingeleiteten Maßnahmen; es soll keine weiteren Änderungen geben.

Zum Milchmarkt wird die Kommission keine Handlungs-Vorschläge unterbreiten, sondern sich auf die Analyse und Bewertung von vier Szenarien beschränken: Status quo mit Erhalt der Milchquote bis 2008; Agenda 2000-Beschluss mit Preissenkung und Quotenausdehnung; ein Zwei-Preis-Quotensystem (A/C-Modell) und viertens die

Aufhebung der Quotenregelung.

Umbau der Prämien

Umkrempeln will Fischler vor allem das System der Direktzahlungen. Die bisherigen Tier- und Flächenprämien, deren Beantragung Jahr für Jahr bei Bauern wie bei den Bewilligungsbehörden für ausgiebiges Stöhnen sorgten, sollen auf der Grundlage eines Vergleichszeitraumes (z.B. die Jahre 1999 – 2001) auf die Betriebsfläche umgelegt werden. Der einzelne Betrieb bekommt dann in Zukunft einen Pauschalbetrag statt vieler verschiedener Einzelprämien. Gedacht ist aber anscheinend daran, den Pauschalbetrag nicht einfach dem Betrieb zuzuordnen, sondern den einzelnen Flächen. Damit würden bei einem Verkauf von Flächen die Prämien mitverkauft.

Diese Entkoppelung der Direktzahlungen soll einher gehen mit der Einführung einer EU-weiten Modulation der

Zahlungen. Sie soll im Jahr 2004 mit 3 % der Direktzahlungen beginnen und jährlich auf schließlich 20 % ausgebaut werden. Die auf diese Weise in Brüssel einbehaltenen Mittel, man rechnet für das Jahr 2005 mit 500 bis 600 Mio. Euro, sollen von der Kommission nach festzulegenden Kriterien in der (erweiterten) EU eingesetzt werden, so die Vorstellung Fischlers. Nach Zuweisung durch die Kommission sollen die EU-Mitgliedstaaten diese Mittel auch zur Kofinanzierung im Bereich der 2. Säule einsetzen können.

Von diesen Kürzungen ausgenommen bleiben Freibeträge, die sich an der Zahl der im Betrieb beschäftigten bzw. tätigen Arbeitskräfte bemessen. Für die ersten beiden (Familien-) Arbeitskräfte soll ein Freibetrag von 5.000 € kürzungsfrei bleiben und für jede weitere (Lohn-)Arbeitskraft ein Betrag von 3.000 €.

Ein weiteres Element der Vorschläge ist die Einführung einer Obergrenze von 300.000 €, die ein Betrieb nach Abzug der Freibeträge an Direktzahlungen in Zukunft maximal erhalten können soll. An eine Staffelung unterhalb der Obergrenze scheint die Kommission bislang nicht zu denken.

Das Geld, das durch die Kappung der Zahlungen bei der Obergrenze einbehalten wird, soll den einzelnen Mitgliedstaaten für bestimmte Maßnahmen der 2. Säule (Agrarumweltprogramme, Ausgleichszulage, Programme im Bereich Qualitätssicherung bzw. Lebensmittelsicherheit und artgerechte Tierhaltung) zur Verfügung gestellt werden.



Während draußen die Arbeit ruft, wird in Brüssel eine tiefgreifende Reform der EU-Agrarpolitik vorbereitet. Die Chancen stehen nicht schlecht, dass arbeitsintensive Betriebe relativ entlastet werden. Foto: Jasper

Wie die vorgeschlagene Modulation wirkt

Die Obergrenze wird in Deutschland zum Knackpunkt werden. Die AbL-Vorschläge bieten einen Ausweg: höhere Freibeträge und tatsächliche Staffelung

Wie sich die von Fischler vorgeschlagene Obergrenze und die Freibeträge in der Praxis auswirken, erläutern folgende Beispiele:

30 ha, 5 Mastrinder

Ein Betrieb mit 30 ha prämiensfähigem Getreideanbau und 5 schlachtreifen Mastrindern im Jahr erhält heute $30 \times 350 \text{ €/ha} + 5 \times 310 \text{ €/Bulle} = 12.050 \text{ €}$ Direktzahlungen. Die Arbeit wird ausschließlich von Familienarbeitskräften geleistet. Der Betrieb könnte also einen kürzungsfreien Freibetrag von 5.000 € geltend machen. Bei einem Kürzungssatz von 3 % im Jahr 2004 hätte er Einbußen im Jahr 2004 von 211,50 €. Beschäftigt der Betrieb eine Lohnarbeitskraft, z.B. weil er neben Getreide noch Gemüse anbaut und vielleicht noch direktvermarktet, so steigt der Freibetrag auf 8.000 € und die Kürzung im Jahr 2004 beträgt dann 121,50 €.

2.000 ha Marktfrucht

Ein anderer Betrieb bewirtschaftet unter Ausnutzung aller Rationalisierungsmöglichkeiten 2.000 ha diverse prämiensfähige Ackerfrüchte, und zwar mit 5 Lohnarbeitskräften. Der Betrieb erhält heute 700.000 € aus Brüssel. Nach Fischlers Vorschlägen würde diese Summe im ersten Schritt auf 300.000 € begrenzt (Obergrenze). Im zweiten Schritt würde diese Obergrenze um die Freibeträge des Betriebes erweitert. Die Freibeträge würden sich, unter der Voraussetzung, dass der Betriebsleiter und ein weiteres Familienmitglied auf dem Betrieb mitarbeiten, auf $5.000 \text{ €} + (5 \times 3.000 \text{ €}) = 20.000 \text{ €}$ belaufen. Das heißt, dieser Betrieb hätte bei Umsetzung der Fischler-Vorschläge Einbußen gegenüber heute von 380.000 €. Hätte der Betrieb dagegen auch noch arbeitsintensives Milchvieh und vielleicht noch Sonderkulturen

und würde dementsprechend statt 5 Arbeitskräfte 20 Menschen beschäftigen, so würde sich die Freibetrags-Summe auf 65.000 € erhöhen, die Einbuße gegenüber heute würde immer noch 335.000 € betragen.

Streitpunkt Obergrenze

An dem zweiten Beispiel-Betrieb wird die Brisanz der vorgeschlagenen Obergrenze deutlich. Es ist sehr fraglich, ob die Obergrenze in dieser Form die Verhandlungen zwischen Kommission und Rat überstehen wird. Die deutsche Bundesregierung, egal welcher Farbe, wird sie nicht mitmachen wollen. In Deutschland wären von der Obergrenze zwar nur 2.000 von den insgesamt rund 450.000 landwirtschaftlichen Betrieben betroffen, aber ihre Lobby hat beste Verbindungen in Ministerien und Kanzleramt.

Diese Lobby der rationalisierten Großbetriebe wird alles daran setzen, die Obergrenze schlicht zu streichen. Das wäre ihr Traum-Ergebnis. Denn angesichts der für deutsche Verhältnisse sehr niedrigen Freibeträge pro Arbeitskraft würde sie so eine mehr oder weniger lineare Kürzung der Zahlungen erreichen. Damit würde die Benachteiligung der arbeitsintensiven vielfältigen Betrieben gegenüber den rationalisierten Betrieben beibehalten. Während die rationalisierten Betriebe dann Kürzungen nur in dem Maße hinnehmen müssten, die

im Umfang etwa ihren Leistungssteigerungen entsprächen, blieben die anderen mit dem Kopf weiter tief unter Wasser. – So denken sie sich das.

Lösungswege

In zwei Richtungen bieten sich Lösungen an: Erstens sollte mit höheren Freibeträgen pro Arbeitskraft begonnen werden. Gerechter als ein Freibetrag wäre jedoch, die tatsächlichen Arbeitskosten zugrunde zu legen, denn Pauschalbeträge pro Arbeitskraft sind ein



Auch das ist Wirklichkeit in Europa: Heuernte auf schwieriger Hanglage. Foto: Jasper

Anreiz, möglichst „billige“ Arbeitskräfte zu beschäftigen. Zweitens sollte statt einer Obergrenze eine Abstufung erfolgen in der Weise, dass die Kürzung umso höher ausfällt, je mehr Direktzahlungen ein Betrieb erhält. Das würde das von Fischler geäußerte Anliegen viel realistischer und wirksamer umsetzen, die Kostenvorteile rationalisierter Betriebe bei den Zahlungen zu berücksichtigen. Eine lineare Kürzung wird dem berechtigten Anliegen eben nicht ge-

recht. Der Vorschlag der AbL sieht deshalb statt einer absoluten Obergrenze eine degressive Staffelung der Modulation vor. Fischlers Vorschläge müssen um eine solche wirksame gestaffelte Modulation ergänzt werden.

Verwendung der Gelder

Eine wesentliche Frage im Zusammenhang mit der Modulation auf Brüsseler und auf betrieblicher Ebene (Obergrenze) ist die nach der Verwendung der einbehaltenen Gelder. Kanzler Schröder will erreichen, dass ein möglichst großer Teil der von den Direktzahlungen einbehaltenen Mittel ganz eingespart werden, um sie in die nationale Verantwortung zu überführen. Das würde die Haushaltslage der Nettozahler in der EU entlasten.

Fischler hingegen will erreichen, dass sämtliche Gelder für die Landwirtschaft bzw. die ländliche Entwicklung gesichert werden. Dann allerdings ergäbe sich keine Entlastung für die Nettozahler, erst Recht nicht, wenn der Einsatz der Modulationsmittel weitere Kofinanzierungsmittel erfordert, so wie es bisher geregelt ist. Es gibt deshalb Signale aus Brüssel, den nationalen Kofinanzierungs-Satz für die Modulationsmittel von heute (in Westdeutschland) 50 % auf 20 % zu reduzieren. In den ostdeutschen Ländern als strukturschwache Regionen beträgt dieser Satz schon heute 25 %.

Ein weiterer Streitpunkt ist bisher die inhaltliche Verwendung der Modulationsgelder. Sie sollen nach Vorstellung Fischlers nicht für alle Maßnahmen der ländlichen Entwicklung geöffnet werden, sondern sehr eng an die landwirtschaftliche Tätigkeit gekoppelt bleiben. Die artgerechte Tierhaltung soll aufgenommen werden, nicht aber der Friseursalon im Dorf, wie es so gerne heißt.

uj

Mitte Mai ist in den USA nach wochenlangen Beratungen die neue Farm Bill von George Bush unterzeichnet worden. US-Medienberichten zufolge gehen in den USA mehr als 60 % der Mittel an nur 10 % der Farmer. Das wird wohl vorläufig auch so bleiben, da das Repräsentantenhaus, das sich bei der Verabschiedung des Gesetzes durchsetzte, den Status quo der Großbetriebe erhalten möchte.

Die US-Umweltorganisation Environmental Working Group (EWG) beklagt, dass alle reformorientierten Ansätze der Senatsvorlage wie Subven-

US Farm Bill verabschiedet

Status quo für Großbetriebe bleibt erhalten

tionsobergrenzen pro Betrieb, Fördermaßnahmen für kleinere Betriebe und mehr Agrarumweltprogramme weitgehend aus dem Entwurf verschwunden seien.

Der „Farm Security and Rural Investment Act of 2002“ sieht rund 200 Mrd. € Agrarsubventionen für die nächsten 10 Jahre vor. Das bedeutet eine Erhö-

hung um mehr als 70 % gegenüber dem „Fair Act of 1996“. Es scheint, als seien die in den Jahren 1998 bis 2001 gezahlten Nothilfezahlungen nun von vornherein in die Haushaltsplanung eingegangen. Sophia Murphy, zuständig für Agrarhandelsfragen beim Institut für Landwirtschaft und Handelspolitik (IATP), hält denn auch die neue Farm

Bill für weniger dramatisch. „Es macht die US-Politik nur ein bisschen transparenter.“

Der größte Teil der zusätzlichen Subventionen wird für die sog. antizyklischen Zahlungen benötigt, die wieder eingeführt wurden. Sie waren erst 1996 abgeschafft worden. Solche Direktzahlungen fallen umso höher aus, je niedriger das Preisniveau ist. EU-Agrarkommissar Fischler bezeichnete die US-amerikanische Politik einen Rückschritt zu preisbezogenen und produktionsverzerrenden Maßnahmen. *Alexandra Burmann*

„Kommissions-Vorschläge tragen Handschrift der AbL“

Der AbL-Bundevorsitzende Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf begrüßt im Interview Fischlers Reform-Vorschläge. Hinzukommen müsse aber eine gestaffelte Modulation unterhalb der Obergrenze und eine wirksame Grünlandprämie.

Kanzler Schröder sagt, für den EU-Agrarhaushalt gibt es auch bei einer erweiterten EU aus Deutschland nicht mehr Geld. Lässt sich unter solchen Vorzeichen eine konstruktive Agrarpolitik für bäuerliche Betriebe in den Beitrittsländern wie auch bei uns gestalten?

Es geht nicht zuviel Geld in die Landwirtschaft und die ländlichen Räume Europas, sondern es geht in die verkehrten Kanäle. Wenn wir vernünftig umsteuern und eine grundsätzliche Reform der Agrarpolitik durchsetzen, dann reichen die Mittel aus, um die Erweiterung zu bezahlen.

Also erst Reform, dann Erweiterung?

Nein. Die Erweiterung wäre sicher einfacher, wenn nicht auf dem Berliner Gipfel vom März 1999 auch unter tätiger Mithilfe Deutschlands die Reformansätze der EU-Kommission und des Parlaments zurückgenommen worden wären. Die Reform muss jetzt nachgeholt werden, darf und wird aber die Erweiterung nicht behindern.

Wie sollte diese Reform denn aussehen?

Wir haben ja deutlich gemacht, dass die 2. Säule, also die integrierte ländliche Entwicklung, zum gleichberechtigten Pfeiler neben der 1. Säule, also im wesentlichen den Direktzahlungen, ausgebaut werden muss. Gleichzeitig müssen die Direktzahlungen der 1. Säule so qualifiziert werden, dass Arbeit und Umwelt, also sozial-ökologische Kriterien, aber auch gesundheitliche und kulturelle Kriterien dort greifen.

In die 2. Säule fließen bisher lediglich 10 % des Brüsseler Agrarhaushaltes, und viele Bundesländer haben schon jetzt Probleme mit der nötigen nationalen Kofinanzierung.

Das Missverhältnis zwischen erster und zweiter Säule muss überwunden werden. Dazu müssen sowohl die Gelder, die durch die von der Kommission vorgeschlagenen linearen Kürzung der Direktzahlungen auf der europäischen Ebene anfallen, als auch die Gelder aus Modulation und Cross Compliance in die zweite Säule überführt werden. Weil es immer wieder Diskussionen um Kofinanzierung gibt, ist unser Vorschlag, keine obligatorische Kofinanzierung für Maßnahmen, die aus nationalen Modulationsmitteln finanziert werden, zu verlangen.

Was haben denn die Bauern von der 2. Säule?

Es wird in Zukunft stärker darauf ankommen, sich am Markt zu orientieren. Die Zeit der staatlichen Intervention, des staatlichen Aufkaufs zu festgelegten Mindestpreisen wird bald der Vergangenheit angehören. Das ist auch gut so, da bäuerliche Betriebe davon nicht profitieren haben. Es wird jetzt notwendig, dass die landwirtschaftlichen Betriebe in die Lage versetzt werden, diesen Marktwettbewerb zu bestehen. Das bedeutet für den Großteil



Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf

der bäuerlichen Betriebe nicht die Orientierung am Weltmarkt, sondern den Wettbewerb in regionalen Märkten mit besonderen bäuerlichen Qualitäten der Erzeugnisse zu bestehen. Verbraucherinnen und Verbraucher müssen dazu veranlasst werden, einen höheren Preis zu zahlen. Aber diese höherpreisigen Märkte müssen erarbeitet werden, wie z.B. mit dem von der AbL vor 15 Jahren initiierten NEULAND-Programm. Für solche Aktivitäten muss die 2. Säule Unterstützung bieten.

Weisen die Reform-Vorschläge von EU-Agrarkommissar Franz Fischler, soweit sie schon durchgesiebert sind, in die richtige Richtung, was die Qualifizierung der 1. Säule angeht?

Also, diese Vorschläge tragen eindeutig die Handschrift der AbL. Hier ist von einer wirksamen Modulation die Rede. Es ist an eine Höchstgrenze von 300.000 € gedacht. Hinzukommen muss noch, dass es auch unterhalb dieser Grenze zu Abstufungen kommt – die Modulation muss früher ansetzen. Unser Vorschlag ist, ab 30.000 € mit der Abstufung zu beginnen, die umso stärker wird, je mehr Zahlungen ein Betrieb erhält. Sehr vernünftig ist es, jetzt die Arbeitskräfte mit in Ansatz

zu bringen; hier in Form eines Freibeitragens je Arbeitskraft, der dann die jeweilige betriebliche bzw. absolute Obergrenze flexibilisiert. Gleichzeitig sollen die allgemeinen Direktzahlungen an ökologische, gesundheitliche und kulturelle Kriterien gebunden werden. Das ist die qualitative Heranführung der ersten Säule an die 2. Säule.

Also steigen die Auflagen für die gesamte Landwirtschaft bei gleichzeitigem Abbau der Preisstützung. Muss dann nicht wenigstens der Außenschutz gestärkt werden?

Ja, aber anders als früher muss der Außenschutz zunehmend qualitativ greifen, nicht mehr über Zölle und Exporterstattungen. Das, was bei uns an qualitativen Kriterien verlangt wird, muss auch für die Erzeugnisse gelten, die von außen hereinkommen, damit die europäische Landwirtschaft hier in ihrem multifunktionalen Ansatz nicht unterlaufen wird. Kommissar Fischler hat deutlich gemacht, dass er diesen qualifizierten Außenschutz vor den Exportinteressen der EU verhandeln will, d.h. es ist klar, dass die Exportsubventionen abgebaut werden zugunsten aber eines qualitativen Außenschutzes.

Ein wesentlicher Punkt in Fischlers Vorschlägen ist die Umwandlung der Tier- und Flächenprämien in eine pauschale Prämie pro Betrieb, und zwar auf Grundlage eines Referenzzeitraumes. Wie ist das zu bewerten?

Die Umwandlung der Tier- und Flächenprämien zu einer Pauschalzahlung ist eine Hinwendung zu der Grundprämie, die wir zusammen mit anderen Verbänden in der Plattform vom Oktober letzten Jahres vorgeschlagen haben. Wenn es aber schlicht zu einem Umlegen der heutigen Prämien auf die Betriebe kommt, bleiben weiterhin diejenigen benachteiligt, die bisher nicht prämiensfähige Kulturen angebaut haben, vor allem aber die Grünlandbetriebe.

Wie kommt man aus diesem Dilemma für die Grünlandbetriebe heraus?

Die Pauschalierung muss ergänzt werden um eine wirksame Grünlandprämie. Wenn die Überlegungen der Kommission in die Richtung gehen, die Tier- und zukünftigen Milchprämien in eine Grünlandprämie umzuwandeln, so ist das im Grundsatz ein vernünftiger Schritt. Es kommt auf die Ausge-

staltung an, damit die Benachteiligung von Grünland gegenüber Silomais aufgehoben wird. Möglich ist das auch durch einen Ausbau der spezifischen Grünland-Prämie aus der 2. Säule.

Der Präsident des Bauernverbandes sagt, die Agenda 2000 dürfe nicht aufgeschnürt werden. Er scheint mit den Beschlüssen zufrieden zu sein und will sie bis ins Jahr 2006 retten.

Nachdem der Deutsche Bauernverband im Vorfeld der Agenda 2000 der größte Gegner der Reform war und Kommissar Fischler zum Bauernfeind erklärt hatte, ist der DBV, seitdem er über seinen Einfluss und den damaligen Minister Funke die Reformvorschläge torpediert hatte, ein Verfechter der Agenda 2000. Das liegt daran, dass das, was jetzt wieder vorgeschlagen wird, bisher verhindert werden konnte, aber nun doch noch aufgenommen werden soll. Ich vermute, dass Kommissar Fischler, den der DBV zwischenzeitlich als Garant der Bauernverbands-Vorstellungen genannt hat, mit seinen Reform-Vorschlägen zur Halbzeitbilanz wieder zum Prügelknaben wird. Aber nicht Fischler ist der Bauernfeind, sondern die Funktionäre des Deutschen Bauernverbandes, die nicht die Interessen der Bauern im Kopf haben, sondern die der Agrarindustrie.

Wie ist denn die Haltung der Bundesregierung einzuschätzen, schließlich saß Schröder ja auch schon beim Berliner Gipfel im März 1999 mit am Tisch.

Wir haben aber inzwischen eine andere Diskussion. Fischlers Vorschläge stützen die Landwirtschaftspolitik der Ministerin Künast. Das ist eine Abkehr von der agrarindustriellen Produktion, ein Schutz für eine bäuerliche Erzeugung und handwerkliche Verarbeitung und Vermarktung im regionalen Bereich. Ich kann mir schwer vorstellen, dass die Vorschläge der Kommission in Berlin diesmal nicht auf fruchtbaren Boden fallen. Eine Pille ist natürlich dabei: die Obergrenze. Es wird erheblichen Druck aus den ostdeutschen rationalisierten Großbetrieben geben, aber die Zeit ist reif, dass den Betrieben, die bis jetzt Pacht und Arbeit von den Brüsseler Prämien bezahlt haben und noch die Hälfte übrig behielten, die Überkompensation genommen wird und es zu einem fairen Wettbewerb für die bäuerlichen Betriebe kommt.

Laptop und Lederhosen – Bayerische Impressionen

Nicht nur dass der geehrte Herr Bauernverbandspräsident aus Bayern kommt, nun will ein Landsmann die Farben Blau-Weiß über dem Regierungssitz in Berlin hissen. Höchste Zeit also, einen Blick auf die Agrarpolitik im Freistaat zu werfen.

Edmund Stoiber lächelt siegesgewiss von der Titelseite der Tageszeitung. Hat ihm der Ländervergleich im Rahmen der Pisastudie doch gerade bestätigt, dass seine bayerischen Schulkinder die schlauesten der Republik sind. Alles zum Besten also im Freistaat.

Einseitige Ausbildung

Nicht ganz so bei der Ausbildung an den landwirtschaftlichen Fachschulen, findet Sepp Bichler, 1. Vorsitzender des Landesverband Bayern der Arbeitsge-

ebene alles daransetzt, um die Modulation zu verhindern, obwohl die Kürzung der Agrarsubventionen nur eine kleine Minderheit trifft, ansonsten aber sehr sinnvoll für die ländliche Entwicklung eingesetzt werden könnte. Doch es wäre auch der Betrieb eines Herrn Sonnleitner unter denen, die zurückstecken müssten. Hat es doch eben dieser Bauernpräsident verstanden, trotz Fehleinschätzungen, die BSE-Krise auszusitzen und die Reihen im Verband inzwischen zu schließen.

Auch hat er einen guten Draht zum bayerischen Ministerpräsidenten, während Landwirtschaftsminister Miller aus der Krise eher geschwächt hervorging.

Erfolgreiche Doppelstrategie

Zur bayerischen Doppelstrategie gehört auch der Umgang mit dem Ökolandbau. Da werden gerne Feindbilder aufgebaut und Bundesministerin Künast beschimpft, sie habe nur die Ökobauern im Kopf. Doch trotz aller Hetzparolen tut Bayern durchaus viel für den Ökolandbau. Nicht nur dass die Förderung im Bundesdurchschnitt

hoch ist, zugleich gibt es eine Deckelung der Prämie für Ökoflächen bei 18.000 € je Betrieb. Eine sinnvolle Maßnahme, die Sepp Bichler sich auch auf Bundesebene wünschen würde.

Das gehört eben zur Strategie in Bayern: Alles besser machen als auf Bundesebene – oder es zumindest so verkaufen. So gesteht Sepp Bichler seinem Ministerpräsidenten ein feines Gespür für die Stimmung der Bevölkerung zu, wenn er z.B. in der Diskussion um die Käfighaltung von Legehennenhaltung rechtzeitig umgeschwenkt ist und ein Umstellungsprogramm für Bayern proklamiert hat. Das ist wie der Wettlauf von Hase und Igel zwischen Berlin und München. Oder um es mit den Worten des grünen Landtagsabgeordneten Adi Sprinkart zu sagen: „Stoiber muss vor allem verhindern, dass Künast ein Programm hat, das Bayern nicht hat“.

Dabei bedeutet die vielgerühmte bayerische Bereitschaft, Geld, auch eigene Landesmittel ohne EU-Kofinanzierung, in Programme für die Landwirt-

schaft zu stecken, ja nicht automatisch, dass dieses dann auch dem Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft zu gute kommt. So versucht eine Direktvermarktungsgemeinschaft um Elisabeth Waizenegger ein regionales Schlachthaus zu retten und ist dabei auf das neue Programm Bio/Regio in Bayern gestoßen. Doch bleiben ihnen zur Umsetzung insgesamt nur sechs Monate Zeit. Und sie müssen ihren Umsatz durch die Investition nachweislich um 30 % steigern, was ja gar nicht ihr Anliegen ist, sondern sie wollen regionale Strukturen für eine bäuerliche Vermarktung erhalten. Doch auch hier wieder der Zwang zum Wachsen.

Kulturgrünland und Maisprämie

Dass man in Bayern auch heute noch mit 30 Kühen leben kann, liegt großteils am Zuerwerb, der in den bayerischen Tourismusregionen gute Voraussetzungen findet. Wirtschaftli-

Aber Bayern besteht nicht nur aus Tourismus. Auf den ertragreichen Gäuböden gibt es massive Intensivierung. So ist die „unglückselige“ Maisprämie laut Sepp Bichler auf aktiven Einsatz Bayerns in den Verhandlungen zur Agenda 2000 zurückzuführen, zu Lasten eben vieler bayerischer Grünlandbetriebe. Denn Bayern zahlt die höchsten Sätze für Maisprämie bundesweit, betont Elisabeth Waizenegger. Also auch hier wieder die Doppelstrategie. Und wie man sich den Milchmarkt der Zukunft vorstellt, dazu hat in Bayern offiziell auch noch keiner Stellung bezogen. Doch nimmt man den Milchpreis gern zum Anlass, um gegen Künast zu wettern. Und manch einer möchte „die Künast gleich aufhängen“.

Kanzler Stoiber ...

Was einen möglichen Kanzler Stoiber betrifft, so fürchtet Andreas Remmel-



Gern demonstriert man in Bayern Einheit und christliche Werte. Foto: Meixner

meinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und Ökobauer im Großraum München. So haben rund 80 % der bayerischen Betriebe inzwischen einen Zuerwerb, doch die Auszubildenden werden einzig auf Vollerwerb und Größenwachstum getrimmt. Aus Sicht von Sepp Bichler verbaut man sich damit die landwirtschaftliche Zukunft. Das dass Gerede von Größe an den Schulen bisweilen zu Größenwahnsinn führt, davon weiß Elisabeth Waizenegger, 1. Vorsitzende der AbL-Bayern und Bio-bäuerin im Allgäu zu berichten. Oft müssen Eltern ihre Nachfolger nach der Ausbildung erst mal wieder auf den Boden der Tatsachen zurückholen.

Bayern als Bremsen

Sepp Bichler sieht dahinter die typische Doppelstrategie des bayerischen Bauernverbandes: Nach außen auf große Strukturen schimpfen und dann doch für die Großen Politik machen. Oder wie sonst ist es zu erklären, dass Bayern als Land mit einer kleinstrukturierten Landwirtschaft auf Bundes-

Auf zur Jagd !

„Sie alle wissen, wen oder was wir am 22. September jagen müssen“ (Bauernverbandspräsident Sonnleitner beim Kreisbauernntag Husum nach dem Bläsergruß „Auf zur Jagd“)

„Hilflos musste der Bauernverband seit dem Amtsantritt von Renate Künast mit ansehen, wie er im Ministerium an Einfluss verlor. Gemeinsamkeiten gibt es nicht mehr und so bestand die Politik der Landwirtschaftsvertretung nur noch in Ablehnung und der Sehnsucht nach alten Zeiten. Die Wut im Bauch war so groß, dass der Öko-Skandal gerade recht kam, um Renate Künast nun endlich mal kräftig vors Schienbein zu treten. ... Dabei gibt es dafür überhaupt keinen Anlass. Denn wenn jemand im Landwirtschaftsbereich für mehr Transparenz steht und gegen Mauscheleien, dann ist es Renate Künast... (Kommentar im Deutschlandfunk von Guenter Hetzke)

Künast-Nachfolge?

Um den Posten des Ministers / der Ministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (ggf. unter neuer/alter Bezeichnung) gibt es in den Unionsreihen etliche Überlegungen und entsprechende Spekulationen in der Presse: Nachdem der Focus Bauernverbandspräsident Sonnleitner ins Gespräch brachte, präsentierte nun die „WELT“ den Europa-Abgeordneten Reimer Böge (CDU) als Künasts möglichen Nachfolger. Zuvor hatte sich die FDP schon mit dem Agrarsprecher Heinrich angemeldet, welches Ansinnen der CSU-Agrarexperte Deß sogleich zurückwies. Bleibt zu erwähnen: auch Renate Künast ist fest entschlossen, ihre Agrarwende nach dem 22. September fortzuführen. pm

che Interessen stellen hier Kulturlandschaftspflege in Zusammenhang mit dem Erhalt einer kleinstrukturierten Landwirtschaft. Denn „erst geht die Kuh, dann der Gast“. So gilt das bayerische Kulturlandschaftsprogramm als mustergültig, weil es die vielfältigen Funktionen der Landwirtschaft unterstützt. Dass bei diesem vielfältig abgestuften Förderprogramm dann Ökoberiebe kaum mehr bekommen als extensiv wirtschaftende Konventionelle, ist einer der wenigen Kritikpunkte.

berger, Geschäftsführer der AbL-Bayern und Ökobauer, vor allem, dass der Gentechnik alle Tore geöffnet werden. Und Sepp Bichler nennt den wiedererstarkenden Einfluss des Bauernverbandes in Berlin als größte Gefahr. Dazu bedarf es nicht einmal Sonnleitner als Minister. Dieser zieht auch aus dem Hintergrund hervorragend seine Fäden und hat in Bayern bereits vor Jahren den angebotenen Ministerposten abgelehnt. Einen so starken Bauernpräsidenten sehen selbst CSU-Mit-

AbL-Modellregion steht in den Startlöchern

Noch ist das erste Geld in die Region Chiemgau-Inn-Salzach nicht geflossen, doch hoch sind Ansprüche und Erwartungen an die Projekte.

Ganz schön unter Druck sieht man sich mittlerweile in der bayerischen Modellregion Chiemgau-Inn-Salzach. „Ständig wollen die Medien kommen und filmen“, berichtet Ute Gasteiger, 1. Vorsitzende des neu gegründeten Vereins, „auf der anderen Seite bekommt man immer gesagt, man darf nicht mit Projekten anfangen, bevor das Geld genehmigt ist“. Und am 29. Juni kommt Ministerin Künast dann zum AbL-Bauerntag und soll erste Projekte besichtigen. „Aber solange kein Geld da ist, können wir auch nichts initiieren“, fügt Sepp Hohlweger, Geschäftsführer des Vereins hinzu, „da beißt sich die Katze in den Schwanz“.

Projekte im Prüfverfahren

Andererseits sei man zur Zeit auch so gut beschäftigt, muss er zugeben, denn die Arbeitskreise aus den Bereichen Landwirtschaft, erneuerbare Energie, Bildung, Tourismus und Umwelt müssen unter 140 eingegangenen Projektanträgen nun eine Auswahl treffen. Die Größenordnungen reichen dabei von der finanziellen Unterstützung einer Veranstaltung bis zur Neuerrichtung eines regionalen Schlachthauses. Am zügigsten umsetzen lassen sich Projekte zu Bildung und Umwelt, schätzt Sepp Hohlweger, der zur Zeit prüfen muss, ob nicht auch andere Fördertöpfe angezapft werden können. Dies ist Voraussetzung beim Bundeswettbewerb „Regionen aktiv“. Dahinter steht die Erfahrung, dass es besonders im Bereich Landwirtschaft bereits eine Vielzahl von Fördertöpfen gibt, die oft nicht ausgeschöpft werden. Nun sollen mit den Geldern aus „Regionen aktiv“ die Betroffenen erst mal fit gemacht werden, diese bereits vorhandenen Mittel zu erschließen. So kann z.B. die Anschaffung eines Verkaufswagens für die Vermarktung nur zu 40 % gefördert werden, weiß Ute Gasteiger zu berichten, Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit sollen dagegen zu 100 % förderbar sein, weil es kaum andere Fördertöpfe gibt.

Management selbermachen

Trotz dieser umfangreichen organisatorischen Vorarbeiten, die noch nötig sind, hat man in der bayerischen Modellregion bisher davon abgesehen, einen sog. Regionalmanager einzustellen. „Ein Büro als Vermittlungsstelle verschlingt sehr viel Geld“, urteilt Ute Gasteiger, „Wir möchten es einfach anders probieren und zu gegebener Zeit Fachleute dazuholen“. Sie weiß aber, dass fast alle Modellregionen einen anderen Weg gegangen sind, „ich denke, das

können wir auch nur deshalb machen, weil wir sehr viele Aktivisten sind, die schon lange in dem Bereich arbeiten. Da kann man auf einen guten Fundus aufbauen“. Dabei fand die Arbeit vor dem Wettbewerb meist innerhalb eines einzelnen Landkreises statt. Erst für „Regionen aktiv“ haben sich nun Teile von 5 Landkreise zu einer Modellregion zusammengeschlossen. Die Initiative ging dabei von der AbL-Regionalgruppe Chiemgau-Inn-Salzach aus. Für die Modellregion hat man dann noch andere Partner einbezogen wie die Ökolandbauverbände oder den Bund Naturschutz. Denn ein breites regionales Bündnis ist Fördervoraussetzung. Der Bauernverband ist durch eine stellvertretende Kreisbäuerin, zugleich AbL-Mitglied, im Vorstand vertreten. Ansonsten habe man natürlich darauf geachtet, dass die Modellregion der AbL nicht aus der Hand genommen werde, betont Ute Gasteiger. Auch muss sich laut Satzung mindestens die Hälfte des geschäftsführenden Vorstands aus Bäuerinnen und Bauern zusammensetzen. Für den Gesamtvorstand, in den auch die fünf Arbeitskreise ihre Vertreter entsenden, gilt diese Einschränkung nicht.

Regionale Besonderheiten

Obwohl viel konzeptionelle Arbeit in den fünf Arbeitskreisen zu Landwirtschaft, erneuerbare Energie, Bildung, Tourismus und Umwelt abläuft, werde doch bei der Auswahl der Projekte besonders darauf geachtet, dass diese auch untereinander vernetzt seien, betont der 1. Vorsitzende Sepp Daxenberger. Gedacht sei an klassische Vermarktungs- und Naturschutzprojekte, die breit angelegt und in der Region verteilt seien. Als gutes Beispiel für die Vernetzung von Handwerk und Mittelstand liegt ihm das Beispiel Holz besonders am Herzen. Gedacht sei an Holz als Energieträger und Baustoff. Als Besonderheit der Region sei auch der hohe Anteil an Landwirtschaft im Nebenerwerb zu bewerten, teilweise bis zu 80 %, was keineswegs der Einstieg zum Ausstieg, sondern eine ernstzunehmende Zukunftsperspektive sei, oft verbunden mit Tourismus. Neue Wege werden hier besonders für Ausbildung und Qualifizierung gesucht, da bei vielen Nebenerwerbsbetrieben die junge Generation keine landwirtschaftliche Ausbildung mehr anstrebt (vgl. auch Bericht über die Lehrfahrt der AbL-Regionalgruppe nach Österreich in BS 5/02, S. 13).

Ein weiterer Schwerpunkt für die Landwirtschaft in der Modellregion ist unbe-

stritten der ökologische Landbau. Das zeigt sich für Sepp Daxenberger an den eingegangenen Projektvorschlägen. Auch sind im Arbeitskreis Landwirtschaft nur Ökobauern zu Sprechern gewählt worden und im Vorstand gibt es mit der stellv. Kreisbäuerin lediglich ein konventionell wirtschaftendes Mitglied. Aus Sicht von Sepp Hohlweger sollen die konventionellen Betriebe bei den Vermarktungsprojekten nicht ausgeschlossen, aber doch Anreize zur Umstellung gegeben werden. Dagegen sei der Bereich der erneuerbaren Energien fest in konventioneller Hand, denn der Anbau von Raps für Biodiesel sei bisher nur für Konventionelle interessant.

Vermarktung stärken

Was die Vermarktung regionaler Produkte betrifft, hat man in der Modellregion sofort an Gastronomie und Tourismus gedacht. Doch hier gilt es erst einmal zu sensibilisieren. Denn ein Umdenken ist nötig, wenn die Gastronomen Fleisch nicht mehr bei Großlieferanten beziehen, sondern quasi „selbst Hand anlegen“ sollen. So will man im Herbst einen Informationstag für Großkantinen durchführen, der die Nachfrage nach Bio- und Regionalvermarktung wecken soll.

Den großen Vorteil für die Vermarktungskonzepte sieht Ute Gasteiger darin, dass bereits eine Vielzahl an Ökobetrieben mit Direktvermarktung vorhanden ist. Mit einem neuen Konzept gilt es diese nun zu vernetzen. Denn bei der Größe der Region wissen z.B. die im Süden im Berchtesgaderer Land bisher nicht, was im Norden im Altöttinger Raum los ist. Abgrenzen

will man sich dabei aber bewusst von den vom Bauernverband propagierten Bauermärkten, wo die Verbraucher oft Regionales für biologisch halten. Eher skeptisch ist Ute Gasteiger mittlerweile hinsichtlich des regionalen Schlachthauses. Dabei hatten gut fünf Regionen bundesweit die gleiche Idee. Doch strenge Fördervorgaben aus Brüssel bedingen, dass allenfalls Einzelteile wie ein Zerlegeraum gefördert werden können. Ansonsten lassen sich Projekte zur Regionalvermarktung gut in dem neuen bayerischen Fördertopf „ÖkoRegion“ unterbringen.

Lebenswerte Region

Natürlich will man über neue Vermarktungswege z.B. durch eine gute Stadt-Land-Beziehung zum Ballungsraum Rosenheim die Wertschöpfung im ländlichen Raum stärken und den Landwirten durch neue Einkommensquellen als Urlaubs- oder Energiewirt Zukunftsperspektiven eröffnen. Aber neben der Wertschöpfung soll auch die Wertschätzung nicht zu kurz kommen. Unter dem Motto „Der Landwirt als Lebenswirt“ soll die Stellung von Bauern und Bäuerinnen in der Gesellschaft gestärkt werden. „Wir diskutieren immer viel, was macht man alles für den Tourismus“, gibt Sepp Daxenberger zu bedenken, „vergessen aber oft, dass wir als Einwohner ja das ganze Jahr hier sind und eine Region, einen Beruf wollen, der lebenswert ist. Das heißt Freude an der Arbeit und nicht nur betriebswirtschaftliche Erfolgsbilanz“. Und so soll es auch im Bildungsbereich nicht nur um Wissen, sondern auch um Persönlichkeitsbildung gehen. *we*



Der geschäftsführende Vorstand des Vereins „Region aktiv Chiemgau-Inn-Salzach“, v.l.n.r.: Sepp Hohlweger, Geschäftsführer (Nebenerwerbslandwirt aus Ruhpolding); Ute Gasteiger, 1. Vorsitzende (Bäuerin aus Rott am Inn); Hermann Eschenbeck, stellv. Vorsitzender (Vorsitzender der Kreisgruppe des Bund Naturschutz aus Marquartstein); Sepp Daxenberger, 1. Vorsitzender (Bürgermeister von Waging am See, Nebenerwerbslandwirt); Rita Huber, stellv. Vorsitzende (stellv. Kreisbäuerin des Landkreis Altötting aus Burgkirchen) Foto: Rimmelberger

November-Castor

Für den Notizkalender: Wie die wendländische „Elbe-Jeetzel-Zeitung“ meldet, plant die Polizei den nächsten Castor-Transport nach Gorleben für die 44. bis 46. Woche, also Anfang November. pm

Bové ins Gefängnis



Gegen die Inhaftierung von Bové protestiert die CPE, der Dachverband europäischer Kleinbauernverbände u.a. AbL, vor der Vertretung Frankreichs in Brüssel mit den Spruchbändern: Tiermehl = Zaster, Bäuerlicher Widerstand = Knast, Befreit José Bové Foto: CPE

Laut Henry Kissinger ist José Bové der einzige Franzose, der etwas bewegt hat. Dafür müssen er und seine Mitstreiter nun drei Monate in den Knast. Wir erinnern uns: Aus Ärger über die Verdopplung des Einfuhrzolls für französischen Käse durch die USA hat Bové mit seinen Mitstreitern der Confédération paysanne ein MacDonalds-Restaurant als Sinnbild für Globalisierung und Mal bouffe (Miesfraß) zurückgebaut. Anlass für die Zollerhöhung war das Einfuhrverbot der EU für amerikanisches Hormonfleisch. Außerdem erwartet Bové eine sechsmonatige Haftstrafe für die Zerstörung von genmanipuliertem Mais. pm
Solidaritätspost kann direkt an José Bové ins Gefängnis geschickt werden: José Bové, N° d'écrou: 20671 U, Maison d'arrêt, Avenue du Moulin de la Jasse, F-34750 Villeneuve-les-Maguelone, France

Tag der offenen Ex-LPG

Ausgerechnet auf einem der größten deutschen Agrarunternehmen, der sachsen-anhaltinischen Barnstädt eG, eröffnete der Deutsche Bauernverband den Tag des offenen Hofes Anfang Juni. Mit DBV-Präsident Gerd Sonnleitner feierte Sachsen-Anhalts neue Landwirtschaftsministerin Petra Wernicke (CDU), die keine Frage nach der Größe sondern nach der Qualität stellte, zugleich auch die LPG-Gründung vor 50 Jahren. Das Agrarunternehmen gehört mit 6000 ha und 22.500 Schweinen auch in Ostdeutschland zu den Riesen, unterhält auch noch in der Ukraine einen 8.000 ha Betrieb. Nach Aussagen des Deutschen Bauernbundes klagen noch elf ehemalige LPG-Mitglieder auf eine ordnungsgemäße Vermögensauseinandersetzung.

Neuer Ökodachverband

Vertreter der Öko-Landbauverbände, der ökolog. Lebensmittelverarbeitung und des Handels haben sich auf einen gemeinsamen „Bund der Ökologischen Lebensmittelwirtschaft“ verständigt, der noch Ende Juni gegründet werden soll. Ziel sei es, das Vertrauen der Menschen in den Ökologischen Landbau wieder zu stärken. Die Initiatoren sind Bioland, Demeter, Gäa und Naturland; der Bundesverband Naturkost Naturwaren Herstellung und Handel (BNN) und namhafte Vertreter der ökolog. Lebensmittelwirtschaft wie Alnatura und Frosta AG sowie die Assoziation Ökologischer Lebensmittelverarbeiter (AÖL). Sobald die Gründung des neuen Vereins erfolgt ist, wird die Arbeitsgemeinschaft Ökologische Landwirtschaft (AGÖL) sich auflösen. Noch laufende Projekte sollen nach Möglichkeiten in die neuen Strukturen überführt werden. Der AGÖL-Vorsitzende, Dr. Felix zu Löwenstein, sieht die Bemühungen, nach dem Auseinanderdriften der Verbände im letzten Jahr wieder zu einer gemeinsamen Stimme und einer arbeitsfähigen Struktur zu kommen, mit dem neuen Verein erfolgreich abgeschlossen. Ob allerdings die Interessen von Bauern und Bäuerinnen in dem neuen Dachverband mit dem Ökohandel gleichberechtigt vertreten sind, bleibt abzuwarten. we

KURZES AM RANDE

Dr. von Bassewitz, Öko-Vertreter des Bauernverbands

Zum offiziellen Sprecher des Deutschen Bauernverbands in Sachen Ökolandbau wurde Dr. Heinrich Graf von Bassewitz ernannt. Der Kaufmann wollte ursprünglich eine Farm in Südamerika kaufen, pachtete dann aber nach der Wende den alten Familienbesitz im mecklenburgischen Gut Dalwitz. Auf 1.000 Hektar werden vor allem 1.000 Mutterkühe gehalten, nach den Richtlinien des Biopark-Verbandes, in dessen Vorstand von Bassewitz sitzt. Auch bisher schon vertrat von Bassewitz die Position des Bauernverbandes zum Ökolandbau. Dabei vertrat er zu Recht die Gemeinsamkeiten zwischen ökologisch und konventionell wirtschaftender Landwirtschaft, wobei aber offenbar die eher restriktive und beherrschende Haltung des Bauernverbands gegenüber dem Ökosektor auf ihn abgefärbt hat. Eine kritischere Haltung gegenüber agrarindustriellen Teilstrukturen bzw. rein-betriebswirtschaftlichen Ansätzen in Biopark-Verband und Ökobereich und eine stärkere Besinnung auf die bäuerlichen Prinzipien im Ökolandbau täten dem neuen Bauernverbands-Sprecher sicher gut. Es ist zu

hoffen, dass er seine eigene Wirtschaftsweise unter diesem Aspekt überprüft und korrigiert hat, um nicht neuer Kritik an Ökostrukturen Nahrung zu geben. Dies umso mehr, weil sein Großbetrieb in den Medien oft als Vorbild hingestellt wird (zuletzt beim Besuch von Prinz Charles). Von Bassewitz hatte der „Neuen Landwirtschaft“ nämlich einmal stolz vorgezeichnet, wie er durch die Vernachlässigung der neugeborenen Kälber in seinem Großbetrieb bewusst tote Tiere zwecks Kostenersparnis in Kauf nahm: „Wenn ich durch zusätzliche Herdenkontrollen meine Absetzerquote von 93 auf 97 je 100 Kühe erhöhen könnte (was bei solchen großen Herden aber äußerst fraglich erscheint) brächte mir das etwa 20 Kälber mehr pro Jahr, also einen Mehrerlös von rund 20.000 DM. Diese Summe allerdings kostet mich dann die zusätzliche Arbeitskraft, die den ganzen Tag die Weiden nach Kälbern absucht“ (8/95). Dr. von Bassewitz hat in der Vergangenheit mehrere Agrarpreise erhalten, so den Schweisfurth-Agrarkulturpreis und die Thünen-Medaille der Toepfer-Stiftung. ril

Wende und Wendehälse

Bestimmte Publizisten, die früher ihr Geld damit verdienten, ein (falsches) idyllisches Bild des Ökolandbaus zu zeichnen oder jeden kleinsten Risiko-Hinweis in der Fachliteratur publikumsträchtig zu einem PanikszENARIO aufzupusten – genau dieselben Journalisten schreiben nun in der Agrarwende nach dem Geschmack anderer Auftraggeber.

Zum Beispiel Michael Miersch, der in der „Welt“ die alten agrarindustriellen Plattitüden aufwärmt, wonach die Giftigkeit eine Frage der Dosis sei und dass „natürliche Pestizide“ die wahren Gefahrenträger seien. Originalzitat: „Ein Vierteljahrhundert lang wurde Nitrofen in Deutschland ganz legal eingesetzt. Es kam in dieser Zeit zu keiner erkennbaren Erhöhung von Krebs oder Missbildungen. Im Gegenteil: Die Lebenserwartung stieg rasant an...“ Schade, dass die neuerdings von Miersch gepriesene Gentechnik noch nicht lange genug eine ähnlich segnende Wirkung beweisen konnte.

Zunehmend positive Seiten an Gentechnik und Agrarchemie entdeckt neuerdings auch der Populärwissenschaftler Udo Pollmer: Er bekam neulich brausenden Beifall bei der Mitgliederversammlung der Niedersächsischen Geflügelwirtschaft für seine These, bei der Angst vor BSE und Nitrofen handele es sich lediglich um „Angstbilder“. Pollmer hat außerdem ir-

gendwo aufgeschnappt, dass im Ökolandbau angeblich 95 Pflanzenschutzmittel erlaubt seien und dass Kupferpräparate viel häufiger als im konventionellen Obstbau gespritzt würden (und zudem erheblich giftiger seien als vergleichbare konventionelle Pestizide). Dass im Ökolandbau dieses Kupfer nur für wenige Kulturen und – im Gegensatz zu synthetischen Präparaten – nur in streng begrenzter Menge zugelassen ist, dass diese Begrenzung auch für andere Mittel gilt und dass sich unter den genannten Pflanzenschutzmitteln in der EU-Ökoverordnung (übrigens 25 und nicht 95) neben Baumextrakten wie Neem oder Quassia auch Gelatine oder Schmierseife befinden – all das wollen die neuen Kritiker wohl auch diesmal gar nicht so genau wissen. Hauptsache man kommt an. Wie seriös solcherlei „Expertentum“ ist, zeigte Pollmer in seinem neuesten Buch: Da warnte er vor der Freiland-Hennenhaltung, weil diese allein in Deutschland die Fläche mehrerer Bundesländer benötigen würde. Nachdem ihm in der „Unabhängigen Bauernstimme“ danach ein grober Fehler in der Dreisatz- und Maßeinheiten-Rechnung nachgewiesen wurde, hat er dieses Totschlag-Argument nicht mehr verwendet, zumindest in der Öffentlichkeit. Ob vielleicht doch noch Lernfähigkeit und Seriosität zu erhoffen sind?

Peer Pahnter

Vor einen neuen Karren gespannt – Rotes Höhenvieh

Fleisch der alten Kuhrasse gemeinsam vermarkten?

Wagen und Pflüge müssen sie nicht mehr ziehen, die Kühe und Ochsen des Roten Höhenviehs. Die Karren, vor die sie heutzutage gespannt werden, heißen Naturschutz, Landschaftspflege, Regionalisierung und Tourismus. Das Rote Höhenvieh eignet sich für diese Aufgaben besonders durch seine Genügsamkeit, Gesundheit und Robustheit, gute Fruchtbarkeit und Muttereigenschaften bei einer relativ guten Leistung aus dem Grundfutter. Als „Bonbon“ kommt hinzu, dass das Fleisch vom Höhenvieh eine hervorragende Qualität aufweist. Und darin liegt auch der Grund für ihr, wenn auch langsames, Comeback. „Scheiterhaufen“ und „Zauberlehrling“ heißen zwei der vielen Gerichte aus Höhenvieh-Fleisch, mit deren Hilfe die Region Harz eine neue kulinarische Identität erhalten soll. Gemeinsam mit interessierten Gastronomen wird an der Entwicklung einer „neuen Harzer Küche“ gearbeitet, und dies explizit unter Verwendung der sogenannten Nicht-Edelteile des Schlachtkörpers. Schließlich besteht auch ein Höhenvieh-Bulle nicht nur aus Lende und Braten. In diesem Jahr werden zwei Aktionswochen stattfinden, um Werbung für die neuen Gerichte zu machen. Es wurde ein gemeinsames Logo entworfen, das einen hohen Wiedererkennungswert für den Verbraucher bieten soll.

Regionale Spezialität schaffen

Träger des Projektes ist die „Gesellschaft zur Förderung des Biosphärenreservates Südharz e.V.“ (GFB). Ziel ist der Aufbau einer Vermarktungsstruktur für Höhenvieh-Fleisch, und zwar vornehmlich über die Gastronomie. Man stellt sich ein ähnliches Vorgehen wie beim Rhönschaf vor, das dank gutem Marketing mittlerweile

eine über die Rhön hinaus bekannte regionale Spezialität geworden ist. Diesem Konzept kommt es daher gelegen, dass im Südharz die Einrichtung eines UNESCO-Biosphärenreservates angestrebt wird.

Der Betrieb von Familie Wehmeyer spielt in diesem Konzept eine zentrale Rolle. Die Herde von derzeit etwa 30 Höhenvieh-Mutterkühen soll auf 80 aufgestockt werden. Dies ist notwendig, um regelmäßig Fleisch liefern und den Betrieb im Vollerwerb führen zu können. Die Tiere weiden auf den artreichen Grünlandflächen des Naturschutzgebietes „Gipskarstlandschaft Hainholz“, der letzten noch intakten Kulturlandschaft auf Gips in Niedersachsen.

Vor fünf Jahren stark gefährdet

Die deutschen Mittelgebirge sind das Entstehungs- und frühere Verbreitungsgebiet dieser alten Dreinutzungsrasse. Infolge der drastischen Veränderungen in der Landwirtschaft wäre das Höhenvieh in den 1970er Jahren fast ausgestorben. 1997, als die Rasse zur „gefährdeten Haustierrasse des Jahres“ ernannt wurde, gab es verstreut im Bundesgebiet nur noch 10 Bullen und 377 Kühe.

Drei davon standen noch auf dem Betrieb im Westerwald, den Herr Germann vor etwa 8 Jahren pachtete. Sie waren der Grundstock für den Aufbau seiner heute etwa 30-köpfigen Herde. Die Tiere sind fast das ganze Jahr über draußen und erhalten ausschließlich betriebseigenes Futter von den umliegenden Weiden und Wiesen. Dabei betreiben sie automatisch Naturschutzarbeit. Die roten Kühe passen ideal auf die Mittelgebirgsweiden und in das sowohl betriebsmittel- als auch zeitextensive Bewirtschaftungskonzept.



... heute ziehen sie in der Direktvermarktung wie auf dem Hof der Familie Manß aus Hessisch-Lichtenau Aufmerksamkeit auf sich. Foto: Ritter



Früher konnten die Kühe des Roten Höhenviehs nicht nur Milch und Fleisch liefern sondern auch noch Karren ziehen Foto: Bremrod

Denn Herr Germann bewirtschaftet seinen Hof im Nebenerwerb. Im Laufe der Jahre konnte er sich einen festen Kundenstamm aufbauen, an den er das Fleisch direkt vermarktet. Verkauft wird in 10-kg-Mischpaketen, damit er nicht auf Knochen und Suppenfleisch sitzen bleibt. Die Kunden bekommen das Fleisch in Kühlboxen nach Hause geliefert.

Bisher keine gemeinsame Vermarktung

Die weitaus meisten Höhenviehrinder stehen – zumindest in Niedersachsen und Hessen – in kleinen Nebenerwerbsbetrieben und bei Hobbyhaltern. Seit 1997 kümmert sich die „Bundesarbeitsgemeinschaft Rotes Höhenvieh“ um die Geschicke dieser Rasse. Dennoch – es gibt keine gemeinsame Werbung, kein Logo, keine gemeinsame Vermarktung. Obwohl für das Fleisch durchaus höhere Marktpreise erzielt werden können und dies oftmals ohne Zwischenhandel vermarktet wird, sind die staatlich gewährten Zuschüsse für die Zucht der Tiere noch immer für viele Betriebe unverzichtbar. Für eine Großvieheinheit über zwei Jahre Rotes Höhenvieh erhält der Landwirt je nach Land im Mittel 120 € pro Jahr. Gefördert wird die Rasse derzeit in Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Im Jahr 2000 wurden bereits 39 Bullen und 525 Kühe gezählt. Tendenz steigend.

Herr Germanns Antwort auf die Frage, ob seine Kunden explizit wegen des Höhenvieh-Fleisches zu ihm kommen, ist eher ernüchternd. Er glaubt, dass die Sicherheit, qualitativ hochwertiges Fleisch von gesunden, artgerecht gehaltenen Tieren zu bekommen, im Vordergrund steht. Seit BSE sowieso. Für

Herrn Germann sind aber BSE und die anderen Skandale der letzten Jahre der wichtigste Grund, eine alte Rasse zu züchten und zu erhalten. Als stille Reserve für eine ungewisse Zukunft.

Höhenvieh am besten geeignet

An die Zukunft dachte auch Familie Lammert in Kattenvenne (Münsterland), als sie sich vor einem Jahr zwei Höhenvieh-Kühe kauften. Der Wunsch, eine alte Rasse zu erhalten, ist eng verbunden mit dem Vorhaben der Lammerts, wieder an die der heutigen Landwirtschaft vielfach verloren gegangenen kulturellen Werte anzuknüpfen. Die Lammerts haben lange überlegt, welche Rasse für ihre Bedingungen – kombinierte Beweidung mit Pferden und Pflege problematischer, extensiver Weiden – wohl am besten geeignet wäre. Neben dem Roten Höhenvieh hält Familie Lammert auch Exmoor-Ponys und Vorwerk-Hühner – beides alte, bedrohte Rassen. Urlaub kann man auf Lammerts „Münsterlandhof“ bereits machen, aber Frau Lammert hat noch weitergehende Vorstellungen. Die Lehrerin möchte gerne Kindern und an der Natur interessierten Menschen die Landwirtschaft wieder näherbringen. Möglicher Partner: die Lokale Agenda des Kreises Steinfurt. Hier wird an einem Projekt namens „Lernwerkstatt Lebensmittel“ gearbeitet, das verschiedene themenbezogene Bildungsangebote für Schüler und Lehrer erarbeiten will. Aber bis dahin gibt es noch sehr viel zu tun....

Vor welchen „Karren“ Familie Lammert ihr Rotes Höhenvieh einmal spannen werden, ist also noch nicht ganz klar. Den Kühen und ihrer Nachzucht ist das egal – sie haben hier „Familienanschluss“ und fühlen sich sichtlich wohl. Anja Oetmann-Mennen

Da es Prinzen heutzutage fast nur noch im Märchen gibt, muss die Kulisse, in der einer der seltenen noch leibhaftigen Exemplare auftritt, wohl auch ein wenig märchenhaft sein. Passenderweise gesellt sich im schleswig-holsteinischen Trenthorst zu alt ehrwürdigen Gemäuern, Stuckdecken, Brokattapeten und romantischer Gartenanlage auch noch der richtige inhaltliche Aufhänger. Englands Thronfolger Prinz Charles besuchte das dort im letzten Jahr neu eingerichtete bundeseigene Forschungsinstitut für ökologischen Landbau. Der Ökolandbau ist dem Prinzen, der vor 17 Jahren seinen landwirtschaftlichen Besitz umstellte, ganz offensichtlich eine Herzensangelegenheit. Das stellte er eindrucksvoll unter Beweis, als er sich mit Ministerin Renate Künast und 40 jungen Leuten aus Schulen, landwirtschaftlichen Fakultäten, Verbänden – auch der AbL- und Umweltorganisationen in den roten Salon des Trenthorster Herrenhauses zur Diskussion zurückzog.

Im roten Salon

Dabei trafen die Sympathien des königlichen Bauern für den Ökolandbau nur bei einem Teil der jungen Runde auf Gegenliebe. Vielleicht durch die Aufmüpfigkeit der Jugend noch radikaler als die konventionellen Verbandserwachsenen, deren Meinung sie vertraten, scheute sich eine Fraktion aus exakt gescheitelten, beschlippten Fachschülern, angehenden Agrarwissen-



Ein Prinz mit Prinzipien

Der Besuch von Englands ranghöchstem Ökobauern in Norddeutschland

schaftlern und Landjugendlichen nicht, kleine Pfeile zu verschießen. Wirklich anhaben konnte das Charles – für einen echten Prinzen eben auch mit ziemlich radikalen Ansichten ausgestattet – nichts. Mit viel Überzeugung vertrat er seine Auffassung eines Wirtschaftens „in Harmonie und nicht gegen die Natur“ und eines Lebens unter Beachtung „natürlicher Kreisläufe und ganzheitlicher Zusammenhänge.“ Den Blick der Menschen müsse man schärfen, damit noch viel stärker erkannt werde, dass die Voraussetzung für menschliche Gesundheit, gesunde Lebensmittel und dementsprechend auch gesunde Pflanzen sowie ein gesunder

Boden seien. Viel deutlicher müsse man noch herausstellen, welche immensen Folgekosten durch eine intensive konventionelle umweltzerstörende Landbewirtschaftung entstünden. Deshalb stehe er der – ja nicht rückholbaren – Gentechnik skeptisch gegenüber. Deshalb bewerte er die Globalisierung für die Landwirtschaft in der ganzen Welt eher negativ. Und letztlich auch deshalb gebe es bei ihm in der heimatischen royalen Küche nur Ökoprodukte.

Im Apfelgarten

Zur agrarpolitischen Zukunft Großbritanniens vertritt er einen klaren

Standpunkt: „Meiner Meinung nach – andere bei uns sind da anderer Meinung – sollten wir uns auf einen Qualität-Nischen-Markt konzentrieren und nicht mit der Massenproduktion in verschiedenen Ländern außerhalb Europas konkurrieren.“

Schließlich berichtet er den jungen Leuten aus seiner eigenen Jugend in den 60er Jahren, „als man viel zerstört hat, Städte aber auch Natur, Feuchtgebiete, Hecken, blühende Wiesen. Die neue Landwirtschaft war effizient, modern, up to date. Zur Hölle mit der Wildnis, zur Hölle mit Gott, alles wurde in Frage gestellt.“ Etwas von dem was damals kaputtgemacht wurde, will der Prinz mit seinem Wirken reparieren.

Bei der anschließenden Apfelbaumpflanzaktion wartete der alte Hochstamm „Schöner von Nordhausen“ bereits nicht mehr ganz tafrisch im vorbereiteten Pflanzloch auf die Prominenz. Der Prinz und die Ministerin absolvieren ihren letzten gemeinsamen Protokollpunkt getreu dem Motto. „Und wenn ich morgen nicht mehr Ministerin bin bzw. niemals mehr König werde, so pflanze ich heute noch einen Apfelbaum.“ Die Sonne stand schon abschiednehmend tief über der malerischen Gartenanlage als Renate Künast ins Protokoll den atmosphärischen Höhepunkt zauberte und dem Prinzen direkt neben dem frischgepflanzten Apfelbaum ein vierblättriges Kleeblatt pflückte. cs

ANZEIGE

Das Informationszentrum Hanf öffnet seine Tore...

Am 29. Mai eröffnet: Das Informationszentrum Hanf. Die Feierlichkeiten zur Eröffnung vollzogen (v.l.n.r.): der Vorstandsvorsitzende des Vereins zur Förderung des Anbaus und der Verwertung von Hanf Karl-Erich Oldemeyer, der Landrat des Kreises Gütersloh Sven-Georg Adenauer, Thomas Niehoff als Hauptgeschäftsführer der IHK Bielefeld, Staatssekretär Dr. Thomas Griese des MUNLV, Jörg Rosenbaum LRD Amt für Agrarordnung Bielefeld sowie Dr. Gerhard Beckmann als Direktor der LWK Westfalen-Lippe (nicht auf dem Foto).



Am 29. Mai 2002 wurde das neue Informationszentrum Hanf in Werther/Westf. im Beisein von 50 geladenen Gästen eingeweiht. Nach der offiziellen Eröffnung und der Besichtigung der Ausstellung unter fachkundiger Leitung, wurde zum Abschluss der Feierlichkeiten ein vom Landfrauenservice Gütersloh zubereitetes Büfett mit Hanfspezialitäten serviert. Das kulinarische Highlight hierbei war „Heidemännchens Hanfkonfekt“, das speziell von den Landfrauen kreiert worden ist.

Der Anbau der Nutzpflanze Hanf (*Cannabis sativa*) ist seit 1995 wieder erlaubt. Seitdem sind nicht nur Hanfwaren wie Hanföl oder Hanfbrot wiederbelebt worden, es ist auch eine erstaunliche Palette von neuen Produkten entstanden. So wird Hanf heutzutage, außer im Lebensmittelbereich u. a. in der Automobilindustrie (Glasfaserersatz im Spritzgussverfahren) genutzt und findet im Baubereich als Dämmstoff, Trittschallschutz sowie als Lehmputz Anwendung. Auch haben die herausragenden Eigenschaften des Hanföls auf dem Gebiet der Gesundheitspflege zur Entwicklung von hochwertigen Kosmetika geführt. Des weiteren eignet sich der Holzteil der Pflanze (Schäben) aufgrund seiner besonderen Saugfähigkeit und seiner geruchsbindenden Eigenschaft als Tiereinstreu.

Neben Informationsmaterial und Literatur zum Anbau und zur Nutzung von Hanfpflanzen bietet das Informationszentrum Hanf interessierten Landwirten, weiterverarbeitenden Betrieben, sowie Endverbrauchern und Laien nützliche Hinweise und Kontakte. Besuche des neuen Informationszentrums sind daher ausdrücklich erwünscht und nach individueller Absprache möglich.

Interessenten wenden sich bitte an den Betreiber des Informationszentrums, den Verein zur Förderung des Anbaus und der Verwertung von Hanf e.V. (Herr Oldemeyer Telefon: 05203 – 3211 oder Email: Hanfverein@gmx.de). Hanfschäben als Tiereinstreu können durch den Verein bezogen werden.

Folgende Firmen/Institutionen stellen aus:

Chemie-Plast, Porta-Westfalica – Dattelner Hanfverein, Datteln – Gut Deesberg, Bad Oeynhausen, Hock, Stutensee – Hofladen & Hanflabyrinth Nordhues, Oelde – Institut für Pflanzenbau, Universität Bonn – NafiTech, Bielefeld – Nolte-Paket, Bielefeld-Jöllenbeck – PolyVlies, Hörstel-Bevergen – ProTec, Gummersbach – Stuckateurmeister Wolfram Kiese, Sassenberg – Verein zur Förderung des Anbaus und der Verwertung von Hanf e. V., Werther – Zentrum für nachwachsende Rohstoffe NRW, Haus Düsse – Zimmerei Alexander von Spiegel, Bielefeld.

Mit Pinsel und Farbe ins Feld für die freilaufenden Hühner



Auf der Landesgartenschau im bayerischen Kronach bemalte die Mädchengruppe des BUND und der evangelischen Kirchengemeinde aus Untersiemau einen Bauwagen, in dem für die Dauer der Ausstellung einige Bioland-Hühner eingezogen waren. Der Bioland Landesverband Bayern zeigt auf der Schau die Vielfalt des Ökologischen Landbaus auf. So werden auf Parzellen für die Region „Frankenwald“ typische landwirtschaftliche Kulturen und deren Bedeutung für die ökologische Wirtschaftsweise dargestellt. Mit den

freilaufenden Hühner wird die aktuelle Diskussion um die Haltungsformen aufgegriffen. Die Malaktion war aufregend. Angefangen von dem großflächigen Malen, über die Hühner, die einem über die Füße oder die Leiter hoch laufen bis hin zu den Diskussionen am Rand mit dem Publikum über Nitrofen, Hühnerhaltung, Fütterung und Kommentaren zu unseren künstlerischen Fähigkeiten. Neben dem Spaß, den wir hatten, sind wir auch alle Eier, die sich seit Nitrofen etwas stauen, losgeworden.

Jasmin Berger

Leserbrief

Kein Zufall

Zum Nitrofen-Skandal im Ökolandbau

In Folge des aktuellen Skandals um vergifteten Futterweizen aus biologischem Anbau, lohnt es sich, einmal wieder grundsätzlich Fragen zu stellen.

Ganz abgesehen davon, wie es zu dem vergifteten Weizen kommen konnte (menschliches Versagen, betrügerisches d.h. kriminelles Verhalten oder gar Sabotage) sollte man einmal die Strukturen in Augenschein nehmen, die sich auch im Biolandbau inzwischen entwickelt haben.

Die Biobauern der ersten Generation, die in den 80er Jahren mit dieser Landbaumethode begannen und zu denen ich mich auch zähle, sahen die vielfältige Fruchtfolge, die durch entsprechende Viehhaltung möglich wurde, als zentrales Element ihrer Wirtschaftsweise an. Daraus ergab sich ein bestimmter, begrenzter, von der Fläche abhängiger Viehbesatz und vor allem der betriebsinterne Kreislauf vom Acker in den Viehmagen und von dort zurück als Dünger auf den Acker. D. h. es gingen relativ geringe Mengen als Verkaufserträge diesem Kreislauf verloren und es wurde wenig bis gar nichts von au-

ßen in diesen Kreislauf eingeführt.

Ein Vorkommnis in der Größenordnung wie der aktuelle Skandal wäre unter diesen Voraussetzungen kaum denkbar gewesen. Aber auch im Biolandbau pervertieren die Strukturen, große Veredlungsbetriebe entstanden, fast schon Massentierhaltung, losgelöst von der Fläche, alles unter der Überschrift „Bio“:

So haben wir heute die paradoxe Situation, dass kleinere konventionelle Betriebe viel näher an den Intensionen des Biolandbaus wirtschaften. Indem sie mit eigenem Futter ihr Vieh versorgen, als diese großen „biologischen“ Veredlungsbetriebe, die gerade im Bereich der Geflügelhaltung entstanden sind. Diese Strukturen sind dann eben auch anfällig für Skandale wie den aktuellen.

Und wir sollten ihn zum Anlass nehmen, uns daran zu erinnern, wie die Gründerväter des Biolandbaus Steiner und Müller dieses System entwickelt haben. Das hatte schon alles seinen tieferen Sinn! Und dass uns der aktuelle Skandal im Biolandbau jetzt heimsucht, ist alles andere als ein Zufall. Wolfgang Eisenberg 29459 Clenze

Wer Mätzchen macht, kommt zum Schlachter

Es war letzten Donnerstag, als Ursel mal wieder ausflüpfte. Dabei hatte der Tag so friedlich begonnen: morgendliches Melken, Kälber füttern. Ich fuhr nach dem Frühstück ins Büro alles ganz normal. Nachmittags dann, vor dem Melken wollten wir noch zwei Rinder und unseren Bullen, die in der Milchviehherde liefen, von dieser trennen. Nach einigen Diskussionen einigten wir uns darauf, nicht alle Tiere zum Hof zu holen, sondern zunächst die Kühe in den Melkstall zu bringen, und erst dann die anderen drei, darunter Ursel, sicherheitshalber mit dem Treibwagen, auf ihre neue Weide zu bringen.

Die Sicherheitsmaßnahmen rührten aus unseren Erfahrungen mit Ursels Temperament. Erfreuten wir uns noch bei ihrer Geburt an ihrem kessenen Blick und ihrer Lebhaftigkeit, merkten wir bald, dass ihr Gehorsam, Anpassung an bestehende Regeln und Respekt vor Zäunen nur äußerst schwer bis überhaupt nicht zu

vermitteln war. Erst in diesem Frühjahr, als wir sie und ein weiteres Rind umstallen wollten, wurde das wieder allzu deutlich. Natürlich riss sie aus, ihre Kumpanin hinterher. Als wir die beiden nach nervigem Treiben über Hof, Weiden und Appellohof endlich unter



... aus Westfalen

Kontrolle zu haben glaubten, machte Ursel plötzlich kehrt und rannte mich, die von hinten getrieben hatte und jetzt hinter der Gebäudeecke stand, einfach um, was mir eine deftige Gehirnerschütterung einbrachte und mich ganze sechs Wochen außer Gefecht setzte.

Wir trieben also die Kühe aus der Weide, Gatter zu, dann über die Bundesstraße und in den Melkstall. Die anderen Drei blieben dort. So weit so gut. Doch als wir sie später in den Treibwagen kriegen wollten, galoppierten sie – Ursel voran – mit erhobenen Schwänzen in der Weide herum. Und Ursel, aller Zäune und Gräben zum Trotz, lief ins angrenzende Weizenfeld, die anderen hinterher, wir auch. Nach verzweifelten Versuchen mehrere ad hoc ausgeklügelte Strategien umzusetzen, standen unsere Gummistiefel voller Wasser und die Tiere wieder in der Weide. Wir einigten uns, sie doch zu Fuß in Richtung Hof zu treiben, was zu unser aller Überraschen auch ohne größere Zwischenfälle gelang.

Doch als es darum ging, die Drei erst mal im Laufstall quasi zwischen zu parken, machte Ursel doch wieder Ärger. Sie wollte partout nicht dort hinein, sondern unbedingt zu den „Großen“ in den Melkstall. Beim Versuch, sie unter nochmals erhöhten Sicherheitsmaßnahmen dort rauszuholen, gelang es ihr auf bisher ungeklärte Weise, die Tür der Milchküche zu öffnen. Das laute Poltern und Scheppern der umfallenden Eimer ließ sie aber sogleich wieder rauspreschen. Irgendwann hatten wir sie da, wo wir sie haben wollten. Durch gutes zureden, hinten schieben, vorne ziehen, mit Futter locken, gelang es uns schließlich, sie in den Laufstall zu bekommen, wo sie bis heute steht.

Ob es sich im Fall Ursel um extreme Dummheit oder ausgeprägte Eigensinnigkeit handelt, spielt keine Rolle. Ihre geringe Bereitschaft sich unterzuordnen wird ihr Leben deutlich verkürzen. Zur Zeit ist sie im Mutterschutz. Doch ihre mangelnde Systemkonformität muss ihr früher oder später Kopf und Kragen kosten. So oder so.

Eine Hofbewohnerin (32 Jahre) erzählt...

Tote Ernte

Der Dokumentarfilm „Tote Ernte – Der Krieg ums Saatgut“ ist wieder als Video-Kassette zu haben. Der preisgekrönte Film zeigt die Bestrebungen der agrochemischen Industrie, weltweit die Nahrungsketten zu kontrollieren und die Bauern zu Lohnarbeitern zu degradieren.

Bayerische und westfälische Landwirte wie Klaus Buschmeier aus dem lippischen Extertal schildern ihren Kampf gegen Nachbaugebühren und Auskunftsverlangen der Pflanzenzüchter Deutschlands und Europas. Die Züchter bestätigen im Film den Bauernverdacht, mit den Nachbaugebühren solle die Genforschung bezahlt werden.

Wohin die Genforschung führt, schildert der kanadische Getreidefarmer Percy Schmeiser. Er wurde von Monsanto verklagt und zu 200.000 € Schaden- und Kostenersatz verurteilt, weil ihm Monsantos patentierter Roundup-Ready-Genraps auf seine Rapsfelder zugeflogen war und er – naturgemäß – keinen Anbauvertrag hatte. Monsanto diktiert in solchen Verträgen Lizenzgebühren und verbietet jeden Nachbau. Schmeiser sah sich gezwungen, seine verseuchte Ernte komplett an Ölmühlen zu verkaufen. Das kostete ihn nicht nur sein Lebenswerk, die Zucht örtlich angepasster Rapsorten. Vielmehr galt sogar die Ölgewinnung noch als Patentverletzung. Zwar hat das patentierte Gen nur die Aufgabe, Raps gegen das konzerneigene Totalherbizid Roundup resistent zu machen. Dennoch hätte Schmeiser die ganze Ernte vernichten müssen.

Monsanto erhob Einspruch gegen vier Tatsachenbehauptungen im Film. Die Autoren Kai Krüger und Betram Verhaag bleiben bei ihren Aussagen. Doch um langwierige Auseinandersetzungen zu vermeiden, belegen sie sie nun in drei Punkten mit anderen Tatsachen. Den vierten Punkt ließen sie wegen Geringfügigkeit ganz fallen. Sie bitten um Mitteilung, falls Monsanto – wie angeblich schon geschehen – auf Veranstaltungen erklärt, der Film enthielt oder enthält unrichtige Tatsachenbehauptungen.

Den 45-Minuten-Film gibt es als VHS-Kassette für 25 € (Privatgebrauch) bzw. 75 € (öffentliche Vorführung) zzgl. 3 € Versandkosten bei Denkmal Filmges. mbH, Schwindstr. 2, 80798 München, Tel. (089) 520 57 7-0, Fax 523 47 42, mail@denkmal-film.com

Facetten der Agrarwende

In der neuen Buchreihe Revision haben Redakteure der Frankfurter Rundschau, Wissenschaftler und Publizisten in vielen lesenswerten Artikeln die verschiedenen Facetten der Agrarwende beleuchtet: Politik, Höfe, Vermarktung, Lebensmittelqualität, Rahmenbedingungen. Für eine Neuauflage würde man sich eine Erweiterung des Blicks auf die konventionell wirtschaftende Landwirtschaft wünschen und eine Aufnahme von AbL und Agrarbündnis ins Adressen-Verzeichnis (zumal etliche AbLer Beiträge für dieses Buch geliefert haben. en

Kurswechsel an der Kasse, Eine Edition der Frankfurter Rundschau im Nest-Verlag, Frankfurt/M., 2002, 128 S., 6 €

Witziges Wörterbuch

Landwirtschaft: ist die Kunst, als eigener Herr auf freiem Grund zu stehen und Lebensmittel für andere zu erzeugen, ohne dabei selbst zu verhungern.

Bauernverband: weltweit einziger Verein, der planmäßig die Verringerung seiner Mitgliederzahl betreibt.

Kuh: autokinetischer Milchtank. Technisch wenig entwickelt, Zapfanlagen auf niedrigem technologischem Niveau; Wartung sehr aufwändig...

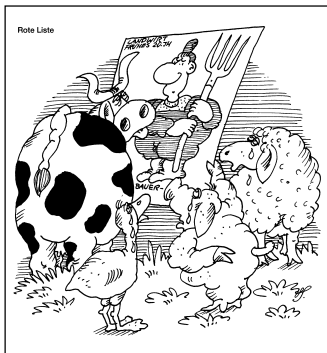
Marktwirtschaft: Geheimplatz. Verfügt über folgende Beschwörungen und Besprechungsrituale: „freie Marktwirtschaft“, „Chance für zukunftsorientierte unternehmerische Betriebe“, „leistungsfähig“. Über allem aber steht „Strukturwandel“. Mit rituellen Formeln wie „Marktanteile“, „europäischer Wettbewerb“ und „Welthandel“ sprechen sich die Marktwirtschaftler Mut zu... Die Aufnahme in diesen Männerbund der Heilslehrer ist an strenge Auflagen gebunden. ...Er sollte irgendeine Art von Funktion bekleiden, im bäuerlichen Berufsverband, als Politiker oder als Hochschulprofessor. Keinesfalls aber darf sein Einkommen ausschließlich aus der landwirtschaftlichen Tätigkeit selbst stammen.

Pflug: (Aus einer Umfrage unter Kasseler Bürgern): „Pflug? Das ist doch das, was sie früher hinter die Ochsen gespannt haben, um Fugen zu machen, um dann da was reinzupflanzen.“ „Das ist doch das, was hinter dem Traktor hängt!“ „Der ist doch dazu da, um das Gras wegzuziehen, dass das erst mal weg ist.“

Da kann der moderne Landwirt doch auf volles Verständnis für seine Probleme hoffen.

Alles Auszüge aus einem sehr vergnügt-gescheiterten „Fröhlichen Wörterbuch“ zur Landwirtschaft! en

Josef Dürr/Lothar Schneider, Fröhliches Wörterbuch Landwirtschaft, Tomus-Verlag, München, 1999, 95 S. mit Karikaturen, 10 €.



Klassenkampf im Dorf

Alltagsleben eines thüringischen Dorf zwischen 1945 und 1990

Vor 50 Jahren, im Sommer 1952, entstanden in der damaligen DDR die ersten Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG). Die LPGs bildeten das Kernstück der SED-Agrarpolitik, die als übergeordnetes Ziel den Aufbau des Sozialismus auf dem Lande verfolgte. In den vergangenen Jahren sind eine Reihe von agrarhistorischen und sozialwissen-

wie die Umsetzung vor Ort erfolgte. Ein erster gravierender Einschnitt in die sozio-ökonomischen Strukturen des Dorfes stellte bereits die kurz nach Kriegsende durchgeführte Bodenreform dar. In Folge der LPG-Gründung im Jahre 1952 setzte sich dann schrittweise ein völlig neues Machtgefüge durch. Nicht mehr der Bürgermeister, sondern der LPG-Vorsitzende hatte nun das Sagen. Die SED-Parteiorganisation steuerte und kontrollierte die Entwicklung. Bis zur zwangsweisen Kollektivierung der Mittel- und Großbauern, die sich lange Zeit der LPG verweigerten, wurde bewusst ein „Klassenkampf im Dorf“ propagiert und die eigenständigen Bauern von der SED als „Klassenfeinde“ geächtet. Barbara Schier stützt ihre Beschreibungen einerseits auf Archivmaterial, etwa vertrauliche Protokolle und Stimmungsberichte der SED, andererseits lässt sie zahlreiche Zeitzeugen zu Wort kommen, die früheren LPG-Vorsitzenden ebenso wie die Bauern, die in den 60er Jahren auch wirtschaftlich endgültig entmachteten wurden.

Besondere Beachtung widmet die Autorin der individuellen Hauswirtschaft, die es auch den LPG-Mitgliedern gestattete,

schaftlichen Arbeiten entstanden, die die rigorose Umsetzung und die Folgen der Agrarpolitik in der sowjetischen Besatzungszeit und späteren DDR untersuchen. Dabei beschränkten sich die Betrachtungen jedoch zumeist auf einzelne Abschnitte der Entwicklung, etwa die Bodenreform wie in „Junkerland in Bauernhand“ von Arndt Bauerkämper, oder die intensive Phase der Kollektivierung in den 50er und 60er Jahren wie in „Auf dem Weg zum sozialistischen Dorf?“ von Antonia Humm.

Die volkscundliche Studie von Barbara Schier mit dem Titel Alltagsleben im „Sozialistischen Dorf“ verfolgt erstmals die Geschichte eines DDR-Dorfes und der dazu gehörenden LPG über den gesamten Zeitraum 1945 bis 1990. Untersucht wird das thüringische Dorf Merxleben, in dem die erste LPG der DDR gegründet wurde. Die Autorin ging der Frage nach, wie sich in Merxleben der staatlich verordnete „Aufbau des Sozialismus“ tatsächlich vollzog und wie die Bewohner des Dorfes mit den Veränderungen umgingen.

Einleitend beschreibt Schier die verschiedenen Phasen der Agrarpolitik in der DDR, um anschließend auf der lokalen Ebene des Dorfes Merxleben darzustellen,

eine kleinbäuerliche private landwirtschaftliche Produktion zu betreiben. Diese private Nischenproduktion florierte stärker als alle anderen Wirtschaftsbereiche. Die Leistungen der LPGs blieben hingegen trotz aller Gigantomane und rücksichtsloser Modernisierung weit hinter denen der westdeutschen Landwirtschaft zurück. Die Agrarpolitik der SED scheiterte an den eigenen Ansprüchen. Das angestrebte Ziel einer „sozialistischen Dorfgemeinschaft“ blieb reine Vision.

Barbara Schier gelingt es eindrucksvoll, aus einer unabhängigen Perspektive ein problematisches Kapitel der deutschen Geschichte anhand des Fallbeispiels einer LPG zu analysieren. Das Buch ist zudem gut gegliedert und in einer klaren Sprache verfasst. Aufgrund der einleitenden Kapitel zum Forschungsstand und agrarpolitischen Hintergrund ist die Studie den als Einstiegslektüre zu empfehlen, die sich mit der Agrarpolitik der SED und ihren Folgen auseinandersetzen wollen.

Dr. Thomas Fuchs, Wiesbaden

Barbara Schier: Alltagsleben im „Sozialistischen Dorf“. Merxleben und seine LPG im Spannungsfeld der SED Agrarpolitik 1954-1990. Verlag Waxmann, Münster 2001, 327 S., 19,50 €, zu beziehen über den ABL-Verlag



Landschaftsplanung im ländlichen Raum

Das Heft 53 der arbeitsergebnisse entstand im Rahmen des Seminars „Landschaftsplanung im ländlichen Raum – aktuelle Instrumente“, welches im Winter 2001/2002 von Prof. Onno Poppinga und Dr. Ilke Marschall am Fachbereich Stadt- und Landschaftsplanung durchgeführt wurde. Im Heft gibt es zwei Schwerpunkte: Vor dem Hintergrund neuer europäischer Rechtsgrundlagen und Förderkriterien wird in einem ersten Teil der Vertragsnaturschutz in und außerhalb von Schutzgebieten betrachtet. Wie sind hier die aktuellen Entwicklungen? Welchen Einfluss konnten Maßnahmen des Vertragsnaturschutzes gewinnen und wie geht es den Vertragsnehmern, den Landwirten, damit? Wie viel Bürokratie ist noch tragbar? Auf die zukünftige Bedeutung des Vertragsnaturschutzes insbesondere auch in den für Hessen nun vorgeschlagenen FFH-Gebieten weist der Artikel von Cindy Ermisch hin. Wichtige Hinweise bezüglich der Pflege von Grünlandschutzgebieten durch Nutztiere gibt der Aufsatz von Lothar Nitsche und Ilke Marschall. In einem zweiten Schwerpunkt wird die Entwicklung und aktuelle Situation der Instrumente Landschaftsplan und Land-



schaftsrahmenplan für Hessen betrachtet. Schwerpunkt liegt hier auf der kommunalen Landschaftsplanung, die sowohl rückblickend als auch aktuell bezüglich ihres Anspruchs und ihrer Wirkungsmöglichkeiten beleuchtet wird. Mit welchem Anspruch wurden und werden Landschaftspläne erarbeitet? Wo liegen ihre (zukünftigen) Chancen? Wolfgang Schramm gibt einleitend einen Erfahrungsbericht über 20 Jahre kommunale Landschaftsplanung aus der Perspektive eines Planungsbüros. Dem gegenüber steht ein Praxisbericht aus dem Regierungspräsidium Kassel von Sabine Hempel. In einem dritten Bericht skizziert Christiane Büchter Dilemma und Chancen der kommunalen Landschaftsplanung in ihrer Position zwischen Naturschutz und Kommunalentwicklung. Ausblickend öffnet Manfred Szerencsits den Blick auf die Förderung des ökologischen Landbaus in Wasserschutzgebieten.

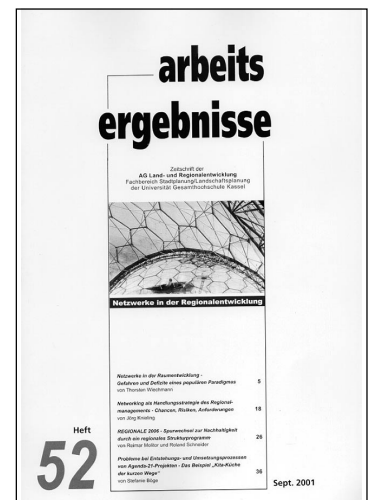
Ilke Marschall

Arbeitsergebnisse Heft 53, Sommer 2002. Zeitschrift der AG Land- und Regionalentwicklung FB Stadt- und Landschaftsplanung der GH Kassel, 42 S., 6,- €, zu beziehen über den ABL-Verlag

Netzwerke in der Regionalentwicklung

Es ist eine alte Forderung eigenständiger Regionalentwicklung, die Potenziale und Fähigkeiten der Menschen in einer Region als Quelle weiterer Entwicklung anzusehen und die Menschen selbst darüber bestimmen zu lassen. Das nun auch der Staat diese Potenziale entdeckt, zeugt vom Wandel des Staatsverständnisses. Besonders viel wird in informellen Gruppen und Netzwerken zugetraut. Doch in welchem Verhältnis stehen derartige Gruppen und Netzwerke zu den demokratisch gewählten Einrichtungen?

arbeitsergebnisse Heft 52, September 2001. Zeitschrift der AG Land- und Regionalentwicklung FB Stadt- und Landschaftsplanung der GH Kassel, 40 S., 6,- €, zu beziehen über den ABL-Verlag



8

Milcherzeugung in unruhigen Zeiten

In dem Heft sind Vorträge der ABL-Milchtagung vom Frühjahr 2001 und der ersten Frankenhäuser Züchtertagung des Herbstes 2000 wiedergegeben. Welche Konsequenzen aus der BSE-Krise für die Milchpolitik in Bund und Ländern gezogen werden können, beschreibt Thomas Griesse. Am Beispiel des Sauerlandes analysiert Franz Josef Dohle die Chancen von Milcherzeugergemeinschaften, um die Verhandlungsposition gegenüber den Molkereien zu verbessern. Welche züchterische Bedeutung der Familie der Athene in der Schwarzbuntenzucht zukommt, trug Albert Kramer auf der Züchtertagung vor.

arbeitsergebnisse Heft 51, Juni 2001. Zeitschrift der AG Land- und Regionalentwicklung FB Stadt- und Landschaftsplanung der GH Kassel, 48 S., 6,- €, zu beziehen über den ABL-Verlag



Bestellcoupon zum Vertragen und Planen

Ich bestelle:
Der kritische Agrarbericht 2002: als CD oder auf der Homepage www.bauernstimme.de für 19,80 €:
 Expl. der folgenden Ausgaben des kritischen Agrarbericht 1999 bis 2001
 zum Sonderpreis im Paket: _____ €
 (2 Ausgaben 30 €; 4 Ausgaben 55 €)
Der kritische Agrarbericht 2001: 20,- €
 Die Ausgaben 1996-1998 je Ausgabe nur noch 5,- €: _____ €
 Die Ausgaben 1993-1995 je Ausgabe nur noch 2,50 €: _____ €
 Expl. **Bürgernetze statt Subventionen**, 17,95 €:
 außerdem: _____

Zahlung nach Erhalt der Rechnung mit beiliegendem Scheck
 Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos

Porto 2,75 €
 Summe _____ €

Konto-Nr. _____ BLZ _____ Bank _____
 Telefon _____ gegbf. email _____
 Name _____ Adresse _____
 Datum _____ Unterschrift _____

Bestellung an: Abl Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm

Landwirtschaft, Landschaftsplanung und Landschaftsentwicklung

Im Frühjahr 2001 erschienen wird in dem Heft der arbeitsergebnisse mit dem unauffälligen Titel die Frage gestellt, auf welcher Grundlage sich das Zusammenspiel von Landwirtschaft, Landschaftsplanung und Landschaftsentwicklung unter möglicherweise neuen Rahmenbedingungen weiter entwickeln wird. Onno Poppinga untersucht, warum eine „Landwirtschaft von früher“ zum Idealbild erhoben und die moderne Landwirtschaft von heute so verteufelt wird. Beim genaueren Blick entdeckt Götz Schmidt unterschiedliche Auswirkungen auf die Landschaft durch die moderne Landwirtschaft. Kühe als „landschaftsbelebende Elemente“ in der Ausgleichsregelung anzuerkennen, da sie in Nordhessen in den letzten Jahren selten geworden sind, fordert Christiane Büchter.

arbeitsergebnisse Heft 50, März 2001. Zeitschrift der AG Land- und Regionalentwicklung FB Stadt- und Landschaftsplanung der GH Kassel, 48 S., 6,- €, zu beziehen über den ABL-Verlag



(Klein) ANZEIGEN**Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?**

Kleinanzeige 10,- €; Chiffregebühr 2,50- €. Alle Preise inkl. MWSt. Anzeigenannahme bis zum 17. des Vormonats. Anzeigen bis einschließlich 12,50,- € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen und Chiffrezuschriften bitte an: „Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381-492221, E-mail: bauernstim@aol.com.

● **Biolog.-Dyn. Landwirt im Ruhestand** bietet **ZWEITEINKOMMEN** für Powerfrauen oder rüstige Rentner mit der Pflanze MORINDA CITRIFOLIA und network marketing. Infos: www.1396578.manuiagroup.net, Passwort: info

● **Getreide-Mühle zu verkaufen** von Vollkorn-Bäckerei: vertikale Steine Durchmesser 40 cm, Anschluss: 4,0 kW Drehstrom, Durchsatz ca. 120 kg/h, VB 2.500 €, ☎ 030-6143080

● **Verkaufe laufend beste Arbeitspferde** in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551/63609

● **Staatlich geprüfte Wirtschaftfer** (36) des Ökolog. Landbaus sucht ab sofort Hofgemeinschaft m. Ackerbau u. guter Stimmung. Arbeitsschwerpunkt Außenwirtschaft u. Lage in Brandenburg wären ideal. ☎ 033878-90694 (AB)



Die Lebensgemeinschaft e.o.

Wir suchen

ab sofort eine/n neue/n, kompetenten Betriebsleiter/in

für unseren idyllisch gelegenen Demeter-Betrieb am Rande des Vogelsbergkreises.

Es werden ca. 70 ha Acker- und Grünland bewirtschaftet, sowie 25 Milchkühe und deren Nachzucht, 250 Legehennen und 15 Mutterschafe gehalten.

Auf dem Betrieb arbeiten 4 betreute Menschen, 2 weitere Mitarbeiter/innen, ein Zivildienstleistender und ein Lehrling (Lehrberechtigung sollte vorhanden sein).

Erfahrung in der Betriebsführung, gute sachliche Kenntnisse, großes Interesse an der biologisch-dynamischen Wirtschaftsweise, soziale Kompetenz und der Wunsch, verantwortungsvoll in einer großen anthroposophischen Lebensgemeinschaft zu leben und zu arbeiten, sind optimale Voraussetzungen für eine Bewerbung. Wohnraum ist vorhanden.

Ihre vollständige, aussagekräftige Bewerbung schicken Sie bitte an:

Die Lebensgemeinschaft e.V.,
z. Hd. Heinz Schulze Brüninghoff
Hofgut Sassen, 36110 Schlitz
Tel.: 06642-802114

www.lebensgemeinschaft.de

Veranstaltungskalender

Ökologische Pflanzenzüchtung

09. Juli 2002, Weihenstephan
öffentliche Seminarreihe an der TU München/Weihenstephan, Vorträge jeweils um 18 Uhr im Hörsaal 12 neben dem Parkplatz in Mensa-Nähe, Kontakt: Dr. Reents, ☎ 08161-71-3778, www.weihenstephan.de/oel

Vertragsnaturschutz im Rahmen des Kulturlandschaftsprogramms NRW – eine erste Bilanz

11. Juli 2002, Recklinghausen
nua (Natur- und Umweltschutz-Akademie NRW), ☎ 02361-305-0, Fax: -340, www.nua.nrw.de

Vorbeugende Tiergesundheit und Homöopathie in der Rinderhaltung

30. bis 31. Juli 2002, Altenkirchen
Evangelische Landjugendakademie, Ute Rönnebeck, Dieperzbergweg 13-17, 57610 Altenkirchen, ☎ 02681-95160, Fax: -70206, roennebeck@lja.de, Teilnahmebeitrag: 120,00 Euro

Biogastagung

05. Juli 2002, Haus Riswick
Anlässlich der Einweihung der Biogasanlage wird über neue Rahmenbedingungen in NRW, Technik, Gaserträge von Kossubstraten, Einkommenschancen und erste Ergebnisse aus dem Projekt „Biogas Rheinland“ berichtet.
Landwirtschaftszentrum Haus Riswick, 47533 Kleve, ☎ 02821-9960, www.riswick.de

Erneuerbare Energie in der Landwirtschaft

13. Juli 2002, Tarmstedt
Informationsforum zu zahlreichen Themen wie Pflanzenöl, Biogas, Stroh, Pflanzenölmotoren (Elsbett-Technik) und Förderprogramme für Erneuerbare Energien. im Sportheim des TUS Tarmstedt am Gelände der Tarmstedter Ausstellung Niedersachsen; Veranstalter Tarmstedter Forum Ener-

gie: Gerd Legien, ☎ 09171-989661, Fax: -8575727; Carl-Heinz Meyerdierts, ☎ 04283-424, Fax: -981220; Bäuerliche Dienstleistungs- u. Verwertungsgesellschaft, ☎ 04281-821100, Fax: -821111, www.tarmstedterausstellung.de

Internationales Anti-Atom-Sommercamp

20. bis 28. Juli 2002, Gedelitz/Wendland
Für jeden Tag ist ein spezielles Schwerpunktthema mit ReferentInnen vorbereitet. Vormittags können sich Arbeitsgruppen in die jeweilige Thematik vertiefen. Nachmittags kann im Plenum diskutiert oder in AG's weiter tiefgeschürft werden. Für die Abende werden öffentliche, insenierte Veranstaltungen, angeboten. Für Jugendliche gibt's ein eXtr@-Zelt mit selbstbestimmten Workshops und Arbeitsgruppen.
Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, ☎ 05841-4684, Fax: -3197, www.bi-luechow-dannenberg.de

Zugang zu Land: zwischen Markt und Menschenrechten

01. und 02. August 2002, Bonn
Fachseminar des FoodFirst Informations- & Aktions-Netzwerk (FIAN) zu Landreformen in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit.
Armin Paasch, FIAN Deutschland, ☎ 02323-9192663, paasch@fian.de

Von erfolgreichen Ökobetrieben lernen

Feld- und Praxistage des Hessischen Dienstleistungszentrum für Landwirtschaft, Gartenbau und Naturschutz

Alle Veranstaltungen sind kostenfrei. Detaillierte Infos zu den einzelnen Terminen bei den angegebenen Ansprechpartnern oder im Internet unter www.hdlgn.de.

Körner-Leguminosen (18. Juli, Oberhof, Alsfeld-Liederbach): Welche Sorten sind geeignet und welche Qualitäten werden benötigt?
Thomas Schindler, ☎ 06631-786-153, Thomas.Schindler@hdlgn.de

Kartoffeltag (23. Juli, Domäne Franken-

hausen): Der Anbau von Ökokartoffeln – Qualität und Sorten Reinhard Schmidt, ☎ 05671-996-108

Feldgemüse u. Kräuter ökol. anbauen u. per Vertrag vermarkten (22. August, Eichwaldhof, Darmstadt) Heinz Gengenbach, ☎ 06151-885-663, Heinz.Gengenbach@hdlgn.de

Die Zukunft stelle ich mir – anders vor!

Machen Sie mal eine AUS ZEIT! Denken Sie mit Abstand über das berufliche Wirken nach!

Seminare zum Thema „Wach sein für das Kommende“ vom 12. bis 14. Juli 2002 sowie am 20. und 21. September 2002, zum Thema „Vater-Sohn“ vom 05. bis 07. Juli 2002; 13. und 14. September 2002 (Kupferzell-Beltersrot); 16. bis 18. September 2002 (Altenkirchen)

Hermann – die Perspektive, Ihr roter Faden für die Arbeitswelt, ☎ 07251-5848, Fax: -5891, Baerbel.Hermann@gmx.de

Alles hat seine Zeit

08. bis 10. November 2002, Bad Vilbel
Jahrestagung zu Präparatwirkungen und Rhythmusverständnis im biologisch-dynamischen Landbau.
Landbauschule Dottenfelderhof, ☎ 06101-529618, Fax: -524589, landbauschule@dottenfelderhof.de

Ernst-Engelbrecht-Grevelpreis 2003 ausgeschrieben

Einsendeschluss ist der 31. Juli 2002.

Aufgerufen sind Jugendliche oder Jugendorganisationen aus dem ländlichen Raum, die sich mit Ideen, Aktionen und Maßnahmen zu Förderung und Erhalt der ländlichen Regionen beim Bund der Deutschen Landjugend um den Preis bewerben können. Der Preis ist mit freundlicher Unterstützung der R & V Versicherung mit 10.000 € dotiert und wird im Rahmen der Internationalen Grünen Woche 2003 an die ersten drei GewinnerInnen vergeben.

Mehr Infos unter www.landjugend.de oder direkt beim Bund der Deutschen Landjugend, ☎ 030-31904-258, Fax: -206

NACHRUF

In tiefer Trauer geben wir Nachricht vom Tode unseres Freundes, Berufskollegen und Mitstreiters

Landwirt HELMUT ROHDE

Er ist im Alter von 47 Jahren für immer von uns gegangen.

Helmut Rohde war für die Abl-Nordhessen einer der Männer der ersten Stunde. 1982 wurde unter seiner Mithilfe in seiner Heimatgemeinde Kaufungen der Arbeitskreis Junger Landwirte Nordhessen e.V. gegründet. Unter seiner Mitarbeit wurde 1986 der Biokreis Nordhessen ins Leben gerufen, dessen Vorstand er zehn Jahre lang angehörte. Sein ganzes Leben war durchdrungen von der Liebe zu seiner Familie, zu seinem bäuerlichen Betrieb und zu seinem Heimatort.

Gegen alle Tendenzen und Entwicklungen zu industrialisierten Agrarstrukturen galt sein ganzes Ansinnen der Erhaltung der bäuerlichen Landwirtschaft. Sein früher Tod hinterlässt eine tiefe Lücke. Sein Wirken wird uns immer in Erinnerung bleiben. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Kaufungen, im Juni 2002

ARBEITSGEMEINSCHAFT BÄUERLICHE LANDWIRTSCHAFT NORDHESSEN

Wicke
Bonnet

Poppinga
Range



Die neue FleischQualität!

Wissen, Erfahrung, Lust und Lebendigkeit

Die NEULAND GmbH für Produktvermarktung aus tiergerechter und umweltschonender Nutztierhaltung aus Norddeutschland sucht für den Bereich

Marketing, Werbung, Öffentlichkeitsarbeit und Messen
eine / einen

PR-Allrounderin/ PR-Allrounder

NEULAND ist ein Unternehmen mit zwölf Jahren Erfahrung im neuen Lebensmittelmarkt. Als Vorreiter für tiergerechte Nutztierhaltung ist unsere Motivation Verbraucherschutz, Tierschutz, Umweltschutz und ganzheitliche Qualität.

Wir suchen eine lebendige, qualifizierte, erfahrene und vielseitige Kraft zur Verstärkung des NEULAND Teams in Lüneburg.

Bitte richten Sie Ihre aussagekräftige Bewerbung mit Verdienstvorstellungen bis zum 12. Juli an
NEULAND GmbH, Tilman Uhlentaut,
Schillerstraße 11, 21335 Lüneburg



Bewerbungen bitte bis 15. August an:
 ABL-Bauernblatt Verlag, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm
 ☎ 02381-492288, verlag@bauernstimme.de

In der Redaktion der unabhängigen Bauernstimme ist ab Oktober 2002 bis voraussichtlich Juni 2003 eine Stelle in Teilzeit mit

einem Redakteur / einer Redakteurin

als Schwangerschaftsvertretung zu besetzen.

Die unabhängige Bauernstimme ist eine Monatszeitschrift von und für Bauern und Bäuerinnen sowie für alle an Agrarpolitik Interessierten. Sie berichtet seit 25 Jahren von Brüssel über Berlin bis zu den einzelnen Höfen und vertritt die Interessen bäuerlicher Betriebe.

Wir wünschen uns einen Menschen, der in Agrarpolitik bewandert ist und Spaß am Schreiben und Gestalten hat. Gerne bieten wir auch fachfremden Journalisten einen interessanten Arbeitsplatz im Agrarjournalismus.

Wir arbeiten in einem kleinen, motivierten Team mit viel Freiraum für Eigeninitiative und bieten einen vielseitigen, anspruchsvollen Arbeitsplatz.

Die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit beträgt 25 Stunden bei einem Brutto-Gehalt von 1.406,25 €.

AbL

KONTAKTE

Schleswig-Holstein

Landesverband: Ellen Holste, Reit 5, 24848 Alt Bennebek, ☎ 04624/800312
 Bernd Voss, Diekdorf Nr. 124, 25554 Wilster, ☎ 04823/8505, Fax: /75330
 Hinrich Lorenzen, Winderatt 14, 24966 Sörup, ☎ 04635/2141, Fax: /2114
 Plön: Matthias Stührwoldt, ☎ 04326/679 Fax 289147
 Flensburg: Heiner Iversen, ☎ 04631/7424, Fax 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband: 27243 Beckeln, Im Unterdorf 27, ☎ 04244/966725, Fax 04244/967422
 Heide-Weser: Karlheinz Rengsdorf, ☎ + Fax: 04233/669; Ulrike Helberg-Manke, ☎ 04231/63048
 Elbe-Weser: Hinrich Burfeind, ☎ 04762/1593; Ada Fischer ☎ 04723/3201, Fax: 04723/2118
 Wendland-Ostheide: Horst Seide, ☎ 05865/1247
 Niedersachsen-Mitte: Hartmut Hollemann, ☎ 05121/510694
 Südniedersachsen: Andreas Backfisch, ☎ 05508-999989, Fax: 05508-999245

Nordrhein-Westfalen

Landesverband NRW: Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, ☎ 02381/9053173, Fax: 492221
 Herford: Friedel Gieseler, ☎ 05221/62575
 Minden-Lübbecke: August Seele, ☎ 05702/9152
 Hellweg: Ulrike Ostendorff, ☎ 02307/62281, Wilhelm Ecker, ☎ 02378/2991
 Sauerland: Dorothee Biermann, ☎ 02973/2557
 Höxter-Warburger Land: Hubertus Hartmann, ☎ 05273/35447
 Tecklenburger Land: Martin Steinmann, ☎ 05404/5264
 Gütersloh: Erika Kattenstroth, ☎ 05241/57069
 Düren: Monika Lövenich, ☎ 02425/901458
 Köln/Bonn: Bernd Schmitz, ☎ 02248/4761

Hessen

Mittelhessen: Ernst-Günter Lang, ☎ 06441/75502, Fax: 06441/975995
 Nordhessen: Bernhard Wicke, ☎ 05665/1403; Onno Poppinga, ☎ 05673/3540

Rheinland-Pfalz

Landesverband: Auf'm Kreuzchen 2, 56290 Wohnroth ☎ 06762/951170, Fax: 06762/951191
 Regionalverband Eifel: Heribert Hoffmann, Lindenstr. 5a, 54597 Ellwerath, ☎ 06551/2636, Fax: - 985783
 Regionalverband Hunsrück-Nahe: Karin Auler-Weber, Auf dem Rech 4, 55481 Oberkosenz, ☎ 06763/601, Fax: 06763/558
 Koblenz-Mayen: Engelbert Jung, ☎ 02607/552

Baden-Württemberg

Landesverband: Laubachtal 1, 88484 Gutenzell, ☎ 07352/8928, Fax: 07352/941422
 Nordschwarzwald: Georg Bohnet, ☎ 07443/3990, Martin Reiter, ☎ 07524/2272; Hedwig Noll, ☎ 07463/729
 Nord-Württemberg: Brigitte Steinmann, ☎ 07062/61620; Ulrike Hasemeier-Reimer, ☎ 07971/8584
 Göppingen: Gerhard Übele, ☎ 07166/422
 Oberschwaben: Albrecht Stiefel, ☎ 0751/91171; Josef Bopp, ☎ 07352/8928
 Schwarzwald-Baar: Klaus Elble, ☎ 07808/1311, Fax: 07808/910453
 Ortenaukreis: Tilo Braun, ☎ 07805/5465
 Bodensee: Anneliese Schmech, ☎ 07553/7529, Fax: 07553/828278
 Allgäu: Bärbel Endraß, ☎ 07528/7840, Fax: 07528/927590

Bayern

www.abl-bayern.de
 Landesverband: Andreas Rimmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alz, ☎ 08679/6474, Fax: -9130145, e-Mail: AbL-Bayern@web.de
 Regionalverband Schwaben: Josef Böck, Leipheimer Str. 8, 89347 Bubesheim, ☎ 08221/6326; Hermann Holl, ☎ 07302/6512
 Regionalgruppe Pfaffenwinkel: Wolfgang Taffertshofer ☎ 08847/804, Christa Schlögel ☎ 08856/5723
 Regionalgruppe Chiemgau-Inn Salzach, Hans Urbauer ☎ 08628-634, Ute Gartheiger ☎ 08039-1635
 Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, ☎ 08742/8039
 Franken: Gabriel Deinhardt, ☎ 09194/8480; Jasmin Berger ☎ 09565/6838

Mecklenburg-Vorpommern

Mecklenburg: Jörg Gerke, Ausbau 5, 18258 Rukieten, ☎ 038453/20400
 Vorpommern: Albert Wittneben, Oberstried 4, 17089 Grischow, ☎ 039604/26856

Geschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststr. 28, 21335 Lüneburg, ☎ 04131/407757, Fax 04131/407758

Arbeitskreis Frauen: Ulrike Hasemeier-Reimer, Flurstr. 6, 74405 Gaildorf-Reippersberg, ☎ 07971/8584, Fax 07971/5718

„Morgenland“ – Arbeitskreis für Leute, die auch morgen noch in der Landwirtschaft oder einem angelagerten Bereich arbeiten wollen. Arnd Berner, Zum Anger 5, 37547 Kreiensen-Opperhausen ☎ u. Fax: 05563-910705, hof_berner@hotmail.com

AgrarBündnis e.V.: Ulrike Ottenottebrock-Völker, Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, ☎ 05242/44327, Fax: 931446

Neuland e.V.: Baumschulallee 15, 53115 Bonn 1, ☎ 0228/604960

Europäische Bauernkoordination EBK-CPE, Rue de la Sablonnière 18, B-1000 Brüssel, ☎ 00322/2173112, Fax 2184509, E-mail: cpe@cpefarmers.org

Verein zur Förderung des Anbaus und der Verwertung von Hanf, Haus der Landwirtschaft, Bielefelder Str. 47, 33378 Rheda-Wiedenbrück, 05242/925814, Fax: 925833, email: Andrea.Kiel@lk-wl.nrw.de

Projektbüro Hanf, Haus Düsse, Daike Lohmeyer, 59505 Bad Sassendorf/Ostinghausen, ☎ 02945/989195, Fax: 02945/989133

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren. Adi Lambke 05864/233, Anneliese Schmech 07553/7529, Johann Schamann 09861/3945

IG-Boden, Ansprechpartner: (Mecklenburg) Franz Joachim Bienstein, ☎ u. Fax: 03841-791273; (Vorpommern) Franz Hinnemann, ☎ u. Fax: 038331-80024; (Brandenburg) Bernd Hüsgen, ☎ 033704-66161, Fax: -66162

Ich werde Mitglied in der

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- | | |
|---|--|
| <input type="checkbox"/> Ich möchte Mitglied in der AbL werden | <input type="checkbox"/> Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von <input type="checkbox"/> 102,- € <input type="checkbox"/> 127,50,- € oder _____ zu zahlen. |
| <input type="checkbox"/> Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 76,50 € | <input type="checkbox"/> Ich bin Kleinbauer, Student, Rentner, arbeitslos und bezahle einen Mitgliedsbeitrag von 25,50 € (Nachweis füge ich bei) |
| <input type="checkbox"/> Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 102,- € | <input type="checkbox"/> Ich beantrage als nicht landwirtschaftliche Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 50,- € |

Mitgliedsadresse:

Name Vorname
 Straße PLZ, Ort

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- | | |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Nach Erhalt der Rechnung | <input type="checkbox"/> Ich bin Abonnent der Unabhängigen Bauernstimme: |
| <input type="checkbox"/> Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein |
| | <input type="checkbox"/> Ich bestelle auch die Unabhängige Bauernstimme (Bitte Coupon auf Seite 24 ausfüllen) |

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu errichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. BLZ Bank

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adreßänderung die neue Adresse an die AbL bzw. Abo-Verwaltung weiterleitet. Widerrufsrecht: Ihre Bestellung kann innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich bei der AbL widerrufen werden.

Unterschrift Datum Beruf

Bitte senden Sie die Bestellung in einem Kuvert an:

AbL e.V. Bauernstimme Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm

IMPRESSUM

Unabhängige Bauernstimme • Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, Tel. 02381/9053170, Fax: 02381/492221, E-mail: bauernstim@aol.com, Homepage: <http://www.bauernstimme.de> • **Bankverbindung:** Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2017838 • **Redaktion:** Ulrich Jasper, Wiebe Erdmanski-Sasse, Mute Schimpf: Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, Tel. 02381/492220, Fax: 02381/492221 (Redaktions- und Anzeigenschluß: jeweils am 15. des Vormonats) • **Abonnementpreis:** 36,- € jährlich • **Erscheinungsweise:** monatlich (11 x jährlich) • **Bestellungen, Adressänderungen, Veranstaltungshinweise und Anzeigenaufträge** bitte direkt an den Verlag • **Verlag:** ABL Bauernblatt Verlags-GmbH, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, Tel. 02381/492288, Fax: 02381/492221 • **Bankverbindung:** Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2031516 • **Druck:** lensing druck, Münster – ISSN-Nr 0934-4632 Postvertriebsstück 1 K 12858 E.

Gebt den Bullen Namen!

In diesem Monat fällt es schwer, etwas Lustiges zu schreiben. Ich will es trotzdem tun. Jetzt erst recht! Um Kuhnamen soll es gehen. Neulich berichtete diese Zeitschrift von der Arbeit einer Schülerin zu diesem Thema. Dass ich da nicht darauf gekommen bin. Solange ich denken kann, hat es auf unserem Hof niemals Namen für Kühe gegeben, jedenfalls nicht systematisch und schon gar nicht für jede. Die große Masse der unauffälligen Tiere fristete ein ödes, namenloses Leben. Angesprochen wurden sie, wenn überhaupt, nur in potenziellen Konfliktsituationen, beispielsweise, wenn sie beim Melken treten wollten. Dann hießen sie erst „alte Tante“ (wobei ich mir immer Tante Lene aus Kiel vorstellte, denn die war richtig alt), kurz darauf „Drecksvieh“ und dann „Misthund, elender“. Spätestens dann mussten die Kühe aufhören zu treten, sonst wurde mein Vater rot im Gesicht und sagte überhaupt nichts mehr zu ihnen. Auffällige Tiere hatten aber immer Namen. Ein Klassiker war beispielsweise „Flecki“: wer Flecken hatte, hieß Flecki. Die Kühe mit ein bisschen Jerseyblut hießen „Jersey“, mit Angeliterblut „Angler“, Rotbunte „Rote“. Nicht sonderlich originell, was? Viele Kühe hatten Männernamen. Damals wurden innerhalb des Dorfes noch Tiere gehandelt, von Bauer zu Bauer. Bei uns bekamen die Kühe dann den Namen des Bauern, von dem sie stammten. So gab es bei uns einige Bertholds, einige Hans-Adolfs, einige Günthers. Wobei die Günthers wirklich auffällig waren. Sie besaßen kein Hirn. Wenn ich heute darüber nachdenke, muss ich sagen: Da hätte man weiterzuchten sollen. Die ideale BSE-resistente Kuh: Denn wo nichts ist, kann nichts schwammig durchlöchert werden. Günther hatte eine eigene Art, die Kühe zu enthornen. Er brannte ihnen immer den halben Schädel weg, so dass sie so spitz zulaufende Kegelköpfe behielten – kein Platz für Hirn. Sie torkelten leider aber auch so – ohne BSE – wie die Kuh in dem Video. Beim Treiben rannten sie garantiert in jedes Torloch rechts und links, weil sie sich nicht orientieren konnten. Auf diese Weise waren wir bald alle Günthers wieder los. Sie gingen einfach verloren. Eine Kuh hatten wir, die hieß „Willy Brandt“. Sie kam

von einem Viehhändler, der entfernt mit dem ehemaligen Kanzler verwandt war. Aber Willy blieb nicht lange. Sie gab weder Cognac, wie mein Vater wohl gehofft hatte, noch gab sie überhaupt viel Milch. Als der Schlachter sie abholte, da sagte mein Vater: „So sind sie, die Sozis. Faul und schlecht für die Wirtschaft.“ Tja, und heute sind meine Eltern auf dem Altenteil, und ich gebe meinen Kühen Namen. Jedes Kuhkalb, welches nach dem 1. Juli 1999 geboren wurde, hat einen Namen bekommen. Meine Mutter meckerte: „Die schütt leber Melk geben as Namens kriegen!“. Jetzt wähle ich die Kuhnamen aus einer langen Liste aus, die mir der Landeskontrollverband zur Verfügung stellt, jedes Jahr ein anderer Anfangsbuchstabe. Anfangs war das B dran. Die erste, die einen Namen bekam, heißt natürlich „Birte“, wie die Liebste. Birte erwies sich zunächst als Nücker und fast als Totbleiber, aber nun hat sie gerade ihr erstes Kalb bekommen und ist eine schöne Starke. Nach und nach wird der Anteil der Kühe mit Namen größer. Gemolken werden jetzt Birte, Bertel, Bahre und Baude. Baude heißt so wie ein Freund, der im letzten Jahr in die USA ausgewandert ist. Sie haben ihn reingelassen, obwohl er klein ist und eine Rübenase und einen Flugschein hat. Als Baude ihr erstes

Kalb bekam – einen strammen Jungen – schrieb ich ihm, dass er nun Patenonkel eines Bullenkalbes sei. Er fühlte sich geehrt und schickte zur Taufe einen Satz Steakmesser. Es gab aber keine Taufe, handelt es sich bei unseren Rindern doch um arme Heidenrinder, wie es sich bei unseren Kindern um arme Heidenkinder handelt. Deswegen gedeihen sie nicht, sagt meine Mutter.

Nun haben wir fast drei Jahrgänge durch. Jede Menge Kuhnamen mit B, C und D. Zwar engt einen die LKV-Liste ein wenig ein, was die Kreativität betrifft (ich würde gerne mehr Männernamen verwenden), aber auch so gibt es einige schöne Namen, beispielsweise Bardame, Brikett, Bulette, Cinderella, Cleopatra, Cuba, Datscha, Demokratie und Domina. Im nächsten Jahr werde ich hoffentlich eine Esel nennen können.

Bleiben die namenlosen Bullenkälber. Unsere älteste Tochter Marie, zeitweise selbsternannte Gleichstellungsbeauftragte auf unserem Hof, findet immer mal wieder, dass das eine große Ungerechtigkeit ist. Dann geht sie hin und gibt allen Bullen Namen, meistens Hupsi, Stubsi oder Pupsi, und gleichzeitig verlangt sie natürlich, dass Tiere mit Namen niemals zum Schlachter dürfen. Ich sage dann: „Das geht nicht“

und sie beschimpft mich wieder als großen Tierquäler und kramt die alte Geschichte hervor, als ich einmal ein Kalb am Ohr festhalten musste, damit es mir nicht fortlief.

Zum Schlachter müssen die Bullen nun mal, aber warum zum Teufel sollen sie keine Namen haben? Bullen mit Namen – das ist ein Ziel, für das es sich zu kämpfen lohnt! Allein schon im Interesse der Emanzipation! Vergesst die Agrarwende! Vergesst die Osterweiterung! Vergesst die Globalisierungskacke! Völker, hört die Signale! Gebt den Bullen Namen!

Matthias Stührwoldt



Deutsche Post AG Postvertriebsstück K 12858
 ABL Bauernblatt Verlags GmbH
 Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm

7+8/2002

UNABHÄNGIGE Bauernstimme : für das Taufen

Zutreffendes bitte ankreuzen

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (36 €, im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 26,- € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von DM 18,- bzw. 36,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken)

Zustelladresse

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen

Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung
 Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr

BLZ

Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adreßänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetin / des Abonneten

Datum

Beruf

(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, 59065 Hamm, Bahnhofstr. 31
 oder FAX 02381- 492221